

PROTOKOLL

Begrüßung

Voswinkel

Ich heiÙe Sie herzlich willkommen zum 102. Bergedorfer Gesprächskreis in diesem schön gelegenen SchloÙ Reinhardsbrunn in Thüringen.

Schlösser als Tagungsorte lieben wir besonders. Zum Teil mag das daran liegen, daß der Bergedorfer Gesprächskreis seine Heimat im idyllischen Bergedorfer SchloÙ hat, wo nach der Gründung 1961 über viele Jahre sämtliche Gespräche stattfanden. So ist unsere Vorliebe für Schlösser vielleicht eine Art Sehnsucht nach der verlorenen Heimat.

Aber es kommt etwas anderes hinzu: In der Atmosphäre eines Schlosses fühlt man sich losgelöst von der alltäglichen Umgebung, die Gedanken sind freier, Visionen entstehen leichter. Das wäre ein großer Vorzug für unseren Gesprächsverlauf.

Den 100. Gesprächskreis haben wir im vergangenen November auf SchloÙ Albrechtsberg, hoch über Dresden, zum Thema "Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft?" durchgeführt. Wir hatten Dresden gewählt, weil ein starker historischer Bezug zu dieser Stadt besteht. Dort lebte über längere Zeit Kurt A. Körber, der Gründer und Initiator des Bergedorfer Gesprächskreises. Er begann in Dresden seine Karriere als Unternehmer, die er später - durch Krieg und deutsche Teilung erzwungen - in Hamburg-Bergedorf fortsetzte.

Aber auch zu Thüringen, zu dieser Gegend im weiteren Sinne, gibt es eine Beziehung Kurt Körbers. Sie ist allerdings geistiger Art. Was Ernst Abbe einst zusammen mit Carl Zeiss und Otto Schott in Jena aufbaute, begeisterte Körber schon in seiner Jugend. Später, als er selbst ein erfolgreicher Unternehmer geworden war, bekamen das Leben und Wirken Ernst Abbes für Körber geradezu eine Vorbildfunktion. Der Gesprächskreis und überhaupt die Körber-Stiftung wären wohl kaum entstanden, wenn der weitsichtige Unternehmer und Stifter Ernst Abbe in Jena nicht ein so ungewöhnliches Vorbild für Körber abgegeben hätte.

Lieber Herr Späth, aus Ihrem Hause kommt nicht nur der Vorschlag für diesen Tagungsort, sondern Sie sind jetzt selbst mit dem Namen Zeiss/Jena verbunden. Ich denke, das ist eine gute Konstellation.

Zu unserem heutigen Thema Zukunftsfähigkeit möchte ich mich nur in Form eines Appells an Sie richten. Ich meine nämlich, wir sollten in diesem Gespräch der Rolle und dem gegenwärtigen Umfeld des Unternehmers angemessene Beachtung widmen, wenn es um die Zukunftsfähigkeit geht. Ich fühle mich zu dieser Bemerkung veranlaÙt, weil die Körber-Stiftung nicht nur ihre Gründung der Initiative eines Unternehmers verdankt, sondern darüber hinaus in hohem Maße von den Erträgen des von ihm aufgebauten Unternehmens lebt. Aber auch unabhängig von diesen speziellen Umständen bin ich überzeugt von der Bedeutung der schöpferischen Kraft des risikobereiten Unternehmers für die Entwicklung einer offenen Gesellschaft.

Unternehmer haben die industrielle Gesellschaft entscheidend geprägt, und ich meine, gerade diese unternehmerische Qualifikation ist gefordert, wenn es jetzt offensichtlich um den Übergang zu einer neuen Epoche geht.

Die derzeitigen staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland sind - zumindest im internationalen Vergleich - nach meinem Eindruck durch eine gewisse Starre gekennzeichnet. Als Konsequenz droht sich eine Unternehmerlücke aufzutun. Der Anreiz und der Mut zu eigenverantwortlichem wirtschaftlichem Handeln, wozu in den meisten Fällen auch die Einstellung von Mitarbeitern gehört, nehmen ab. Angesichts dieser Erstarrungstendenzen drängt sich das Bild vom gefesselten Gulliver auf, Fesseln, die allerdings nicht von außen angelegt sind, sondern die wir uns offensichtlich selbst angelegt haben, um dann erstaunt unsere Bewegungslosigkeit zu registrieren.

Aber ich will unserem Gespräch nicht vorgreifen. Vielleicht werden in diesem Kreis die Akzente anders gesetzt.

Nachdem ich Herrn Späth bereits angesprochen habe, möchte ich auch unseren zweiten Referenten, Herrn Nefiodow, ganz herzlich begrüßen. Auf Herrn Engert setzen wir die große Hoffnung, daß er als Diskussionsleiter mit sehr viel "Bergedorf-Erfahrungen" die weitgespannte Thematik voll zur Entfaltung kommen läßt, damit wir möglichst viele Denkanstöße vermittelt bekommen.

Späth

Ich möchte zunächst Dank sagen, daß die Körber-Stiftung unsere Anregung aufgenommen hat, im Osten Deutschlands zu tagen. Das ist für westliche Institutionen keineswegs selbstverständlich, die den Osten meist noch wenig auf der Rechnung haben. Dabei gibt es hier hervorragende Möglichkeiten. Ich meine, für die Menschen in Ostdeutschland sollten entschiedener Zeichen gesetzt werden.

Einleitung

Warum stellen wir gerade heute die Frage nach der Zukunftsfähigkeit? Handelt es sich um typisch deutsche Selbstzweifel oder steckt mehr dahinter? Die Menschen in Deutschland fühlen sich umgeben von Krisen - im Westen, wie im Osten; die im Westen mehr. Die Rede ist von Konjunkturkrise, die gerade etwas abflaut; dafür steht jetzt die Strukturkrise im Vordergrund. Weiter gibt es die Innovationskrise, die Krise der Produktion, die Krise der Arbeit, ja eine Krise der ganzen Industriegesellschaft, wie Meinhard Miegel meint, und nach Norbert Blüm haben wir sogar eine Kulturkrise.

Im Grunde - so könnte man glauben - ist unsere Gesellschaft, ist die gesamte abendländische Kultur mit ihrer naiven Fortschrittsgläubigkeit am Ende angelangt. Es geht nicht immer noch höher, weiter und schneller; "immerwährendes Wirtschaftswachstum", so sagte Meinhard Miegel jüngst, "ist objektiv unmöglich". Kann also von jetzt an alles nur noch schlechter werden, ist der Abstieg vorprogrammiert?

Ich meine, wir müssen zwei Dinge auseinanderhalten: Die Tatsache, daß es in vielen Bereichen so wie bisher nicht weitergeht, sollte nicht unbedingt negativ gesehen werden. Vielmehr muß man die Dinge dialektisch betrachten: Aus dem Widerspruch alter Strukturen mit neuen Bedingungen erwächst der Druck, neue Lösungen zu entwickeln. Die Leute wissen das: Die Forschungsgruppe "Wahlen" kam bei einer repräsentativen Meinungsumfrage im September 1993 zu dem Ergebnis, daß 77 Prozent der Menschen im Westen und 71 Prozent im Osten glauben, daß wir uns in Zukunft das bislang in Deutschland erreichte Niveau der Löhne, der Arbeitszeiten und der Urlaubsdauer nicht mehr leisten können.

Bislang haben wir uns die Auflösung dieser Dialektik immer großzügig erspart. Es gab zum Beispiel mehr Freizeit und weniger Arbeit bei vollem Lohnausgleich, weil wir uns das leisten konnten. Sie können sagen, wir haben uns daran gewöhnt, das Küken und das Ei zu bekommen - die Schweizer nennen das die "Fünfer-und-Weggli"-Haltung. Künftig werden wir uns wieder entscheiden müssen, zum Beispiel zwischen mehr Freizeit oder mehr Geld. Für die meisten wird das auch nicht so tragisch sein; denn auf den Dritturlaub und bei vielen auf den Zweit- oder Drittwagen kann man schon einmal verzichten. Und ich glaube auch nicht, daß der Viert- und Fünfturlaub noch so viel an Lustgewinn bringt. Es gibt ja Leute, für die der Urlaub geradezu zur Anstrengung wird - eine laufende Beschäftigung während des ganzen Jahres. Man muß sich im Sommer sofort um den Winterurlaub kümmern, weil sonst die Buchungen nicht mehr klappen - mit akribischer Planung einer möglichst optimalen Ausnutzung der Feiertage.

Ich sehe jedenfalls nicht, daß die tradierten, eingeübten Verhaltensweisen unverändert bleiben müssen. Wir haben in unserer Wohlstandsgesellschaft - das gilt vornehmlich für den Westen - einen Lebensstil entwickelt, der vielfach gar nicht den Möglichkeiten der Leute entspricht. Daran etwas zu ändern, muß nicht unbedingt einen Verlust an Lebensqualität bedeuten. Die rein materielle Orientierung ist meiner Meinung nach durchaus fragwürdig, wobei ich gleich hinzufüge, daß dies eine sehr globale Aussage ist; denn es gibt natürlich auch Menschen, die diese Wahlmöglichkeiten nicht haben, weil sie sich das finanziell gar nicht leisten können.

Ich bin also dafür, daß wir die Zukunft als offen betrachten und daß wir mit positiven Erwartungen - und wenn wir das schon nicht schaffen, dann wenigstens mit Neugier an die Arbeit gehen und uns der Zukunft zuwenden, um sie zu gestalten. Was ich bei den Deutschen vermisse, ist eben diese Neugierde. Die meisten verspüren den tiefsitzenden Drang, sich gegen alle Eventualitäten abzusichern und eine risikofreie Gesellschaft zu schaffen. Sie merken nicht, wie langweilig das Leben dabei werden kann. Vor lauter Besitzstandsverteidigung fragen sie gar nicht mehr danach, was die Zukunft auch an neuen interessanten Lebensmöglichkeiten bietet. Das wurde so erschreckend deutlich bei der Wiedervereinigung. Wer hat sich denn in Westdeutschland dafür interessiert, was die Wiedervereinigung an Chancen birgt? Statt dessen tönen die Leute nur: Was das alles kostet!

Denken Sie nur an die Europäische Union und die Entwicklung in Osteuropa. Nein, es soll alles so gehen, wie wir es geplant haben. Maastricht bringt uns ohnehin schon durcheinander. Und wenn die

aus Osteuropa unbedingt hinzukommen wollen: Vorsichtig! Bei den Griechen waren wir noch mutig; aber jetzt nicht noch einmal bei den Tschechen, Ungarn oder Polen.

Wie wenig die Menschen die Herausforderung eines neuen Europas beschäftigt, hat sich deutlich bei den Europa-Wahlen vor einer Woche gezeigt. Wir klammern uns an dem erreichten Zustand fest, so daß ich manchmal Zweifel habe, ob wir in Deutschland überhaupt noch Phantasie entwickeln, uns auch Alternativen vorzustellen - in der Politik wie in der Gesellschaft.

Wir sind derzeit noch im Stadium der Verunsicherung. Die Zukunftsfähigkeit des Bestehenden wird in Frage gestellt, die Einsicht greift allmählich Platz, daß sich Dinge ändern werden. Von da ist es dann immerhin nicht mehr weit zu der Erkenntnis, daß Dinge aktiv verändert werden müssen.

Wir beschäftigen uns noch zu wenig - ich weiß, welchen Widerspruch das auslösen wird - mit Visionen für unsere Gesellschaft. Was ist eine Vision? Erwachsene Leute schämen sich fast, selbst im kleinen Kreis, einfach einmal herumzuspinnen, einmal zu überlegen, wie wir neue Horizonte gewinnen können. Dafür ist ganz typisch, daß wir in Ostdeutschland so gut wie nichts probiert haben, sondern nur darauf aus waren, daß alles so wird wie im Westen. Denken Sie etwa an die Hochschulreform, die wir im Westen ohnehin nicht zustande bringen. Wir haben statt dessen gemeint, wir müßten die Hochschulen im Osten erst einmal genauso weit ruinieren, damit wir ein gesamtdeutsches Hochschulproblem bekommen.

Ich will hier versuchen, in einer Art "tour d'horizon" die aus meiner Sicht zentralen Zukunftsprobleme anzusprechen und deutlich zu machen, in welcher Richtung ich Lösungen erwarte.

Wirtschaft

Wir können für die neuen Bundesländer einen industriellen "Strukturbruch"konstatieren. Wir brauchen jetzt nicht mehr groß darüber nachzudenken, wie das alles geschehen konnte und welche wirtschaftlichen Fehler möglicherweise gemacht wurden. Wir wissen heute, daß es im Grunde eine einfache Rechnung war: In dem Augenblick, in dem wir die D-Mark in Ostdeutschland eingeführt hatten, war es passiert. Während die Produktivität in Ostdeutschland etwa bei 45 Prozent im Vergleich zum Westen liegt, sind die Löhne auf 70 bis 75 Prozent des Westniveaus gestiegen. Die Folge ist, daß die Lohnstückkosten im Osten um etwa 50 Prozent höher sind als im Westen.

Wenn wir Unternehmern im Westen sagen: Kommt doch nach Jena, fragen die uns: Warum sollen wir kommen? Was kann ich darauf antworten? Da die Auslastung im Westen aufgrund der Rezession etwa bei 70 Prozent liegt, fährt Ihr am besten noch 20 Prozent runter; die gebt Ihr dann nach Jena, wo Ihr um 50 Prozent teurer produzieren könnt!

Die Industriebeschäftigung in Ostdeutschland ist seit der Wende auf ein Drittel gesunken; die Industrieproduktion trägt nur noch drei Prozent zum gesamtdeutschen industriellen Output bei.

Oder nehmen Sie das Problem der niedergehenden Forschung in Ostdeutschland: Alle Westkonzerne, die Ostfirmen gekauft haben, lassen die Forschung und Entwicklung im Westen, weil es hier viel wirtschaftlicher ist, während die Produkte mit der geringsten Wertschöpfung in den Osten gegeben werden, und zwar nach Tschechien, in die Slowakei oder nach Ungarn, weil bei uns die Produktion nicht mehr rentabel ist. Auf diese Weise wird aus der Kostenkrise eine Innovationskrise. Das heißt, es ist chancenlos, das Problem von der Kostenseite her anzugehen.

Krise der Produktion

Doch auch im Westen beansprucht die Krise der Produktion große öffentliche Aufmerksamkeit. Ihr Ausmaß spiegelt sich am deutlichsten im Abbau industrieller Arbeitsplätze wider, von dem am stärksten die Branchen Maschinenbau, Elektrotechnik und Automobilbau betroffen sind. In diesen reifen Industrien haben wir es mit einer Kostenkrise zu tun. Wir haben uns lange Zeit mit der sprichwörtlich hohen Qualität unserer Produkte in Sicherheit gewiegt. "Made in Germany" verschaffte uns die Möglichkeit - meinten wir -, daß eine deutsche Maschine um ein Drittel teurer sein dürfe als ein ausländisches Konkurrenzprodukt. Jetzt sind wir in einer Situation, daß uns das zwar niemand mehr abnimmt, wir aber trotzdem so viel verlangen müssen, damit wir unseren Produktivitätsnachteil gegenüber der fernöstlichen Konkurrenz einigermaßen abdecken können.

Nehmen Sie die Autoindustrie: In Wolfsburg kostet die Stunde 52 DM; in Zwickau liegt sie jetzt bei 34 DM; in Barcelona bei Seat bei 21 DM und bei Skoda in Tschechien bei 4,80 DM. Das heißt, die Kostenkrise ist gar nicht das eigentliche Thema. Wir haben viel zu lange gebraucht, um zu begreifen, daß die Globalisierung der Wirtschaft grundlegende Veränderungen der Marktbedingungen bewirkt. Das heißt, die Unternehmen gehen mit ihren Produkten dorthin, wo sie am billigsten produzieren können.

Wie reagieren wir in Deutschland darauf? Auf jeden Fall falsch. Ich halte jedenfalls die Entscheidung von VW, die Viertagewoche einzuführen, für einen großen Fehler. Wir senken bei uns die Kosten um 20 Prozent, indem wir die Leute nur noch vier Tage arbeiten lassen. Wenn sich die Auftragslage verbessert, heißt es, erhöhen wir entsprechend die Arbeitszeit. Dabei sollten wir sehen, daß wir diese Arbeitsplätze ganz aufgeben müßten, um sie in anderen Bereichen neu zu schaffen. Die Hoffnung, daß wir unsere Produktionsstruktur so beibehalten können, ist ein gewaltiger Irrtum, aus dem viele falsche Entscheidungen resultieren.

Die Leute hoffen also, daß irgendwann der fünfte Tag zurückkommt. Sie werden aber relativ schnell erkennen, daß dies nicht der Fall ist, und werden sich deshalb allmählich anders orientieren - mit ausgesprochen problematischen Folgen. Zum einen beträgt die Lohneinbuße nicht 20 Prozent, sondern nur 14. Der Staat dagegen hat höhere Verluste aufgrund der zurückgehenden Lohnsteuerprogression, und die Sozialversicherung verliert ihre besten Beitragszahler. Zum anderen hat der Mann jetzt einen freien Tag.

In meiner schwäbischen Heimat wüßte ich, was dann am Freitag passiert: Er schnappt sich ein Bier und sitzt gemütlich beim Frühstück, bis ihn die Frau hinauswirft. Er geht auch sofort, verdingt sich als Autoelektriker für 25 DM cash und stellt fest, daß diese Lösung viel besser ist, zumal er beim Nachbarn noch etwas zur Vesper bekommt und mit ihm reden kann. Außerdem ist das eine Abwechslung. Fünf Tage am Band arbeiten ist viel langweiliger als vier Tage. Im Ergebnis verdient er keinen Pfennig weniger als vorher und VW hat scheinbar sein Problem gelöst. Was geschieht aber, wenn dann die Koreaner auf den Markt kommen, bei denen die Stunde in der Autoproduktion 8 DM beträgt? Die logische Konsequenz wäre, die Dreitagewoche bei uns einzuführen. Und sollten eines Tages Autos aus Shanghai kommen, wo 1,19 DM einschließlich Nebenkosten gezahlt werden, müssen wir auch noch über den Mittwoch nachdenken.

Wir wollen nicht erkennen, daß wir uns nicht mehr wie bisher in einer Produktionsgesellschaft befinden. Wir krallen uns an alten Bedingungen fest. Da heißt es wie vor 20 Jahren: Wir sind doch keine Blaupausengesellschaft. Helmut Schmidt hat mir damals erklärt, man könne kein Know-how exportieren, wenn man nicht über die Produktion verfügt, aus der man das Know-how schöpft. Das war vor 20 Jahren richtig, heute jedoch nicht mehr. Vor kurzem hat mir der Mercedes-Chef in Australien erzählt, er habe dort 500 Mercedes-Lkws verkauft. Zu meiner Bemerkung, das sei ja prima für die Arbeitnehmer in Mannheim und Fürth, meinte er, das sind Lieferungen aus Oregon/USA. Das heißt, in Australien unterscheidet er gar nicht mehr, ob er Autos verkauft, die in den USA, Deutschland oder Brasilien produziert worden sind.

Mit anderen Worten: Es geht nicht mehr um "Made in Germany"; statt dessen heißt es: Made by Mercedes-Benz, made by Siemens oder by Sony - egal, wo die Produkte hergestellt wurden; vielleicht in Hongkong oder sonstwo. Wichtig ist nur, daß es sich um Mercedes-, Siemens- oder Sony-Produkte handelt.

Diese Internationalisierung schafft eine völlig neue globale Struktur. Wenn jetzt Mercedes in Alabama einen Geländewagen baut, dann gibt es dort Ingenieure aus Untertürkheim, die den Aufbau leiten und sicherstellen, daß die Produktion in Alabama ebenso wie die in Indonesien in Stuttgart über den Computer läuft, damit die Daten vor Ort ausgewertet werden können - wie umgekehrt von Stuttgart aus alle Impulse an die Produktion weltweit weitergegeben werden. Ob sie zukünftig in Ungarn, in Tschechien, in West- oder in Ostdeutschland produzieren, spielt überhaupt keine Rolle mehr.

Lean Production ist in den "klassischen Branchen" zweifellos das richtige Konzept, wenn man es nicht - wie leider so oft - mit ideenloser Rotstiftpolitik verwechselt. Dazu gehört simultaneous engineering, just-in-time, total quality management, organisational re-engineering und die Motivation der Mitarbeiter durch Teamwork, Qualifizierung, Vorschlagswesen und dergleichen.

Ein Element von Lean Production möchte ich hervorheben, nämlich das Outsourcing. In vielen Bereichen haben wir schon viel zu viel in die Rationalisierung von Altanlagen investiert. Dieses Over-Investment muß durch Produktionsauslagerung an ausländische Standorte beendet werden.

Die Unterlegenheit der Über-rationalisierung gegenüber der Internationalisierung zeigt sich darin, daß wir viele der Massenmärkte, auf denen Kosten und Preise zählen, in den letzten Jahren an Japan verloren haben. Wir haben uns statt dessen konsequent in die exklusiven Nischen und auf die Verbesserung des Bewährten zurückgezogen. Diese Strategie des Over-Engineering ist ein weiteres Symptom der deutschen Krankheit. Der Umstand, daß bei uns an die 90 Prozent aller Ausgaben für Forschung und Entwicklung für bereits bestehende Produkte anfallen, zeugt hinreichend von unserem Drang zur "Perfektionierung des Perfekten".

Nefiodow

Es gab eine Zeit, da wurden so schwierige Dinge wie Wandel, Inflation, Arbeitslosigkeit und andere Probleme, die Herr Späth angesprochen hat, einfach durch das Machtwort eines absoluten Herrschers gelöst. Heute, im Zeitalter von Demokratie, Wissenschaft und Technik, von Kybernetik und Chaosforschung, im Zeitalter weltweiter strategischer Allianzen und der nicht endenden Krisen, sind wir etwas anspruchsvoller und erwarten zur Lösung der Probleme einen Beitrag von der Wissenschaft. Deshalb stelle ich Ihnen zunächst eine Theorie vor, die man Theorie der langen Wellen oder auch Theorie der Kondratieff-Zyklen nennt - (zu Ehren des russischen Ökonomen Kondratieff, der die Grundgedanken dieser Theorie bekannt gemacht hat). Sie ist die einzige wissenschaftliche Theorie, mit der der Strukturwandel ganzheitlich thematisiert werden kann.

In vereinfachter Form besagt diese Theorie, daß es neben den kurzen und mittleren Konjunkturschwankungen langfristige Zyklen mit einer Dauer von etwa 50 Jahren gibt. Das, was wir als konkrete wirtschaftliche Entwicklung wahrnehmen, ist im wesentlichen das Ergebnis der Überlagerung der kurzen, mittleren und langen Zyklen.

Wie entstehen diese langen Wellen? Nun, sie werden von bestimmten Neuerungen angestoßen, die wir im folgenden Basisinnovationen nennen, um sie von anderen Neuerungen abzugrenzen, die diesen Effekt nicht bewirken. Diese Basisinnovationen erschließen der Gesellschaft große neue Nutzungsfelder. Der Prozeß findet nicht von heute auf morgen statt, sondern braucht seine Zeit. Am Anfang sind es nur wenige, die das Potential einer Basisinnovation erkennen. Damit ein Langzyklus stattfinden kann, muß sich die Gesellschaft als Ganzes reorganisieren: Es müssen eine neue Infrastruktur geschaffen, Leute ausgebildet, Kapital umgeschichtet werden und noch vieles mehr passieren.

Um ein Beispiel zu geben: Das Automobil war eine Basisinnovation im vierten Langzyklus. Es hat einen großen neuen Markt geschaffen, an dem neben den Automobilherstellern Zehntausende von Zulieferanten beteiligt sind. Die Banken stellten Kredite zum Autokauf zur Verfügung, Versicherungen sicherten das Verkehrsrisiko ab; es wurde eine Infrastruktur von Straßen und Autobahnen geschaffen; es entstanden Händler, Werkstätten, Speditionen und neue Berufe. Der Individualverkehr führte zu Verkehrsströmen, die uns vor allem im Sommer aus Mittel- und Nordeuropa zu den südlichen Küsten bringen. Dort wiederum hat diese Urlaubswave Impulse in der Bauwirtschaft ausgelöst; es ist eine Unterhaltungsindustrie entstanden. Die Stahlindustrie wäre nicht das geworden, was sie ist, ohne die Nachfrage aus dem Automobilsektor. Das gleiche gilt für die Mineralölwirtschaft und so weiter.

Kurzum, mit einer Basisinnovation entsteht nicht nur ein großer neuer Markt, es findet eine breite Diffusion der neuen Technologie in der Gesellschaft statt, durch die die Gesellschaft sich radikal verändert.

Es muß aber ein Weiteres hinzukommen: Die Gesellschaft muß auch bereit sein, die Veränderungen anzunehmen, die erforderlich sind, um die Basisinnovation zu nutzen. Für das Automobil bestanden in Deutschland von Anfang an hervorragende Voraussetzungen. Obwohl wir jedes Jahr etwa zehntausend Verkehrstote zu beklagen haben und die Umweltbelastungen erheblich sind, ist der Widerstand gegen das Automobil bei uns minimal. Infolgedessen erfährt auch die Automobilindustrie hier eine große Akzeptanz. Die Deutschen sind bereit, sehr viel Geld für ein Auto auszugeben. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen waren und sind also sehr günstig. Deshalb gehört die deutsche Automobilindustrie zu den führenden in der Welt.

Bei anderen technischen Neuerungen, wie sie uns seit geraumer Zeit ins Haus stehen ich erwähne nur die Informations- oder die Gentechnik;-, sieht es ganz anders aus: Die Widerstände gegen die Informationstechnik waren in Deutschland anfangs erheblich. Sie alle erinnern sich an Phänomene wie "der Computer als Jobkiller" oder die Horrorgemälde einer verkabelten Gesellschaft. Verschiedene Gruppen übten starken Widerstand gegen diese Technologie, weil man befürchtete, sie würde Massenarbeitslosigkeit produzieren. Die Folge war, daß die Informationstechnik in Deutschland langsamer diffundierte; andere Länder zogen davon. Und der Markt, der heute weltweit jährlich etwa 1000 Milliarden Dollar an Produktionswert ausmacht, wird von deutschen Firmen nur in einzelnen Segmenten bedient.

Andere wichtige Hochtechnologien - die Luft- und Raumfahrttechnik zum Beispiel sind im vorgenannten Sinne keine Basisinnovationen. Der Anteil der Luft- und Raumfahrttechnik am Bruttosozialprodukt macht in Deutschland gerade 0,6 Prozent aus. Sie ist also vom Volumen her gar nicht in der Lage, eine lange Prosperitätsphase auszulösen. Auch der Nylonstrumpf war keine Basisinnovation. Es sind nur ganz bestimmte Neuerungen, die zu einer langen Konjunkturwelle führen.

Für die weiteren Überlegungen ist noch ein anderes Merkmal wichtig, das ich besonders betonen möchte: Jeder lange Zyklus hat ein eigenes Erfolgsmuster. Was etwa für die Entwicklung der Dampfkraft, der Elektrotechnik oder der Petrochemie galt, gilt nicht automatisch für die Erschließung des informationstechnischen Marktes. Und die Länder und Firmen, die es verstehen, sich auf das Entwicklungsmuster der jeweiligen langen Welle am besten einzustellen, profitieren auch vom Schwung dieses Zyklus am meisten.

Bei den ersten beiden langen Wellen war Großbritannien am besten positioniert. In England wurden alle wesentlichen Erfindungen in der Textilindustrie, in der Stahlherstellung, in der Dampfkraft geschaffen. Die Engländer konnten sich mit großem Vorsprung an die Spitze der damaligen technologischen Entwicklung setzen. Wer die Technologien am besten beherrscht, ist auch in der Lage, die leistungsfähigste Wirtschaft aufzubauen, die wirksamsten Waffen zu produzieren und eine große Armee zu halten. Das führt in der Konsequenz dazu: Die Länder, die die Basisinnovationen am besten beherrscht haben, konnten sich zu Groß- und Hegemonialmächten entwickeln, wie England das im 19. Jahrhundert eindrucksvoll demonstriert hat.

Dies änderte sich beim Übergang auf die dritte lange Welle, die von einem ganz anderen Erfolgsmuster erzeugt wurde. Jetzt kam es nicht mehr auf Dampfkraft, Stahl, Textilindustrie an, sondern auf Elektrizität und Chemie. Hier setzte sich Deutschland an die Spitze der Entwicklung, weil England zu lange am alten Muster festgehalten hat. Nun baute Deutschland die leistungsfähigste Wirtschaft auf, konnte sich ein großes Rüstungsprogramm leisten, führte zwei Weltkriege und verlor sie - nicht zuletzt deshalb, weil die Vereinigten Staaten inzwischen in der dritten und in der vierten langen Welle eine Führungsrolle eingenommen hatten, gegen die das technisch-ökonomische Potential Deutschlands nicht ausreichte.

Beim Übergang von der vierten auf die fünfte lange Welle erleben wir wieder einen Wechsel in der weltweiten Rollenverteilung, und mit Japan setzt sich zum ersten Mal ein nicht westlich geprägtes Land an die Spitze der Entwicklung. Ende der 80er Jahre hatte Japan in der Technologie sogar die Nase vorn. Inzwischen haben die USA wieder aufgeholt, so daß zwischen diesen beiden Ländern in etwa ein Gleichstand herrscht. Europa dagegen ist in der Informationstechnik in vielen Segmenten deutlich zurückgefallen.

Japan, das sich technologisch an die Spitze gearbeitet und eine sehr leistungsfähige Wirtschaft aufgebaut hat, ist heute de facto der Gläubiger der ganzen Welt. Und die Japaner treten neuerdings auch politisch mit einem Selbstbewußtsein auf, das vor zehn Jahren noch undenkbar gewesen wäre.

Die verschiedenen Entwicklungen lassen sich auch mit historischen Daten gut belegen. 1750, vor Beginn der ersten langen Welle, hatte Großbritannien einen Anteil an der Weltindustrieproduktion von 1,9 Prozent, was seinem Anteil an der Weltbevölkerung in etwa entsprach. Dann setzt mit der Erfindung der Dampfkraft die Industrialisierung ein, und England nimmt für nahezu 100 Jahre die Spitzenstellung ein. Auf dem Höhepunkt des 2. Kondratieff, um 1880, steuert Großbritannien allein fast ein Viertel zur Weltproduktion bei.

Dieser Aufschwung ist leicht nachzuvollziehen, wenn man sich klarmacht, daß die Textilindustrie in England die erste große Industrie war, die eine moderne Massenfertigungstechnik einführte. Ein englischer Weberbeiter, der mehrere dampfbetriebene Webmaschinen bediente, war um den Faktor 20 produktiver als sein Konkurrent in Europa oder in Asien. Und eine dampfbetriebene Spinnmaschine war sogar um den Faktor 200 effizienter als das Spinnrad. Daraus folgt, daß die Konkurrenz gegen die Waren aus England praktisch keine Chancen hatte.

Ab 1880 arbeitet sich Deutschland allmählich hoch und überflügelt England am Vorabend des Ersten Weltkrieges.

In dem Zusammenhang noch ein Hinweis auf die Entwicklung, die Europa als Ganzes genommen hat: Vor der Industrialisierungsphase steuerte Europa etwa ein Viertel zur Weltindustrieproduktion bei, während es zwischen 1880 und 1913 im Höhepunkt 62 Prozent erreichte. Seitdem geht es mit Europa laufend zurück. Ich denke, daß die Europäer im produzierenden Sektor heute keine 20 Prozent zur Weltproduktion mehr beitragen.

Ältere Industriezweige, wie beispielsweise der deutsche Maschinenbau, nehmen an den neuen zyklischen Entwicklungen nicht mehr teil. Sie haben ihre dynamische Wachstumsperiode hinter sich. Sie befinden sich auf einem relativ hohen Produktionsniveau, das je nach Konjunkturverlauf mehr oder weniger schwankt. In dem Zusammenhang ist die vorstehende Grafik interessant, die die Zusammenhänge von Produktivität, Produktion und Beschäftigtenzahlen widerspiegelt.

Wenn die Produktion stagniert, die Produktivität ständig steigt, geht die Zahl der Beschäftigten stetig zurück. Diesem Muster folgen alle großen Industriezweige in Deutschland, auch die chemische, die Automobil- und die elektrotechnische Industrie, also alle älteren Industrien, die ihre dynamische Phase in einem früheren Kondratieff-Zyklus hatten.

Ich möchte jetzt zu einem anderen Aspekt unseres Themas übergehen und kurz einige Begriffe aus der Systemtheorie erläutern, wobei es mir in unserem Zusammenhang vor allem darauf ankommt, unter welchen Bedingungen Systeme wachsen. Und hier gilt nun grundsätzlich für sämtliche Systeme - für technische Systeme nicht anders als für biologische und soziale Systeme: Sie wachsen unter der Voraussetzung, daß ihnen mehr Strömungsgrößen zugeführt werden, als sie zur Strukturhaltung benötigen. Unter Strömungsgrößen sind Energie, Materie und Information zu verstehen. Wir wissen heute, daß Materie eine Erscheinungsweise von Energie ist. So können wir sagen, Systemwachstum wird von zwei Größen bestimmt: Energie- und Informationsinput.

Das Wachstum der bisherigen langen Zyklen wurde fast ausschließlich über Energieinputs erzeugt: zuerst durch Kohle, später von elektrischer, chemischer und petrochemischer Energie. Beim Übergang auf die fünfte lange Welle findet nun insofern eine grundlegende Veränderung statt, als wir zum ersten Mal ein Wachstumsmuster bekommen, das nicht mehr von größerer Energiezufuhr abhängt, sondern das aus der Verwertung von Information kommt.

Dieser Wechsel ist von geradezu epochaler Bedeutung. Erstmals hängt das Wirtschaftswachstum nicht mehr von einer materiellen Quelle, sondern von einer geistigen Größe ab, nämlich von Information.

Im Grunde verdanken wir die Entwicklung der Zivilisation der Erschließung immer neuer Energiequellen: Wind, Feuer, Holz, Kohle, Elektrizität bis hin zur Atomenergie. Dieser Prozeß hat seinen Höhepunkt in den siebziger/achtziger Jahren dieses Jahrhunderts überschritten. 1972 stellte der Club of Rome in seiner berühmten Studie "Die Grenzen des Wachstums" fest: Würden die Industriegesellschaften nach dem bisherigen Muster weiter expandieren, nämlich Wirtschaftswachstum durch immer höheren Energieeinsatz zu erreichen, wäre die wahrscheinliche Konsequenz, daß wir schon aus Gründen der Umweltbelastung zugrunde gehen müßten.

Nun zeigt die folgende Grafik, daß seit Mitte der siebziger Jahre ein Abkoppelungsprozeß stattfindet: Das Wachstum des Bruttosozialprodukts läuft nicht länger mit dem Mehreinsatz von Primärenergie parallel. Wachstum ist bei etwa konstantem Energieverbrauch möglich.

Mit dem Übergang zum 5. Kondratieff kommt ein ganz neues Entwicklungsmodell zum Tragen. Jetzt setzen sich jene Länder und Unternehmen an die Spitze der Entwicklung, die mit den verschiedenen Erscheinungsweisen von Information - Daten, Texte, Sprache, Wahrnehmung, Kommunikation, Wissen - am effizientesten und kreativsten umzugehen verstehen.

Das betraf in der ersten Phase dieser Entwicklung vor allem die Automatisierung informationeller Prozesse in den Betrieben. Es begann mit technisch-wissenschaftlichen Berechnungen und erfaßte dann zunehmend die Verwaltung: Buchhaltung, Textverarbeitung, Lohn- und Gehaltsabrechnung und so weiter. Diese Entwicklung nähert sich jetzt einem gewissen Ende. Damit ist indes das Wachstumspotential, das der Informationssektor zur Verfügung stellt, bei weitem nicht erschöpft, und es wird darauf ankommen, in unserer Gesellschaft die Bereitschaft zu fördern, daß wir die alten Muster, die aus dem Industriezeitalter stammen, ablegen und uns den neuen Anforderungen öffnen.

Zu den Kriterien einer Basisinnovation gehören ein großes Volumen und eine breite Diffusion in die Gesellschaft. Erst wenn eine Neuerung diese Kriterien erfüllt, kann sie eine lange Phase der Prosperität auslösen. In diesem Sinne ist die Informationstechnik zweifellos eine Basisinnovation. Was die Breite der Anwendung angeht, gibt es heute praktisch keinen Sektor in der Gesellschaft, keine Abteilung in einem Unternehmen mehr, wo diese Technologie nicht angewandt wird.

Ich will noch kurz einige weitere Indikatoren nennen. Was zum Beispiel die Menge des schriftlich kodierten Wissens angeht, so hat sich diese in der Zeit von 1800 bis etwa 1966 nahezu versechzehnfacht. Das heißt: Die Menschheit brauchte Jahrtausende, um den Wissensstand des Jahres 1800 zu erreichen. Über hundert Jahre dauerte es, um dieses Wissen zu verdoppeln, während im Jahre 1966 nur noch fünf Jahre dazu nötig waren. Die Verdoppelungszeit heute dürfte noch sehr viel kürzer sein.

Das schafft zugleich aber auch ein Problem: Wie kann man sich in diesem Dschungel von Datenbanken, Hörfunk- und Fernsehprogrammen, Telekommunikationsdiensten, Büchern und Zeitschriften und so weiter überhaupt noch zurechtfinden? Die Meisterung dieser Aufgabe wird geradezu zu einem Erfolgskriterium. Wer es versteht, hier am besten zu navigieren und die jeweils

benötigte Information am schnellsten und effizientesten zu finden, gewinnt einen Wettbewerbsvorsprung.

Welche Dynamik dieser Prozeß zum Beispiel in der Telekommunikationstechnik angenommen hat, mag die Zusammenstellung auf der nächsten Seite veranschaulichen.

Engert

Nach den beiden Referaten und den darin angesprochenen Einzelheiten steht nach meinem Eindruck die Frage der Mentalitäten im Mittelpunkt. Zukunftsfähigkeit heißt für mich im Kern: Welche Mentalitätsänderungen sind in Gesellschaften nötig, die das industrielle Zeitalter verlassen haben und in die Informationsgesellschaft einsteigen wollen?

Wie beharrend die Mentalitäten sind, hat sich in Deutschland beispielsweise nach der Wiedervereinigung gezeigt. Beide deutschen Gesellschaften sind charakterisiert durch einen entschiedenen Konservatismus. Wie Herr Späth sagte, ein Innovationsschub wurde durch die Wiedervereinigung nicht ausgelöst. Mentalitäten wachsen ganz langsam, sie ändern sich ebenso langsam. Dies Faktum hat man in Ost- wie in Westdeutschland total unterschätzt. Im Grunde sollten die Dinge bei uns überall so bleiben, wie sie bisher waren. Wie kommt es, daß das Änderungspotential offenbar so gering ist? Krise wird bei uns nicht auch als Chance zur Innovation begriffen, sondern nur als Bedrohung empfunden.

Warum gibt es keinen deutschen Gründerboom, hat Herr Späth gefragt. Weshalb ist die Risikobereitschaft so gering? Zu diesem Bild gehört, daß die Politik als Steuerungsinstrument versagt. Sie ist also lediglich Spiegelbild der Mentalität der Gesellschaft. Sie verzichtet auf Zumutungen. Aus Bequemlichkeit und aus ängstlicher Anpassung.

Die Bereitschaft zur politischen Partizipation ist in der Bürgerschaft gering, um so stärker werden tatsächliche und vermeintliche Rechtsansprüche hochgehalten. Im Spannungsverhältnis von Freiheit und Gleichheit setzen die Menschen in Ost- wie in Westdeutschland - obgleich von unterschiedlichen Voraussetzungen herkommend - sehr viel stärker auf die Gleichheit als auf die Freiheit. Wie steht es mit diesem Phänomen in anderen Ländern, in den USA beispielsweise? Ist dies ein spezifisch deutsches oder ein europäisches Problem? Herr Nefiodow hat Max Weber zitiert, dem zufolge das Ethos einer Gesellschaft ihre Ordnung bestimmt.

Was benötigen wir also, um fähig zu werden für die Zukunft? Herr Nefiodow hat Möglichkeiten und Chancen beschrieben, die mit der Informationsgesellschaft gegeben sind. Zugleich müssen wir natürlich auch die Gefährdungen diskutieren, die aus den neuen Möglichkeiten resultieren können. Welche Inhalte werden etwa mit den neuen Informationstechniken transportiert?

Machen sich die Eliten in diesem Lande genügend verständlich? Über Einwanderung beispielsweise läßt sich abstrakt gut debattieren; entscheidend sind jedoch die konkreten Erfahrungen, die die Leute im Alltag machen, wenn etwa in Berlin-Kreuzberg in einer Grundschule neunzig Prozent ausländische Kinder in einer Klasse sind.

Es ist sicher unbestritten, daß die Informationstechniken auch ein enormes soziales Problem bergen. Aufweiche tatsächlichen Veränderungen müssen wir uns einstellen?

Ist möglicherweise der Mittelständler, auf den Sie hingewiesen haben, Herr Späth, ein auslaufendes Modell? Wenn das aber nicht der Fall sein soll: Unter welchen Bedingungen könnte er ein Wirkungsfaktor bleiben?

Die Spannbreite unserer Diskussion ist enorm. Darin liegt die Chance, daß wir viele Denkanstöße bekommen, aber auch die Gefahr, daß uns das Gespräch zerfließt. Ich werde mir alle Mühe geben, daß wir letzteres vermeiden.

Lutz

Bei allen Zweifeln, ob die Kondratieff-Zyklen als Erklärungsmodell für gesellschaftliche Veränderungen tauglich sind, will ich diesen Ansatz einmal aufnehmen. Der 5. Kondratieff, also der Beginn der Informationsgesellschaft, war aus meiner Sicht die Periode der Hyperindustrialisierung; das industrielle Grundmodell wurde mit Hilfe der Informationstechnik gewissermaßen bis zur letzten Perfektion entwickelt. Die alte Vorstellung einer Maschinenwelt, die von einem descartesschen Verstand regiert und kontrolliert wird, hat sich dabei in mehrfacher Hinsicht selbst ad absurdum geführt.

Dieses System ist jedenfalls seiner selbst geschaffenen Komplexität nicht mehr gewachsen. Es hat Menschen herausfallen lassen, die der technischen Entwicklung nicht mehr standhalten konnten. Zugleich hat es emanzipative Gegenbewegungen geschaffen, weil immer mehr Menschen erfahren haben, daß dies nicht die von ihnen gewünschten Mechanismen waren und sie sich in derartige Mensch-Maschinen-Systeme nicht einzwängen lassen wollten.

Daraus versuche ich nun einmal abzuleiten, wie denn ein 6. Kondratieff aussehen könnte. Meine These ist, daß die Epoche der Hyperindustrialisierung von einem kulturellen Zeitalter abgelöst werden wird, in dem Erfolg nicht mehr eine Frage des "Wieviel", sondern des "Wie" sein wird. Die Menschen werden vielmehr danach fragen, wie sie ihr Leben, ihre Arbeit und so weiter gestalten können. Damit werden sich auch die Maßstäbe verändern, mit denen wir Erfolg messen.

Daraus resultiert, daß auch die Art der Tätigkeit sich ändern und sich mehr in kulturelle Richtung entwickeln wird, wie dies bei Herrn Nefiodow bereits angeklungen ist. Alle Routineaufgaben werden an die Technik, an die Maschine, delegiert, während die Menschen mehr die schöpferischen, gestaltenden Aufgaben übernehmen werden.

In einer solchen Gesellschaft wird sich auch der Charakter der Organisationen total verändern. Statt des traditionellen, mehr mechanistischen, hierarchischen Systems, werden prozeßhafte, sich selbst organisierende Netzwerke entstehen, die aus kleinen Teams bestehen, die unternehmerisch eigenverantwortlich handeln. Von daher denke ich, Herr Engert, daß der Mittelständler alles andere als ein auslaufendes Modell sein wird. Es entsteht geradezu ein neues Handwerk, wie ich es nennen würde, wo das Produkt oder die Dienstleistung wieder das Ergebnis eines individuellen Dialogs mit dem Kunden ist. All das gehört zu der vorerwähnten kulturellen Qualität, einschließlich des Dialogs an den Schnittstellen des Netzwerkes.

In diesen Organisationen, die mehr den Charakter von Organismen als von Mechanismen haben, spielt dann auch die Organisationskultur eine wesentliche Rolle. Statt zentraler Entscheidungen von der Spitze her, geht es jetzt um Koordinationsaufgaben, um die optimale Verknüpfung von Impulsen, die aus dem gesamten Netzwerk kommen.

Aus all diesen Überlegungen bin ich der Meinung, daß der traditionelle kulturelle Sektor-Wissenschaft, Bildung, Medien, Kunst - zum Hauptwachstumsträger werden wird, und zwar sowohl als Produzent von Produkten als auch als Zulieferer für die Wirtschaft, also als Lieferant von Design, von Interpretations- und Sinnangeboten und ähnlichem.

Von daher ist auch die Frage berechtigt, Herr Engert: Wie müssen sich die Mentalitäten verändern, wenn die Entwicklung tatsächlich in diese Richtung geht? Wie verhalten wir uns beispielsweise angesichts des Verlustes der Kontrollillusion derer, die heute in den Organisationen verantwortlich sind? Wie gehen wir damit um, daß Dinge, die wir bisher als Luxus betrachtet haben, nunmehr wirtschaftlich relevant werden? Was resultiert daraus, wenn exotische Dinge, die bisher in der Wirtschaft eher randständig waren, plötzlich ins Zentrum rücken?

Derartige Überlegungen mögen Ihnen heute noch reichlich spekulativ vorkommen, ich meine aber, es würde sich lohnen, in dieser Richtung weiterzudenken, wenn wir die Zukunftsfähigkeit deutlich machen wollen.

Wahl

Auch ich sehe, wie Herr Engert, in den Mentalitäten den entscheidenden Faktor. Warum zeigen gerade die Deutschen ein derartiges Beharrungsvermögen? Eine Ursache dafür dürfte die Tatsache sein, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in West- wie Ostdeutschland mit ihrer persönlichen wirtschaftlichen Lage, ihrem Arbeitsplatz und ihrer Wohnsituation sehr zufrieden ist. Die meisten Menschen in diesem Land schätzen ihre Lebenssituation viel positiver- und damit viel realistischer- ein, als ihnen das von den Medien vermittelt wird. Von einem durchgehenden Krisengefühl kann vor dem Hintergrund der beispiellosen Wohlstandsmehrung bei den breiten Schichten der Bevölkerung, insbesondere in Westdeutschland, jedenfalls nicht die Rede sein.

Wir sollten jedoch nicht übersehen, daß das hohe Wohlstandsniveau die Tendenz zur Beharrung fördert. Wohlstand macht träge. Not macht erfinderisch, heißt es im Volksmund. Wie will man aber in einer wohlhabenden Gesellschaft Not simulieren beziehungsweise Bedingungen schaffen, die dazu anregen, aktiver, kreativer, innovativer zu werden?

Die Bevölkerung in Deutschland trägt immer deutlicher die Züge einer dritten Generation. Sie setzt auf Sicherheit und staatliche Versorgung. Sie hat sich zudem institutionelle Rahmenbedingungen geschaffen, Herr Späth hat es bereits angesprochen, die auf Beharrung ausgerichtet sind und

Veränderungen behindern. Wettbewerb wird immer häufiger ausgeschlossen, Leistungs- durch Bedarfskriterien ersetzt. Wenn, wie derzeit in Deutschland der Fall, 56 Prozent des Bruttosozialproduktes über den Staat verteilt werden, bleibt für Kreativität und Innovation wenig Raum.

Die Beharrungstendenz wird darüber hinaus jedoch auch durch das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung verstärkt, auf das Herr Späth ebenfalls hingewiesen hat. Eine rasch alternde Bevölkerung wie die deutsche, in der ein Fünftel älter als 60 Jahre ist, ist Veränderungen gegenüber deutlich weniger aufgeschlossen als Bevölkerungen wie beispielsweise in Malaysia oder Indonesien;-, in denen nur 6 Prozent älter als 60, die Hälfte aber jünger als 20 Jahre ist. In Deutschland machen die unter Zwanzigjährigen dagegen nur noch ein Fünftel aus.

Hoffmann

Wenn wir hier eine einigermaßen zuverlässige Ursachenerklärung vornehmen wollen, müßten wir im Grunde zuvor versuchen, uns über eine Zielbestimmung klarzuwerden: Wo wollen wir eigentlich hin in dieser Diskussion? Erst wenn wir uns über die Ziele einigermaßen klar sind, können wir uns vielleicht mit einiger Aussicht auf Erfolg an die Wegbeschreibung machen, wie diese Ziele zu erreichen sind.

Bei der Zielbestimmung stellt sich natürlich sofort die Frage, wie es um die Möglichkeit steht, dies dann auf die politische Ebene zu transportieren und politisch umzusetzen.

Klages

Die These, die Deutschen zeigten ein besonderes Beharrungsvermögen und hätten sich in den letzten Jahren kaum verändert, möchte ich doch in Frage stellen, Frau Wahl. Aufgrund vielfältiger empirischer Untersuchungen behaupte ich demgegenüber, daß wir in Deutschland seit der Mitte der sechziger Jahre einen geradezu revolutionären Wandlungsprozeß im Mentalitätsbereich erlebt haben, der sich auf vielen Gebieten nachhaltig bemerkbar macht, obwohl er vielerorts noch kaum zur Kenntnis genommen wird. Ich denke hierbei an den "Wertewandel", der zu tiefreichenden Mentalitätsveränderungen in großen Teilen der deutschen Bevölkerung geführt hat.

Dieser Mentalitätswandel weist - dies ist natürlich eine These, die ich aber mit großem Nachdruck vortrage - mit unmißverständlicher Eindeutigkeit in Richtung Modernisierung. Allerdings wird das durch ihn entstehende Modernisierungspotential - und hier liegt, wie ich meine, der Hase im Pfeffer! - bislang noch kaum genutzt. Zu denken ist insbesondere an die gestiegene Bereitschaft der Menschen, an ihrem Arbeitsplatz Initiativen zu ergreifen und Verantwortung zu übernehmen, eigenverantwortlich zu handeln und "Subjekt des eigenen Handelns" zu sein, wie es mitunter etwas emphatisch heißt. Für die Nutzung dieser äußerst zukunftsbedeutsamen Bereitschaft fehlen heute noch weitgehend die organisatorischen Voraussetzungen, so daß man sie oft als lästig empfindet und - zum Schaden der Allgemeinheit - als "Anspruchshaltung" zu disqualifizieren und zu unterdrücken versucht.

Lassen Sie mich aber außerdem an die Feststellung von Herrn Späth erinnern, daß aufgrund von Umfrageergebnissen heute über 70 Prozent der Bevölkerung bereit sind, Einschränkungen auf sich zu nehmen, falls dies dazu beiträgt, Probleme wie die Arbeitslosigkeit erfolgversprechend anzugehen. Ich sehe nicht, daß die Politik bereits in der Lage wäre, diese Bereitschaft angemessen zu nutzen. Sie neigt statt dessen dazu, von der "Egogesellschaft" zu schwadronieren und den scheinbar dem Egoismus verfallenen Menschen eine geistig-moralische Wende zu verordnen!

Ich möchte auch darauf hinweisen, daß - den vorliegenden Umfrageergebnissen zufolge - die Toleranzbereitschaft der Bevölkerung seit den 60er Jahren erheblich angestiegen ist. Es ist einfach nicht wahr, daß die Neigung zur Gewalt in unserer Gesellschaft zugenommen hat, wie immer wieder vor allem mit Verweis auf den Rechtsradikalismus - behauptet wird. Das Gegenteil ist der Fall. Gegen Gewaltanwendung jeglicher Art hat sich in unserer Gesellschaft inzwischen das größte Widerstandspotential formiert, das es in der bisherigen deutschen Geschichte gegeben hat. Als Beleg können die unzähligen spontanen Solidaritätsbekundungen gelten, die betroffenen Ausländern aus der Bevölkerung entgegengebracht werden.

Herr Nefiodow hat die Kooperationsfähigkeit hervorgehoben, die in immer höherem Maße in der Wirtschaft gefordert wird. Wenn ich richtig informiert bin, dann klappt die Einführung moderner Formen der Gruppenproduktion bei uns überall dort, wo sie in Angriff genommen wird, ohne daß irgendwelche nennenswerten kulturellen oder mentalen Widerstände auftreten würden. Im Gegenteil ruft die Einführung der Gruppenproduktion allenthalben eine vergrößerte Arbeitszufriedenheit hervor. Auch hier erweist sich das gewissermaßen abrufbereit verfügbare Modernisierungspotential in der Bevölkerung.

Natürlich hat der Individualismus bei uns deutlich zugenommen. Es handelt sich hierbei jedoch nicht um das quasi autistische Verhalten vereinsamer Individuen, die kontakt-, kommunikations- und kooperationsunfähig geworden wären. Im Gegenteil zeigen alle Indikatoren, die wir darüber besitzen, mit großer Eindeutigkeit an, daß zusammen mit dem Individualismus auch die Kontakt-, Kommunikations- und Kooperationsbereitschaft deutlich angestiegen ist. Die Menschen bei uns fürchten sich heute geradezu vor der Einsamkeit und vor fehlender Kommunikation, und sie wirken dem in ihrem Verhalten erfolgreich entgegen.

Die Formen, die hierfür gefunden werden, unterscheiden sich zweifellos von den bisher gebräuchlichen, und sie wirken verändernd bis in Einrichtungen wie die Ehe hinein. Aber auch hier wird bei näherem Zusehen die Vorstellung widerlegt, daß der gestiegene Individualismus Gemeinschaftsunfähigkeit erzeuge.

Zusammengefaßt: Man sollte sich meines Erachtens, wenn man die Frage der Mentalitäten untersucht, viel weniger Sorgen um die Gesellschaft als Ganzes machen, als vielmehr um diejenigen meinungsbeherrschenden Eliten, die uns heute falsche, die Gesellschaft denunzierende Wirklichkeitsbilder aufzunötigen versuchen.

Hamilton

Da die Deutschen zur Zeit dabei sind, uns Amerikanern ihr Lieblingsspiel beizubringen, nämlich Fußball, fühle ich mich hier veranlaßt, Ihnen etwas über den amerikanischen Lieblingssport Baseball zu vermitteln. Hier ist viel von Krise die Rede. Lassen Sie mich dazu einen unserer "größten Philosophen" zitieren, den Baseballspieler Dan Quisenberry von den Kansas City Royals, der die Zukunftsempfindung während der vierzig Jahre des kalten Krieges einmal mit dem Satz zusammengefaßt hat: "Ich habe die Zukunft gesehen; sie ist genau wie die Gegenwart - nur länger." Mit anderen Worten, die Zukunft wird einfach so weiterlaufen wie die Gegenwart.

Jetzt nach den vielen Revolutionen, die wir in den letzten Jahren erlebt haben, dürfte das Gefühl vorherrschen, das ebenfalls einer unserer Baseball-Stars, Yogi Berrà, mit den Worten ausgedrückt hat: "Die Zukunft ist nicht mehr das, was sie einmal war." Das heißt, wir müssen umdenken; unsere bisherigen Vorstellungen treffen nicht mehr zu. Ich meine, das hat sehr viel mit der Frage der Mentalitäten zu tun.

Wenn hier die Vorbildfunktion der USA oder Japans angesprochen wurde, wäre zu fragen: Sollen die Deutschen amerikanischer oder die Amerikaner japanischer werden? Auch da geht es zweifellos um Mentalitätsfragen.

Wir haben in den USA tatsächlich große Fortschritte in Richtung einer Erneuerung unseres Landes gemacht. Das Wirtschaftswachstum ist gestiegen, die Arbeitslosenquote sinkt, und wir erleben seit über zehn Jahren einen erheblichen Strukturwandel. Unternehmen wie Chrysler, die man bereits völlig abgeschrieben hatte, sind plötzlich wieder wettbewerbsfähig geworden. Die Produktivität hat erheblich zugenommen und ist nach wie vor Weltspitze, so daß in den USA nicht nur der relativ niedrigen Lohnkosten wegen investiert wird.

Ob sich das amerikanische Modell jedoch für andere Länder, beispielsweise für Deutschland, eignet, wage ich doch zu bezweifeln. Dabei werden leicht die großen Probleme vernachlässigt, denen wir uns in unserem Lande gegenübersehen. So sind wir in den achtziger Jahren von der größten Gläubiger- zur größten Schuldernation der Welt geworden. Die Armutsrate ist bei uns heute höher, als sie es jemals seit den sechziger Jahren war. Jedes fünfte Kind in Amerika lebt in Armut. Und wie sieht es etwa auf dem Gesundheitssektor bei uns aus? Während die U S-Amerikaner doppelt so viel Geld für ihre Gesundheit ausgeben wie irgendein anderes OECD-Land, entbehren nach wie vor über vierzig Millionen Menschen jeglichen Krankenversicherungsschutz. Deshalb brauchen wir dringend eine grundlegende Reform unseres Gesundheitssystems.

Ein anderes Beispiel, das den Ausführungen von Herrn Späth näher liegt: Wenn Daimler-Benz jetzt in Alabama für 350 Millionen Dollar Investitionen tätigt, dann werden dem Unternehmen von Seiten des Staates Alabama 500 Millionen Dollar an Subventionen angeboten. Das geschieht zu einer Zeit, wo ein Gericht von diesem Staat fordert, 500 Millionen Dollar für den Ausbau der Schulen auszugeben, weil viele Menschen dort nicht einmal lesen und schreiben können. Sie sehen also, mit welchen Problemen wir bei uns zu kämpfen haben.

Herr Späth hat den politischen Bereich und vor allem die Parteien angesprochen. Die Parteien in den USA sind in der Tat reine Wahlkampfvereine und haben ansonsten keine große Bedeutung. Auf der anderen Seite sind unsere Kongreßabgeordneten weitgehend unabhängig von den Parteien. In vielen

Fragen muß man bei uns erst einmal eine Koalition zusammenbringen, um überhaupt regieren zu können. Wir sind sicher eine sehr flexible Gesellschaft, vielleicht zu flexibel.

Während unsere Regierung gegenwärtig versucht, gerade den Arbeitnehmern etwas mehr an Sicherheit zu geben, damit sie mit den globalen wirtschaftlichen Veränderungen einigermaßen zurechtkommen, fordert man in Deutschland gerade umgekehrt eine höhere Flexibilität, weil hier das Maß an Sicherheit so groß ist, wie wir es überhaupt nicht kennen. Das heißt, wir müssen jetzt erst ein Mindestmaß an Sicherheit aufbauen, damit die Leute nicht ganz durchfallen.

Oder denken Sie an das duale Ausbildungssystem, das für uns in den USA eine interessante Perspektive darstellt, während man in Deutschland inzwischen immer mehr Probleme damit hat. Einige Aspekte dieses Systems sind für uns in Amerika zweifellos interessant, auch wenn wir es nicht voll kopieren sollten.

Worauf ich hinaus will, ist, daß wir in unseren Gesellschaften gewissermaßen eine Konvergenz der Probleme erleben: Während wir in den USA ein Sozialsystem aufbauen müssen, das den Menschen ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit garantiert, steht in Deutschland die Forderung nach mehr Flexibilität oben an. Damit besteht aber auch die Möglichkeit, daß wir voneinander lernen können. Das bedeutet im Informationszeitalter die Schaffung von Netzwerken auf beiden Seiten des Atlantiks mit dem Ziel, einander nicht zu kopieren, sondern Anregungen und Ansätze zu vermitteln, um zu einem jeweils eigenen System zu finden. Solche Netzwerke brauchen wir nicht nur von Regierung zu Regierung, sondern vor allem im privaten Bereich, weniger auf nationaler, mehr vielleicht auf regionaler Ebene.

Wir sehen uns heute so vielen Problemen gegenüber, bei denen wir voneinander lernen könnten, wie man mit ihnen fertig wird. Über vierzig Jahre haben wir eine enge Partnerschaft gegen eine äußere Bedrohung gehabt. Jetzt können wir sie gegen die gemeinsamen Herausforderungen anwenden: Bekämpfung von Drogen, Terrorismus, organisierte Kriminalität, Überwindung der Arbeitslosigkeit, Bewältigung des Strukturwandels oder der Migrationsproblematik. Auf allen diesen Feldern geht es um unsere Zukunft, die wir gemeinsam gestalten können.

Engert

Wenn Sie den Aufbau von Netzwerken fordern, Herr Hamilton, wie soll das vor sich gehen angesichts der Tatsache, daß die äußere Bedrohung - Gott sei Dank - weggefallen ist? Eine äußere Bedrohung im Zeichen der Ost-West-Konfrontation, die als Bindemittel zwischen der Bundesrepublik und den US A in der Vergangenheit wirkt. Sind die Eliten in unseren Ländern, speziell in Deutschland, bereit und fähig, nun solche Netzwerke aus eigener Initiative zu schaffen? Da setze ich ein großes Fragezeichen.

Grossner

Ich möchte mit der These beginnen, daß die Zukunftsfähigkeit in weiten Bereichen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stark gefährdet, wenn nicht sogar verlorengegangen ist und wir alles versuchen sollten, sie zurückzugewinnen.

Beide Referate haben gezeigt, daß wir weniger auf eine quantitative Steigerung unserer Produktion oder auf vereinzelte Aktionen des piecemeal engineering setzen können, sondern daß es darum geht, Information intelligent, kreativ anzuwenden und konzeptionell zu denken. Angesichts des Wechsels in den Parametern: Wie können wir uns rechtzeitig auf neue Ziele einstellen, um den richtigen Zeitpunkt nicht zu verpassen? Oder, um es mit Kant zu sagen: Es geht um eine realistische Einschätzung der Bedingung der Möglichkeiten, um dann mit Kreativität und Willen seitens handlungsfähiger Personen und Institutionen etwas zu bewirken.

Mein Eindruck ist, daß wir dabei sind, unsere Zukunftsfähigkeit zu verpassen. Dafür zunächst ein Beispiel aus Rußland. Ich berate unter anderem den Stellvertreter von Ministerpräsident Tschernomyrdin, Sowkowiez. Wie Sie wissen, hat die Bundesrepublik Rußland etwa 90 Milliarden D-Mark an Geldern zur Verfügung gestellt. Davon sind zehn Milliarden D-Mark für den Bau von 38.000 bis 40.000 Offizierswohnungen verwendet worden, während das übrige Geld unsystematisch in tausend verschiedene Bereiche hineinfließt, übrigens nicht nur seitens der Bundesrepublik, sondern auch über die Europäische Gemeinschaft.

Wir haben bei Tschernomyrdin und seinem Stellvertreter nachgefragt: Was geschieht eigentlich mit unserem Geld? Da legen die Russen der EU Beschaffungslisten vor, die zu 90 Prozent High-Tech, Kraftwerke, Satellitensysteme aus Japan und Südostasien ausweisen. Die Zahl stammt von dem europäischen Verhandlungsführer und Präsidenten der G-24-Koordinierungsgruppe, Ottokar Hahn. Wie ist diese erstaunliche Tatsache zu erklären, die ja unsere zukünftigen Absatzchancen auf dem

russischen Markt erheblich beeinträchtigt? Nun, in verschiedenen Schlüsselministerien in Rußland - ähnlich übrigens in Polen - haben die Japaner ganze Teams angesiedelt, die für die russische Seite die entsprechenden Spezifikationen erarbeiten, während Japan an Geld kaum nennenswerte Beiträge zur Verfügung gestellt hat. Mit anderen Worten, die Japaner haben sich gewissermaßen in den Ganglienzellen des Systems festgesetzt und üben damit entscheidenden Einfluß auf die Systemsteuerung aus.

Jetzt ist man von europäischer (EU) und deutscher Seite dabei, hier mit harten politischen Forderungen eine Änderung zu bewirken und eigene Berater ins Spiel zu bringen, um der westeuropäischen Industrie wieder einige Chancen zu eröffnen. Die 90 Milliarden DM, beziehungsweise die 80 Milliarden ECU der G-24-Gruppe für Osteuropa in den nächsten drei Jahren werden so lange nichts für uns bewirken, wie wir die Steuerungsinstrumente nicht beeinflussen können oder in der Hand haben. Hier müßten Politiker und Unternehmer eng zusammenarbeiten.

Derartige verpaßte Gelegenheiten lassen sich auch in Ostdeutschland nachweisen. Ich erwähne nur das Beispiel EKO-Stahl, wo die Bundesregierung, aber auch die Treuhand mehrere Milliarden D-Mark geradezu verspielt haben. Die Bedingungen von Stahlproduzenten werden in der Europäischen Gemeinschaft nach dem Montanvertrag geregelt. Im Falle EKO ging es um das Fehlen einer Warmbandstufe, was die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens beeinträchtigte. Das Schließen dieser "Warmband-Lücke" muß in Brüssel genehmigt werden, was vor drei Jahren überhaupt kein Problem bereitet hätte, wenn man die Situation richtig erkannt und dies im Zusammenhang mit der Aufnahme der neuen Bundesländer in die EU beantragt hätte. Leider hat man seitens der Treuhand, aber auch im Bundeswirtschaftsministerium den richtigen Zeitpunkt verpaßt und ist statt dessen mitten in die europäische Stahlkrise hineingeraten. Als erst die riesigen Subventionsanträge von SEITAI Bilbao, Spanien, und ILVA, Italien, auf dem Tisch lagen, hatte EKO, bei dem es sich vergleichsweise um eine nur geringe Größenordnung handelt, kaum noch eine Chance. Die schließlich durchgesetzte Beihilfengenehmigung der EU hat die Bundesrepublik ein Vermögen gekostet.

Beide Beispiele machen deutlich, daß es mit der Zukunftsfähigkeit der Institutionen und Organisationen in Deutschland und Europa nicht weit her ist. Es werden zwar riesige Geldmittel eingesetzt, aber es fehlt an Kreativität und konzeptioneller Intelligenz, um die notwendigen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Innovationen zustande zu bringen. Die Frage ist, wie sich die Handlungsfähigkeit in den großen Wirtschaftsunternehmen und in den politischen Instanzen zurückgewinnen läßt, damit wir auf dem internationalen Markt einigermaßen konkurrenzfähig sind.

Vehse

Ich warne davor, Herr Grossner, beim Thema EKO Legenden aufzubauen; das gilt sowohl für die Rolle der Treuhand als auch der Bundesregierung und der Europäischen Gemeinschaft. Ich selbst habe in der Delegation der Bundesregierung für die Treuhand die Verhandlungen in Brüssel geführt. Schon vor zweieinhalb Jahren war es erklärte Politik der Europäischen Gemeinschaft, EKO nur dann zu erhalten, wenn dieses Unternehmen privatisiert werden kann. Damals hatten wir leider keinen geeigneten privaten Investor, der gewährleisten konnte, daß mit dem Aufbau zusätzlicher Warmbandkapazität in Eisenhüttenstadt gleichzeitig ein Abbau anderswo in Ostdeutschland stattfand. Das war auch ein Grund, warum Krupp und andere potentielle Investoren ausfielen. Allein der italienische Riva-Konzern wäre dazu in der Lage gewesen.

Grossner

Die jüngste Entwicklung hat diese Riva-These widerlegt.

Thomas

Nach den Referaten und der bisherigen Diskussion steht es um die Zukunftsfähigkeit in Deutschland offenbar nicht gerade gut. Nun werden sich viele von Ihnen daran erinnern, daß in den sechziger Jahren das Buch von Servan-Schreiber "Die amerikanische Herausforderung" erschien und erhebliche Diskussionen innerhalb der OECD - ich war damals dort beschäftigt - über das sogenannte "technological gap" auslöste. Danach waren wir nahezu in sämtlichen Zukunftsbranchen in Europa out - in Deutschland natürlich auch. Etwa drei Jahre später erzielte die deutsche Wirtschaft wieder höhere Exportüberschüsse als jemals zuvor.

Des weiteren erwähne ich die Diskussion um das Buch von Bruce Nußbaum, das 1982 erschien und in dem er anhand einer Analyse der Wirtschaftsdaten von 1980 eindrucksvoll schilderte, daß die deutsche Wirtschaft einem Auto gliche, das über eine Kaimauer fährt und jeden Augenblick abstürzen

kann. Zwei Jahre nach dem Erscheinen des Buches befand sich die amerikanische Wirtschaft gegenüber der deutschen in einem recht ungünstigen Zustand.

Nun will ich daraus nicht schlußfolgern, daß die deutsche Wirtschaft in den nächsten zwei oder drei Jahren mit großer Wahrscheinlichkeit den ganz großen Wiederaufstieg erleben wird, aber wir sollten mit unseren düsteren Zukunftsprognosen vorsichtig sein.

Das gilt auch in anderer Hinsicht. 1983 haben wir im Bundesforschungsministerium ein Programm aufgelegt, das sich "Technologieorientierte Unternehmensgründungen" nannte. Damals lautete die einhellige Kritik: Was soll ein solches Programm für die paar Leute, die sich in Deutschland dafür interessieren? Innerhalb von sechs Monaten nach Ankündigung des Programms wurden wir von Tausenden von Anfragen geradezu überflutet, so daß wir den Ansturm kaum bewältigen konnten. Es gab sehr viele engagierte Unternehmensgründer, die auch erhebliche Risiken eingegangen sind und zum Teil hervorragende technologische und andere Ideen hatten. Allerdings muß ich hinzufügen, daß sich aus den über dreihundert geförderten Unternehmensgründungen nur drei Unternehmen mit über 100 Millionen D-Mark Umsatz entwickelt haben.

Das Problem stellt bei uns die fehlende Zurverfügungstellung von Kapital dar. Da fehlt es noch an den notwendigen Voraussetzungen, und hier wird auch der Staat die entsprechenden Rahmenbedingungen setzen müssen. Ich behaupte: Es fehlt nicht an potentiellen Gründern in Deutschland.

Die junge Generation weist im Vergleich zu unserer Generation ein völlig anderes Verhalten auf. Während wir, von der Universität kommend, versuchten, in eine der großen Forschungseinrichtungen von Siemens oder anderen Unternehmen zu gelangen, wollen die jungen Leute heute gerade weg von den Unternehmensbürokratien, je weiter desto besser. Hier hat sich ein erheblicher Wandel vollzogen. Aber es fehlt in Deutschland an Risikokapital, und wenn ich mir ansehe, wer am 4. Juli auf dem deutschen Börsentag sprechen wird, dann sind das alles Banker, die genau das sagen, was sie seit zehn Jahren sagen, während diejenigen, die etwas bewegen könnten, gar nicht zu Wort kommen. Das beantwortet zum Teil auch die Frage von Herrn Späth, warum wir in Deutschland keinen Gründerboom erleben.

Herr Nefiodow hat sehr anschaulich dargestellt, daß die Zahl der Beschäftigten in der Produktion im Zeitalter der Informationsgesellschaft zwangsläufig immer weiter abnimmt. Unsere Wirtschaftsförderung jedoch wendet sich bisher nahezu ausschließlich an das produzierende Gewerbe und gerade der Sektor, den Herr Nefiodow als den eigentlichen Wachstumsbereich herausgestellt hat, wird von der Wirtschaftsförderung nicht ausreichend berücksichtigt. Auch in dieser Hinsicht kommen wir also nicht darum herum, den strukturellen Veränderungen bei den Beschäftigten und im Hinblick auf die Wachstumspotentiale sehr viel mehr Rechnung zu tragen. Im Augenblick bewegen wir uns da in die falsche Richtung.

Engert

Herr Nefiodow hat erwähnt, daß es verhältnismäßig leicht gewesen sei, aus einem Landarbeiter einen Fabrikarbeiter zu machen, während es sehr viel schwieriger sei, einen Fabrikarbeiter zu einem Informationsarbeiter umzuschulen.

Damit stellt sich die Frage: Was geschieht mit denen, die nicht mitkommen in der neuen Informationsgesellschaft - aufgrund fehlender Veranlagung oder mangelnder Ausbildung? Welche Fähigkeiten müssen wir entwickeln und auch entsprechend fordern, um die vorhandenen Potentiale tatsächlich zu erschließen?

Glees

Wie ich gelesen habe, hat sich um 1850 Königin Victoria mit ihrem deutschen Gemahl hierauf Schloß Reinhardsbrunn aufgehalten, zusammen mit 16 anderen europäischen Königen und Fürsten. Wenn wir heute von Zukunft sprechen, dann frage ich: Wie anders ist eigentlich die Welt von 1994 im Vergleich zu 1850? Auch damals war ein neues Deutschland im Entstehen, und es gab ebenso wie heute kriegerische Zustände auf dem Balkan, mit denen die Europäer nicht fertig wurden und die schließlich zum Ersten Weltkrieg führten. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir nicht einfach dasitzen können, sondern versuchen müssen, die Zukunft aktiv zu gestalten.

In der Tat sind wir heute gefordert, alles neu zu erfinden - immerhin erreichen wir in fünfzehn Jahren das 21. Jahrhundert. Wie man die Zukunft gestalten kann, zeigt sich am Beispiel Großbritanniens. Gerade Margaret Thatcher hat während ihrer 11jährigen Amtszeit versucht, vieles von dem zu realisieren, was Herr Späth nun für Deutschland gefordert hat. Sie hatte begonnen, die

wirtschaftlichen und die gesellschaftlichen Verhältnisse neu zu denken. Das wurde allerdings nicht konsequent zu Ende geführt, als Frau Thatcher abtreten mußte. Was übrigblieb, nimmt sich zum Teil karg aus und ist in mancher Hinsicht nicht sehr erfolgreich.

Was man aus Großbritannien lernen kann, ist, daß ein radikaler Erneuerungsprozeß mindestens eine Generation in Anspruch nimmt. Dafür reichen zehn Jahre nicht aus. Auch die bürokratischen Mittel, die nötig sind, um die entsprechenden Maßnahmen umzusetzen, waren damals wie heute unzureichend. Man sollte also von uns außerdem lernen, daß der Mut zur Veränderung nicht durch einen Managerismus entsteht, der jeden Erfindergeist in Großbritannien geradezu abtötet. In keinem Bereich, ob an den Universitäten oder im Gesundheitswesen, kommt man bei uns ohne sogenannte Manager aus, die uns mehr oder weniger zugrunde richten. Denn eigentlich sind das keine echten Manager, sondern Bürokraten.

Was Deutschland angeht, so hat Herr Späth zu Recht darauf hingewiesen, daß Sie zu viel Staat haben. Der Staat müsse für die geeigneten Rahmenbedingungen sorgen, wurde von einigen gesagt. Wieso eigentlich? In Deutschland gibt es doch zu viel Regierung, es gibt zu viele Politiker, die viel zu lange im Amt bleiben, und die politischen Parteien sind dort fast zum Selbstzweck geworden, die kaum noch versuchen, mit den großen Problemen der Zeit fertig zu werden. Wie will man unter solchen Voraussetzungen einen Gründerboom erwarten, den man unter den gegebenen Umständen gar nicht gebrauchen kann, weil er die überkommenen Strukturen in Frage stellen würde?

Aber auch Europa muß neu als europäische Vision erfunden werden. Die Europäische Gemeinschaft gründete sich seinerzeit auf Kohle und Stahl und die Agrarprodukte. Diese Wirtschaftsbereiche gehören ins 19. und nicht ins 21. Jahrhundert. Wir leben in einem völlig neuen Zeitalter, reden aber immer noch von Kohle und Käse. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn wir Europäer mit der Informationstechnologie kaum etwas anfangen können. Dabei haben die Europäer, nicht zuletzt die Briten, im Grunde die Computertechnologie erfunden. Aber wir schaffen es nicht, sie entsprechend auszubauen. Da sind uns die Japaner weit überlegen. Dies ist in vielen Bereichen der Fall. Wir haben Entdeckungen und Erfindungen gemacht und erkennen nicht, wie wir diese dann auch nutzen können.

Wie läßt sich der Erfindergeist in Europa wiederbeleben? Was wir eigentlich brauchen, ist weniger Staat und weniger Bürokratie. Wir benötigen ein völlig anderes Erziehungssystem, das ebenfalls noch auf das 19. Jahrhundert ausgerichtet ist. Wo ist die Schule, die dem 21. Jahrhundert gerecht wird und uns mit den erforderlichen neuen Eliten versorgt? Darin ist der Staat völlig überfordert, wie sich am Beispiel der USA und Großbritanniens zeigt, wo nahezu jeder dritte jetzt eine Universität besucht, was eine große Geldverschwendung darstellt und weder für die Universität noch für die Studenten Gewinn bringt. Hier sollte sich viel mehr die private Wirtschaft engagieren, nicht nur, um die Forschung voranzubringen, sondern um auch den Studenten zu vermitteln, was sie für die Welt von morgen benötigen.

Vom "pacific rim" war im Zusammenhang mit Japan die Rede. Wie viele europäische Studenten haben überhaupt eine Ahnung davon, was in Japan oder in Südostasien vor sich geht? Wo wird bei uns Japanisch oder Chinesisch gelehrt? Wir erziehen für ein Jahrhundert, das schon vergangen ist.

Korte

Für die Veränderung der Mentalitäten, auf die Herr Klages verwiesen hat, will ich ein Beispiel aus der mittelständischen stahlverarbeitenden Industrie von Anfang der achtziger Jahre anführen. Damals wurde unser Institut gebeten, in einigen Unternehmen die Einführung von computergesteuerten Fließfertigungsverfahren in ihren sozialen Auswirkungen zu untersuchen. Sie werden mir sicher zustimmen, wenn ich sage: Es muß schon sehr schlecht um einen Betrieb stehen, wenn man Soziologen, die von der Universität kommen, freiwillig einläßt.

Was war der Anlaß? Die westfälischen und badischen Metallarbeiter in den Betrieben hatten das Know-how der letzten einhundert Jahre internalisiert, bei dem es darum ging, bestimmte mechanische und andere Vorgänge mit Hilfe technischer Fertigkeiten umzusetzen. Jetzt wurden sie mit einer ganz neuen Technologie konfrontiert, mit der sie nicht zurechtkamen. Einer der Gründe war, wie sich schnell herausstellte, daß in den Berufsschulen des ganzen Ruhrgebiets nicht eine einzige CAD/CAM-Anlage zu Ausbildungszwecken vorhanden war. Das hat sich dann innerhalb von fünf Jahren grundlegend geändert, und die heute heranwachsende Generation von Industriearbeitern hat dieses Problem nicht mehr. Das heißt, hier hat eine ökonomisch bedingte Mentalitätsveränderung stattgefunden.

Aber in den letzten zwanzig/dreißig Jahren haben sich im sozialen und kulturellen Bereich sehr viele grundlegende Veränderungen vollzogen, die sich auf die bestehenden Mentalitäten erheblich

ausgewirkt haben. Ich denke nur an die Hochschulen. Diejenigen, die nicht in einer Hochschule arbeiten, können sich wahrscheinlich gar nicht vorstellen, was es bedeutet, wenn eine solche Einrichtung statt von fünf Prozent eines Geburtenjahrganges, wie das zu ihrer Zeit der Fall war, heute von 25 bis 30 Prozent besucht werden. Sie konnten damals die Universität in der Gewißheit absolvieren, anschließend in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zur Elite zu gehören. Dieses Bewußtsein kann heute kein Student mehr haben. Es ist nicht schwer zu begreifen, daß sich dies auf die Mentalität der Studierenden unmittelbar auswirkt.

Hinzu kommt, daß es auch einen wesentlichen Unterschied macht, ob eine Studentenpopulation zu 95 Prozent aus Männern und zu 5 Prozent Frauen oder je zur Hälfte aus Frauen und Männern besteht. Das läßt sich in einem Kreis wie diesem wahrscheinlich schwer nachvollziehen. Aber um weitere gravierende Unterschiede zu konstatieren: Ein zunehmender Prozentsatz der Studierenden hat eine Berufsausbildung, bevor er die Universität betritt, und immer mehr Studentinnen und Studenten arbeiten während des Studiums, und zwar nicht nur aus ökonomischen Gründen. Dies alles wirkt sich auf die Mentalität der jungen Generation erheblich aus, und wir sollten uns nicht der Illusion hingeben, wir könnten jene Mentalitäten, die wir in Bildung und Ausbildung vermittelt bekamen, nahtlos auf die nachwachsenden Generationen übertragen.

Des weiteren ist festzustellen, daß im sozioökonomischen Bereich überraschend statisch gedacht wird. Wenn ich Ökonomen und Politikern so zuhöre, wie sie die gesellschaftliche Entwicklung aus ökonomischen Veränderungen ableiten, dann fühle ich mich immer bemüßigt zu sagen: Ihr seid alle Spätmarxisten. Denn sie vertreten die Vorstellung, die Ökonomie sei es, die alles voranbringt.

Dabei wissen wir seit Max Webers Gedanken zur protestantischen Ethik und dem Geist des Kapitalismus - die sicher etwas differenzierter sind, als Herr Nefiodow sie in der Kürze der Zeit vortragen konnte-, was geschieht, wenn sich die religiöse Grundlage der Erwerbsarbeit durch die Wohlstandsentwicklung langsam in Luft auflöst. Übrig bleibt dann eine bestimmte Berufsorientierung, die mit staatlicher Hilfe im "stahlharten Gehäuse der Bürokratie" endet. Max Weber hatte keine gute Meinung von dem, was er zu Beginn des 20. Jahrhunderts vorfand.

Was wir lernen müssen zu verstehen, ist, daß die verschiedenen Prozesse in unserer Gesellschaft - ökonomisch, sozial, kulturell - sich aufgrund ihrer diachronen Strukturen sehr unterschiedlich entwickeln. Das, was wir beispielsweise gegenwärtig an den Hochschulen erleben, schlägt sich in zehn oder zwanzig Jahren in der Mentalität der Bevölkerung nieder. So wie wir heute von einem zweiten Arbeitsmarkt sprechen, werden wir möglicherweise demnächst auch von einer zweiten Gesellschaft reden müssen, wenn 20 bis 30 Prozent einer Generation gewissermaßen ihre eigene Gesellschaft bilden.

Wir müssen in der Tat lernen, in Prozessen zu denken, und ich weiß nicht, ob uns dabei die Kondratieffschen Wellen sehr viel weiterhelfen. Ich meine, das führt uns in die falsche Richtung, wenn wir Mentalitätsveränderungen in einem großen Teil der nachwachsenden Generation begreifen wollen. Wenn Herr Späth so mit leichter Hand den BWL-Studenten charakterisiert, der eine billige Studentenkrankenversicherung hat und im übrigen 2500 DM cash erhält, dann nimmt ein solches Beispiel nicht auf, was an den Universitäten tatsächlich passiert.

Ich will es einmal sehr deutlich sagen: Was wir heute an den Hochschulen haben, ist nicht eine skeptische, sondern eine vernachlässigte, ja, eine verlassene Generation. Und die Vorstellung, wenn sich nur die Ökonomie richtig entwickelt und die Konzerne in ihren Berufsakademien sich ihren eigenen Nachwuchs heranzüchten - der dann nur für das taugt, was in dem jeweiligen Betrieb nachgefragt wird;-, hätte man die Probleme der nachwachsenden Generation geregelt, ist sicher falsch. Ich warne sehr vor einer solchen Einstellung.

Die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft hängt im wesentlichen davon ab, was mit der Generation, die sich jetzt in einer Ausbildung befindet, geschieht. Und das, was diese jungen Leute dort erleben, ist, was den Staat angeht, nicht eben erfreulich.

Engert

Wie erklären Sie diese Verlassenheit der jungen Generation? Sie sagten, die ökonomische Mentalität unterscheide sich wesentlich von der in anderen Bereichen.

Korte

Wie ich unter anderem aus den Veröffentlichungen von Herrn Daxner gelernt habe, stellt sich für den gesamten Hochschulbereich ein grundsätzliches Problem: Als die Bildungsreform Anfang der 60er Jahre begann, gab es eine Übereinkunft in der Gesellschaft, daß Wissenschaft, Fortschritt und

Universität eine Einheit seien. Dieser Zusammenhang ist zerbrochen. Das heißt, die Gesellschaft betrachtet die Universitäten als einen Sektor - neben der Sozialpolitik, dem Arbeitsmarkt, dem Gesundheitssystem und so weiter. Bildung als Querschnittsaufgabe ist nicht mehr existent.

Kürzlich habe ich von Herrn Hoffmann erfahren, daß es heute weder auf Rohstoffvorkommen, noch auf Technologien oder Kapital entscheidend ankommt, sondern daß allein Investitionen in Qualifikation einem Lande wie Deutschland noch einen Wettbewerbsvorteil verschaffen. Deshalb sage ich gegen Herrn Glee: Es kann gar nicht genug Studenten geben. Aber die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft hängt vor allem von bestimmten Qualifikationen ab, wie sie Herr Nefiodow besonders hervorgehoben hat, die von der staatlichen Hochschulpolitik aber überhaupt nicht angeboten werden. Deshalb spreche ich von einer vernachlässigten und verlassen Generation.

Müller-Groeling

Als ich die Einladung zu diesem Bergedorfer Gespräch erhielt, habe ich mich natürlich gefragt, was ein Ökonom zur Frage der Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft beitragen kann. Ich meine, diese Frage muß auf mehreren Ebenen gestellt werden:

- Zum Standort Deutschland hat Herr Späth ja sehr Beherzigenswertes gesagt.
- Ohne Zweifel müssen wir diese Frage auch für Europa stellen, das sich, wie wir von Herrn Glee gehört haben, nicht mehr so sehr auf Kohle, Stahl und Landwirtschaft konzentrieren sollte.
- Aber wahrscheinlich können wir über die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft heute weniger denn je reden, ohne sie auch unter den Aspekten der globalen Entwicklung der Weltwirtschaft zu sehen.

Dabei würde sich dann beispielsweise die Frage stellen, ob sich das Wirtschaftswachstum der Industrienationen einfach auf die übrige Welt übertragen läßt, etwa auf China, das in dieser Hinsicht ein besonders eindrucksvolles Beispiel wäre. Hält die Erde eine solche Entwicklung überhaupt aus? Wir alle kennen die Rechnungen über den Energieverbrauch und - schlimmer noch - die Schadstoffbelastung, die sich daraus ergeben würden. Von dieser Betrachtung ist es dann nicht weit bis zu den Problemen der Bevölkerungsagglomeration und des Bevölkerungswachstums sowie zu den Methoden und den bisher meist vergeblichen Versuchen, hier steuernd einzugreifen.

Vielleicht sollte ich für die Nicht-Ökonomen warnend hinzufügen: Wachstum heißt natürlich nicht immer "more of the same". Dies traf nie zu und braucht auch in Zukunft unter den besonderen Bedingungen erst recht nicht zuzutreffen.

Aber hierauf möchte ich jetzt nicht eingehen, sondern einen weiteren wichtigen Aspekt unseres Themas ansprechen, der nicht nur von theoretischem Interesse ist, nämlich die Frage nach der Zukunftsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems. So erstaunlich es einerseits sein mag, daß nach dem historischen Sieg der Marktwirtschaft über die Planwirtschaft die Frage nach der Zukunftsfähigkeit der Marktwirtschaft gerade jetzt gestellt wird, so erklärlich mag dies andererseits sein angesichts der wirtschaftlichen Probleme, die einer angemessenen Lösung harren. Mit kritischen Hinweisen wird in dieser Hinsicht ja nicht gespart.

Dabei konzentriert sich die Kritik im wesentlichen auf drei Punkte: auf die hohe Arbeitslosigkeit, auf den "Verbrauch" von Umwelt und auf das, was man das ethische Fundament dieses Systems nennen könnte, das immer auch als Ellenbogengesellschaft verteufelt wird, dem der Gemeinsinn abgehe und dessen ethisches Fundament unzureichend sei, kurz, dem es an Moral mangle.

Aber wieviel Moral auch immer erforderlich sein mag, zunächst führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei, daß es nur so viel davon geben wird, wie die einzelnen (Wirtschafts-) Bürger in der jeweiligen Situation aufzubringen bereit sind. Wir haben das Individuum mit seinen Präferenzen, die nicht unbeeinflussbar sind durch Erziehung, Religion und gesellschaftliches Umfeld, und es gibt einen Handlungsrahmen, der den Bürgern vom Staat (und von der Gesellschaft) vorgegeben wird. Die Bürger nehmen jedoch nicht nur im vorgegebenen Rahmen am Marktgeschehen teil, sie äußern ihr Wertesystem auch, indem sie für Parteien, Personen und Maßnahmen stimmen. Und so sehr es auch manchmal den Anschein haben mag, daß es sich um ein duales Wertesystem handelt, so wenig ist das Bild vom gespaltenen Menschen überzeugend. Bei politischen Wahlen erscheinen viele Entscheidungen kostenlos oder durch Besserverdienende finanzierbar, und dann ist der Gemeinsinn eher stärker ausgeprägt als in Marktentscheidungen, die zumeist einen klar zugeordneten Preis besitzen.

Worauf ich aufmerksam machen will, ist, daß wir neben der Forderung von mehr Gemeinsinn, die sich an den einzelnen richten müßte, auch ein vernünftiges System brauchen, das transparent genug ist, so daß der einzelne verantwortlich handeln kann. Und das den Versuch beschränkt, Gemeinsinn auf

Kosten anderer zu zeigen (das hieße, den Anreiz zum moralischen Verhalten in den Handlungsrahmen einzubauen, statt das marktwirtschaftliche System als Ellenbogengesellschaft zu verteufeln). Es kann nur so gut sein wie seine (Wirtschafts-) Bürger. Die Sozialwissenschaftler haben diesen Zusammenhang natürlich erkannt und entsprechende Theoreme entwickelt. Das Prinzipal-Agent-Theorem zum Beispiel, das auf die unterschiedlichen Interessen und Interessenwahrung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer abstellt. Oder das Moral-Hazard-Theorem (auch Isolierungsparadox genannt), das zeigt, daß der einzelne dem Ziel seiner Gruppe, das er voll bejaht und unterstützt, dennoch entgegenhandelt, weil das Anreizsystem und damit der Handlungsrahmen nicht stimmt.

Nehmen wir zum Beispiel die Krankenversicherung. Alle Versicherten möchten, daß die Kosten (und damit die Beiträge) so gering wie möglich gehalten werden. Wenn sie dann aber selbst Patient sind, besteht die Tendenz, gegen das Gruppenziel zu verstoßen und im Nachfrageverhalten der Kosten weniger zu achten, als wenn man diese selber tragen müßte.

Ähnlich ist es bei den Umweltproblemen. Wenn die Eigentumsrechte an der Umwelt nicht richtig definiert werden, stimmt das Incentive-System nicht. Dann ist zum Beispiel die Verschmutzung eventuell kostenlos möglich, entsprechend wird von der Umwelt zuviel verbraucht. Das heißt, wir müssen Eigentumsrechte (Zertifikatsysteme) oder sonstige Anreizsysteme schaffen, um einen übermäßigen Umweltverbrauch zu vermeiden, der sonst fälschlicherweise der Marktwirtschaft angerechnet werden würde.

Zur Arbeitslosigkeit kann ich mich kurz fassen, Herr Späth hat dazu wichtige, konkrete Hinweise gegeben. Es gehört zu den erstaunlichen Tatbeständen, daß die Arbeitslosigkeit dem marktwirtschaftlichen System angerechnet wird, obwohl gerade der Arbeitsmarkt eine Ausnahme von den marktwirtschaftlichen Prinzipien bildet, weil hier zugelassen wird, daß sich Kartelle als Verhandlungspartner gegenüberstellen und die Tariflöhne die Funktion von Mindestpreisen übernehmen. Diesem System steht dadurch, daß der gesamte Ostblock mit seinen Riesenzahlen an (gelernten und vor allem ungelerten) Arbeitern auf den Weltmarkt drängt und so die Terms of Trade der (vor allem ungelerten) Arbeit verschlechtert, eine harte Prüfung bevor.

Sie kann nur mit Flexibilität und Dynamik aufgefangen werden. Wie diese Flexibilität und Dynamik wiedergewonnen werden kann, scheint mir eine der entscheidenden Fragen der Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftssystems zu sein. Dazu gehören auch die technischen Innovationen, die Herr Nefiodow den Kondratieff-Zyklen zugrundelegt, und die Bereitschaft, neue technische Entwicklungen zu akzeptieren, aber auch die Bereitschaft, zu deregulieren und zu reformieren, vor allem die Elemente, die gar nicht marktwirtschaftlich sind.

Engert

Wie ist es mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit um die Zukunft der Märkte bestellt? Ich denke nicht nur an den Wettbewerb um Absatzmärkte, sondern auch an die Konkurrenz um Arbeitsplätze. Wie verschaffen wir den Menschen die erforderlichen Qualifikationen, damit sie in der Informationsgesellschaft mithalten können? Herr Korte hat zu Recht auf die Universitäten hingewiesen. Ich gehe noch einen Schritt weiter und stelle die Frage: Wie müssen die Investitionen aussehen, damit in unserer Gesellschaft nicht ein Bodensatz an Menschen entsteht, der gesellschaftlich und politisch virulent werden kann?

Müller-Groeling

Aber die einfachen Arbeiten werden doch nicht abgeschafft. Die Frage ist nur, ob sich noch jemand bereit findet, sie auszuführen, und natürlich auch, zu welchem Lohn.

Maier

Herr Korte hat gefragt, inwieweit sich Mentalität aus dem ökonomischen Prozeß heraus entwickelt oder ob umgekehrt eine bestimmte Mentalität einen entsprechenden ökonomischen Prozeß bewirkt. In der DDR haben wir uns in dieser Hinsicht immer auf Marx berufen: Das Sein bestimmt das Bewußtsein.

Anknüpfend an Herrn Nefiodow möchte ich die These unterstreichen, daß seit Mitte der achtziger Jahre ein technologisch-ökonomischer Paradigmenwechsel stattfindet. Solche Zeiten bedeuten immer einen Härtestest für jede Gesellschaft und Wirtschaft, den, wie wir eindrucksvoll erlebt haben, die zentralplanwirtschaftlichen Gesellschaften nicht bestanden haben. Das heißt, der zentralen Planung ist der Einstieg in den 5. Kondratieff nicht gelungen; daran ist sie letztlich gescheitert.

Die Frage ist jetzt, wie die neuen Reformländer diesen Einstieg finden werden; denn diese Aufgabe ist ja noch nicht gelöst. Und es ist sicher nicht möglich, dafür auf dem 4. Kondratieff zu verharren oder gar auf den dritten zurückzugehen. Allein auf die Wunderkraft der Marktwirtschaft zu hoffen, würde einen Rückfall in den Manchester-Kapitalismus bedeuten. Diese Länder würden sich in Armutsregionen verwandeln - ein Herd von Unruhe und Instabilität. Die Marktwirtschaft ist kein historisches Neutrum. Sie hat im Rahmen der Kondratieff-Zyklen ein spezifisches Gesicht und verlangt ein entsprechendes institutionelles Arrangement.

Gegenwärtig scheinen mir die Lasten und Risiken des Paradigmawechsels sehr ungleich verteilt zu sein. In Deutschland jedenfalls wird Flexibilität und Anpassung an den Transformationsprozeß in erster Linie von den Ostdeutschen gefordert. Wenn ich etwa an meine ehemaligen Mitarbeiter in der Akademie der Wissenschaft denke, dann haben die inzwischen eine mehrfache Demolierung ihrer Karriere hinter sich - auch wenn sie in ihrer Arbeit positiv bewertet wurden. Das ist schon eine einseitige Lastenverteilung, die den westdeutschen Kollegen meist nicht sehr bewußt ist.

Herr Späth sagt, wir müssen an die Besitzstände heran. Mein Großvater ist als Großgrundbesitzer auf der Krim enteignet worden, was dem jetzigen Rußland auch nicht viel hilft. Das ist zwar eine populäre Forderung, bringt uns aber, glaube ich, nicht viel weiter, zumal wir bestimmte Besitzstände - soziale Sicherheit zum Beispiel - auch nicht einfach aufheben können. Wir sollten nicht vergessen, daß der Erfolg der sozialen Marktwirtschaft von 1950 bis 1990 vor allem auf dem Kompromiß von Kapital und Arbeit beruhte. Dies wieder zurückdrehen zu wollen, würde für die westlichen Demokratien wie für die Reformländer verheerend sein.

Späth

Einfach ist das nicht; dennoch müssen wir einiges aufheben.

Maier

Ich habe da so meine Zweifel.

Worin ich Ihnen zustimme, Herr Späth, ist, daß wir einen Gründerboom brauchen. Die Träger von neuen Ideen müssen gefördert werden und die Chance erhalten, sich als Existenzgründer zu etablieren. Noch gibt es zu wenig Unterstützung von seiten des Staates und der Gesellschaft. Ich denke nur an das Gebiet der Biotechnologie, das in den USA die entscheidenden Impulse von den Universitäten und der dort entwickelten Medizintechnik erhalten hat. Für einen Professor in der Bundesrepublik ist es praktisch unmöglich, einmal zeitweise in die Wirtschaft oder in die Politik zu wechseln, weil er dann seine Besitzstände einbüßt. In den USA kann ein Wissenschaftler jederzeit in die Wirtschaft wechseln, um dort zu versuchen, eine Produktidee zu verwirklichen, und dann wieder an die Hochschule zurückkehren.

Dieses kreative Potential wird bei uns unterdrückt, wodurch der Einstieg in den 5. Kondratieff verzögert wird. Risikobereitschaft ist nur denkbar, wenn auch die Chance besteht, die Früchte seiner Tätigkeit zu ernten. Die Situation der Erfinder und Innovatoren muß durch Anreize und Wagniskapital grundlegend verbessert werden.

Herr Korte hat die Situation an den Hochschulen angesprochen, und ich stimme ihm zu, daß die akademische Bildung immer mehr zum Träger der Bildungsexpansion wird, ob uns das gefällt oder nicht. Die DDR-Führung hat in den 70er und 80er Jahren versucht, die Zahl der Studenten einfrieren zu lassen, wobei die Abiturquote auf 10 Prozent des Altersjahrgangs festgelegt wurde. Für sie war die Vorstellung, der industrielle Facharbeiter könnte durch die Akademisierung an Bedeutung verlieren, ein Greuel oder gar eine revisionistische Erfindung. Doch gerade dies stand auf der Agenda des 5. Kondratieffs. Das Zurückbleiben der DDR auf dem Gebiet des Hochschulwesens im Vergleich zur Bundesrepublik war eine der Quellen für die demokratische Revolution in der DDR.

Aber auch im vereinten Deutschland herrscht gegenwärtig eine Ignoranz gegenüber den Defiziten und Bedürfnissen der Universitäten und Hochschulen. Für manchen scheint die Expansion der akademischen Bildung geradezu ein nationales Unglück zu sein. All dies wird jedoch nicht verhindern, daß am Ende dieses Jahrhunderts nahezu zwanzig Prozent der Beschäftigten Akademiker sein werden.

Späth

Wo ist das Problem?

Müller-Groeling

Sie - oder genauer: einige von ihnen- werden sich nur daran gewöhnen müssen, weniger zu verdienen.

Späth

Das Problem ist nicht die Zunahme der Akademiker, wie allorten zu hören ist, sondern das Selbstverständnis, das diese Akademiker haben. Um es ganz hart zu sagen: Massenproduktion und Elitebewußtsein schließen sich aus. Das Problem ist der Anspruch der Akademiker, nicht die akademische Ausbildung per se.

Wenn sich allerdings 80 Prozent des akademischen Nachwuchses vernachlässigt fühlen, und die restlichen 20 Prozent die Gesellschaft in Ordnung bringen sollen, haben wir in der Tat ein Problem.

Maier

Bisher sind 60 Prozent der Akademiker in Staatsdiensten untergekommen.

Späth

Das ist vorbei.

Maier

Wir dürfen die vor uns stehenden Probleme der wachsenden Akademisierung nicht auf die leichte Schulter nehmen. Das deutsche Humankapital ist von 1975 bis 1990 von 2,2 Billionen DM auf 3,7 Billionen angewachsen. Der Anteil der Akademiker am Beschäftigungssystem wird von 7,3 Prozent (1975) auf circa 20 Prozent zu Beginn des nächsten Jahrhunderts wachsen. Es bedarf einer hohen Kreativität und Gestaltungskraft im Bildungswesen wie im Beschäftigungssystem, um die hohen Humankapitalinvestitionen zu einem ausschlaggebenden Faktor im globalen Wettbewerb werden zu lassen. Die hiermit verbundenen Risiken für den Standort Deutschland werden immer mehr aus dem gesellschaftlichen Bewußtsein verdrängt.

Die politische Klasse scheint die Gelder der öffentlichen Hand nach dem Prinzip des geringsten Widerstandes zu verteilen. Dies hat dazu geführt, daß gegenwärtig Deutschland zum Schlußlicht beim Anteil der Bildungsausgaben am Bruttosozialprodukt der OECD-Länder geworden ist. Während dieser Anteil bei den anderen OECD-Ländern gestiegen ist, ist er in Deutschland von 5,5 Prozent (1975) auf 4 Prozent (1990) gefallen. Damit steht Deutschland weit unter dem OECD-Durchschnitt von 5,8 Prozent und sogar hinter so armen Ländern wie Spanien (4,5 Prozent), Portugal (5,5 Prozent), Irland (5,5 Prozent) und anderen. Eine solche Ressourcenverweigerung gegenüber dem Bildungswesen ist nicht dazu angetan, die deutsche Position im globalen Wettbewerb zu verbessern.

Ebenso kontraproduktiv ist die Reaktion verschiedener Unternehmen auf die größte ökonomische Krise seit 40 Jahren und die erste im Rahmen des 5. Kondratieffs. Das einzige, was ihnen einfiel, waren Einstellungsstopp und Entlassungen von hochqualifizierten Mitarbeitern. Sie verweigern sich damit einer strategischen Ressource, von der ihr Überleben abhängt. Um die wertschöpfende Potenz des gewachsenen Humankapitals für die Unternehmen zu nutzen, müssen sie ihre Organisationsstruktur flacher, intelligenter, flexibler und wettbewerbsorientierter gestalten.

Daxner

Was mich in dieser Diskussion ein wenig stutzig macht, ist, daß so häufig von den Deutschen die Rede ist; vielleicht bin ich da aufgrund meiner Doppelstaatlichkeit - als Österreicher und als Deutscher - etwas sensibilisiert. Möglich, daß es kathartische Wirkung hat, wenn man auf sich selbst schimpft, was aber im allgemeinen folgenlos bleibt.

Ich habe mir nach den beiden Vorträgen drei Fragen notiert. Erstens: Welche Probleme lösen die vorgetragenen Szenarien? Zweitens: Welche Lebensformen wollen die jungen Menschen? Drittens: Welche Alternativen gibt es?

Zunächst: Welche Probleme lösen die vorgetragenen Szenarien? Herr Späth hat von Dialektik, Krisen und Visionen gesprochen, die er leider nicht weiter ausgeführt hat. Vision heißt, daß wir unsere eigenen Probleme transzendieren. Die Dinge, über die wir hier reden, sind meist von der Art, daß wir Älteren den Zeitpunkt ihres Eintretens mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht mehr oder bestenfalls pensioniert erleben werden.

Was sind das für Probleme? Herr Hoffmann hat uns aufgefordert, uns zunächst über bestimmte Ziele zu verständigen. Ich halte das auch für ganz wichtig. Denn ich kann einfach nicht glauben, daß in diesem illustren Kreise von vornherein ein homogenes Bild von dem, was Zukunft heißt, vorherrscht und wir deshalb auf die Bestimmung der Inhalte verzichten könnten, um nur mehr über die Vehikel und Wege zu reden, wie wir Lösungen erreichen.

Lassen sie mich eine typisch Wiener Einstellung zur Politik formulieren, die da lautet: Es muß unbedingt etwas geschehen - um dann den Satz folgen zu lassen: Man kann ohnehin nichts machen. In bezug auf Zukunft kann das als Alternative bedeuten: Wie werden wir mit dem fertig, was ohnehin kommt? Oder: Wie können wir das gestalten, das im Blick auf die Zukunft noch nicht festgelegt ist? Ich denke, beide Haltungen sind legitim. Sicher gibt es Vermischungen, aber man sollte schon sagen, in welchen Problembereichen man wirklich oder vorrangig etwas tun will.

Sie haben gefragt, Herr Engert: Was machen wir eigentlich mit den Menschen, die nicht in dieses Zukunftsszenario hineinpassen? Lassen wir die verhungern, oder vergessen wir sie? Wie gehen wir in der Realität damit um? Mein Eindruck ist, daß wir auch in diesem Kreis in der Gefahr sind, in zwei Fallen zu laufen, die Peter Sloterdijk so schön beschrieben hat, nämlich die manische und die depressive Falle. Die depressive Falle tut sich auf, wenn von den Deutschen die Rede ist und was sie alles nicht tun können wobei es ein quasi moralisches Zusatzargument gibt, das entschuldigt, warum wir nicht so handeln können wie die Japaner oder die Amerikaner. Die manische Falle meint:

Die Welt wird so sein wie der 5. oder der 6. Kondratieff; das heißt, es wird gewiß eine Informationsgesellschaft geben. Dabei vergißt man, daß dies auch nur ein Szenario ist und nicht die Wirklichkeit.

Mein Vorschlag ist: Lassen Sie uns das Bild von der Zukunft, das uns beide Vorträge vermittelt haben, erst einmal als Arbeitshypothese nehmen und zusätzliche Fragen ins Spiel bringen, zum Beispiel, welche Qualitäten von Zukunft wir uns vorstellen. Zukunft hat immer etwas mit der Qualität des Lebens von existierenden Individuen zu tun. Dabei geht es um Dinge wie Glück, Lebenssinn, das Verhältnis des ein/einen zu Ästhetik und Sittlichkeit oder um die Tatsache, daß wir arbeiten müssen, um leben zu können. Dazu können wir sehr unterschiedliche Bilder entwerfen. Denn ich gehe davon aus, daß es nicht eine Zukunft geben wird, sondern mehrere. Während diese Diskussion sozusagen von einem Fortschrittsparadigma ausgegangen ist, sind wir jetzt bei eher fraktalen Modellen angelangt. Das heißt, kleine Änderungen in den Ausgangsbedingungen erzeugen gewaltige Folgen. Da muß man dann verschiedene Dinge parallel durchspielen.

Etwa: Wie gehen wir in Zukunft miteinander um? Herr Nefiodow hat die kommunikative Kompetenz besonders hervorgehoben. Was besagt dies konkret? Wo beginnen wir auszugrenzen, und wen versuchen wir zu integrieren? Wie schauen Generationsverträge aus? Dazu müßte sich dann auch die Politik konkret äußern.

Nun zu meiner zweiten Frage: Welche Lebensformen wollen die jungen Menschen? Herr Korte hat das schon andiskutiert. Herrn Glees möchte ich entgegnen: Ich bin immer wieder erstaunt, wieviel die jungen Menschen wissen; sie wissen nur etwas ganz anderes als wir, und sie kümmern sich relativ wenig darum, was wir wissen. Vielleicht sind sie sich über ihre Zukunft nicht so sicher, aber ihre Allgemeinbildung im lebenspraktischen Sinn dürfte größer sein als die unsere, die wir in privilegierten Gymnasien erworben haben. Sicher spielt heute für die jungen Leute der Grundkanon abendländischer Kultur keine besondere Rolle mehr, wie das vielleicht bei uns noch der Fall ist, und wenn da eine "zweite" Gesellschaft im Entstehen ist, wie Herr Korte gesagt hat, dann müssen wir darauf achten, daß diese zweite Gesellschaft nicht diffundiert und als gewalttätiges Residuum Urständ feiert. Aber ansonsten denke ich, sollten wir loslassen; es sind deren Probleme, nicht unsere.

Schließlich die dritte Frage: Welche Alternativen und welche Handlungsspielräume gibt es? Herr Späth, es ist ja schön und gut, wenn Sie sagen, die Politik versage als Steuerungsinstrument. Diese Diagnose kann man teilen. Aber was folgt daraus? Wenn Politik als Steuerungssystem versagt, können wir ja statt dessen nicht einfach auf eine gewissermaßen unpolitische Steuerung der Gesellschaft setzen. Was ist also die Alternative?

Nun haben beide Referenten an einem Begriff festgemacht, und der heißt Globalisierung. Globalisierung bedeutet nicht nur Internationalisierung oder Universalismus, sondern dabei geht es um eine bestimmte Form der Problemidentifikation, die durch autonome und vergleichsweise kontingente Organisationseinheiten, etwa die Unternehmen, gegeneinander bestimmt ist. Das ist etwas anderes, als wenn früher die Staaten in der Dialektik von Agentur und Agent gewirkt haben.

Nehmen Sie den Bereich der Wissenschaft. Globalisierung von Wissenschaft heißt, daß wir als Probleme vorrangig das ernst nehmen, was sich global auswirkt und nicht nur eine Nation oder eine

Region oder eine noch kleinere Gruppe betrifft. Einige dieser Probleme sind hier genannt worden, von Herrn Hamilton beispielsweise, die nicht nur für die USA, sondern generell gelten.

Herr Nefiodow hat gesagt, das Wissen wachse mit ungeheurer Geschwindigkeit exponentiell. Ich würde dagegenhalten und behaupten: Nicht das Wissen wächst exponentiell, sondern die Darbietung des Wissens, seine Verpackungsformen, die Art der Darstellungen. Sie selbst haben von mehreren hundert Fernsehkanälen gesprochen. Was bedeutet das für die Wahlfreiheit der Menschen? Wie sollen die überhaupt noch feststellen, welches Angebot für sie das richtige ist?

Ich denke, das Problem des Wissens liegt anders. Ich will das an einer ironischen Bemerkung und einer durchaus ernstgemeinten Schlußfolgerung exemplifizieren. Am Ende des Vortrages von Herrn Nefiodow scheint die Sehnsucht der Menschen nach Sinnstiftung, nach einem religiösen oder ethischen System durch. Das Beispiel Japan, das Sie nennen, weist eben nicht nur ethische, sondern auch stark religiöse Komponenten auf. Religion in der Informationsgesellschaft stelle ich mir auch so vor: Vor einem Riesencomputer sitzen zwei Experten; alle Programme sind eingespeichert - aber was auf ungeheuren Papierfahnen ausgedruckt wird, ist immer nur eine Null. Schließlich sagt der eine Experte zum anderen: "Sollten wir ihm nicht doch eine Ziege opfern?"

Der ernste Hintergedanke ist: Wie können wir in einer Informationsgesellschaft leben wenn wir einmal davon ausgehen, daß sie kommt;-, wenn wir nicht wenigstens wissen, welche Inhalte wir mit einigermaßen gutem Gewissen an eine nächste Generation, die selbst bestimmen muß, was sie tut, weitergeben? Zumindest müßte die Entscheidung gegen unser heute geltendes Wertesystem transparent sein, damit das Ganze nicht in völliger Diffusität entartet.

Das ist doch die Furcht der heutigen Eltern, daß ihre Kinder irgendwann überhaupt keine Überzeugungen mehr haben. Aber wenn wir ihnen im Hinblick auf die Zukunft völlige Beliebigkeit vorleben, können wir nichts anderes erwarten. Dann sind diejenigen, über deren Zukunft wir hier reden, tatsächlich verlassen, wie Herr Korte gesagt hat. "Verlassen" trifft es sehr gut: Wir haben unsere Kinder auf Fortschritt hin programmiert, den es offensichtlich so nicht mehr gibt, und zwar weder im untergegangenen realsozialistischen Modell, noch in unserem marktwirtschaftlichen, von dem wir meinen, es habe sich erfolgreich durchgesetzt. Das heißt, wir müssen ernsthaft über Alternativen nachdenken. Da kann ich mir auch ein neues Handwerk, einen neuen Mittelstand durchaus vorstellen.

Engert

Hier ist verschiedentlich die Frage nach den geeigneten Steuerungsinstrumenten aufgekommen. In dem Zusammenhang ist auch zu fragen: Was kann die Politik leisten und vor allem: Was kann sie nicht leisten? Es wird zwar überall beklagt, daß wir ein Zuviel an Staat haben; aber wenn es irgendwo kritisch wird, ruft jedermann sofort nach dem Staat, und zwar alle Gruppierungen unisono.

Böhr

Ich komme zurück auf Ihre Ausgangsfrage, Herr Engert: Wie steht es um die Mentalität? Denn im Blick auf das, was Politik leisten kann und was sie nicht leisten kann, halte ich die Mentalitätsfrage in der Tat für entscheidend. Spätestens seit dem Jahr 1989 kommen wir nicht umhin, verstärkt über Korrekturen einer Mentalität nachzudenken, die wir als mehr oder weniger "typisch deutsch" charakterisieren. Ich denke dabei an eine Mentalität - zumindest in Westdeutschland;-, die wesentlich von Besitzständen geprägt ist, wie sie sich in vier Nachkriegsjahrzehnten verfestigt haben und die vor allem in dem Streben nach Bequemlichkeit und nach Sicherheit ihren Ausdruck findet. Angesichts der Verwerfungen und Probleme, die durch die Öffnung Europas entstanden sind, werden wir unsere Einstellungen gründlich überprüfen müssen.

Aber wie lassen sich Mentalitäten ändern? Ist das überhaupt möglich? In dem Zusammenhang frage ich auch: Welche Mentalitäten wurden durch die politischen und gesellschaftlichen Strukturen, wie sie in unserem Land existieren, begünstigt und welche nicht? Zweifellos begünstigen die gesellschaftlichen Strukturen, die sich bei uns in der Nachkriegszeit entwickelt haben, jene Mentalitäten, die auf Sicherheit und Bequemlichkeit fixiert sind. Ich denke vor allem an die Sozialsysteme. Die aber stehen in weiten Teilen vor erheblichen Schwierigkeiten, weil sie beispielsweise mit dem Problem der Trittbrettfahrer nicht mehr fertig werden und zunehmend unter Kostendruck geraten.

Des weiteren stellt sich mir die Frage: Welche gesellschaftlichen Wertorientierungen legitimieren welche Mentalitäten? In Westdeutschland zum Beispiel hat man sich seit längerem angewöhnt, über Individualismus und Egoismus in einem Ton ausgesprochener moralischer Verwerflichkeit zu

sprechen. Als moralisch gilt offensichtlich nur altruistisches Verhalten - auch wenn dies in der gesellschaftlichen Realität kaum anzutreffen ist.

Das heißt, unser gesellschaftliches Zusammenleben orientiert sich an Zielvorstellungen, die einem durchaus vernünftigen egoistischen Verhalten, das den eigenen Nutzen nicht aus dem Auge verliert, so gut wie keine Rechnung tragen. Allenthalben wird der Verlust an Gemeinsinn beklagt - ich weiß nicht so recht, wo der in den letzten Jahren verlorengegangen sein soll. Ich meine, dieses Lamento geht am Kern des Problems vorbei. Worauf es vielmehr ankäme, wäre zu untersuchen, ob sich die Zukunftsfähigkeit unseres politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems nicht dadurch stärken ließe, daß egoistisches und verantwortliches Handeln besser zusammenkommen. Da sehe ich ein großes Defizit als Folge einer einseitigen Betrachtungsweise sogenannter gesellschaftlicher Moral.

Lothar Späth hat in diesem Zusammenhang unter anderem das Stichwort Überregulierung erwähnt. Was wir dabei kritisieren sollten, betrifft nicht in erster Linie die bösen Absichten von Bürokraten und Beamten, die uns das Leben schwermachen wollen, sondern die Überregulierung ist nicht zuletzt die direkte Folge gesellschaftlicher Erwartungen im Hinblick auf ein allgemeines Sicherheitsbedürfnis, ob nun in Richtung Technik oder in Richtung soziale Sicherheit. Dieses Sicherheitsbedürfnis läßt sich indes nur steuern, wenn möglichst viele Tatbestände bis ins Detail reglementiert und reguliert sind.

Nun halte ich die Vorstellung, wir könnten in einer risikofreien Gesellschaft leben, für einen Irrglauben. Wir kommen um die Tatsache nicht herum, daß zwischen Freiheit und Sicherheit nur schwer ein zufriedenstellender Kompromiß zu erzielen ist. Abstriche zu machen von der Überregulierung bedeutet, der Freiheit mehr Raum zu geben und damit zugleich aber auch mehr Ungleichheit und Ungleichbehandlung zuzulassen.

Die Bebauungspläne in Füssen können dann eben nicht auf Punkt und Komma so aussehen wie in Flensburg. Oder um einen Extremfall zu nennen, der mir bekannt geworden ist: Jemand hat seinen Nachbarn bei Gericht verklagt, weil ihm die Größe und Farbe von dessen Briefkasten nicht gefielen. Daraufhin hat man mir im Planungsamt gesagt: Wir werden kaum umhinkommen, künftig die Frage der Größe und der Beschaffenheit eines Briefkastens in unsere Richtlinien aufzunehmen und in den Bebauungsplänen zu berücksichtigen.

Janes

Lothar Späth hat zusammen mit Herbert Henzler ein Buch mit dem Titel: "Sind die Deutschen noch zu retten?" veröffentlicht. Mancher Amerikaner könnte versucht sein zu fragen: "Sind die Amerikaner noch zu retten?" Da wird beispielsweise die Unfähigkeit, politische Entscheidungen durchzusetzen, angeprangert. In Amerika hat man dafür jetzt einen neuen Begriff gefunden: demoscclerosis. Gemeint ist damit, daß zwar sehr viele Aktivitäten stattfinden - aber es kommt nichts dabei heraus.

Vieles von dem, was in diesem Kreis diskutiert wird, könnte man auf den Nenner bringen: Wir trauen zwar unserer Regierung nicht, aber wir erwarten, daß sie immer mehr für uns tut. 1978 haben Umfragen in den Vereinigten Staaten ergeben, daß 75 Prozent der Amerikaner glaubten, die Regierung sei auf dem richtigen Wege, Probleme zu lösen; 1993 sind es weniger als 20 Prozent, die das meinen.

In den letzten 30, 40 Jahren hat es in Amerika eine interessante Entwicklung gegeben, nämlich die Zunahme von Interessengruppen. Während 1955 bei uns 5000 solcher lobby groups registriert wurden, waren es 1990 bereits 25.000. Zwischen 1970 und 1990 wurden durchschnittlich zehn associations pro Woche gegründet. Diese Interessengruppen vertreten natürlich jeweils bestimmte Interessen; es geht ihnen aber auch ganz wesentlich darum, die einmal bestehenden Interessen am Leben zu erhalten. Das heißt, sie verstehen sich nicht mehr als Zweckbündnisse auf Zeit, sondern sehen ihre Existenz als an sich gegeben an.

Diese Entwicklung macht unser politisches System sehr viel schwerfälliger und bremst seine Innovationskraft. Statt Produktionserneuerung steht die Verteilung der Ergebnisse im Vordergrund. Zwischen 1945 und 1990 hat sich die amerikanische Bevölkerung fast verdoppelt; in dem gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der Rechtsanwälte versechsfacht.

Demosclerosis bedeutet die Unfähigkeit, "nein" sagen zu können; vielmehr muß der Staat, die Politik, immer daraufsehen, was die Interessengruppen wollen. Damit wird zugleich das Veränderungspotential in unserer Gesellschaft begrenzt.

Wenn man versucht, alle Interessen zufriedenzustellen, kommt man an einen Punkt, wo es nicht mehr geht. Die Bürger müssen sich somit fragen, welche Ansprüche sie befriedigt haben wollen und wo sie

sich mit weniger zufrieden geben wollen; denn alles auf einmal ist nicht zu haben. Was wollen wir also? Ich sage es auf englisch: we met the enemy, and the enemy is us.

Ich will noch eine weitere Zahl nennen: Während die amerikanische Bundesregierung in den zwanziger Jahren nur etwa drei Prozent des Wirtschaftsvolumens für sich beanspruchte, sind es heute 25 Prozent. Präsident Reagan hatte nun immer den Eindruck erweckt, ihm sei es darum zu tun, den Staat abzubauen, um die Gesellschaft aus den Fesseln des Staates zu befreien. Statt dessen müssen wir feststellen, daß die staatlichen Aktivitäten unter der Regierung Reagan zugenommen haben. Entsprechend hat sich auch die Zahl der Interessengruppen erhöht. Damit hat sich zugleich die Innovationsfähigkeit der Gesellschaft abgeschwächt.

Mit anderen Worten, das Problem, das Sie in Europa - ebenso in Japan - haben, finden Sie auch in Amerika: Wir haben kein Vertrauen in unsere Regierung, erwarten aber zugleich, daß sie mehr tut. Insofern ist dies auch keine Frage der Kultur oder der unterschiedlichen Mentalität.

Herr Bohr hat die Balance zwischen individueller Freiheit und Verantwortlichkeit gegenüber der Gesellschaft angesprochen. Bei uns spricht man in diesem Zusammenhang von "Kommunitarismus". Die Frage, die uns gegenwärtig besonders beschäftigt, ist, wieviel Gleichheit wir in unser Gesellschaftssystem einbringen wollen oder müssen, um zum Beispiel ein Sozialsystem aufzubauen. Während Sie in Deutschland versuchen, Ihre sozialen Systeme um- oder abzubauen, müssen wir mühevoll erst einmal ein solches System aufbauen. Von daher erklärt sich beispielsweise unser großes Interesse an der deutschen Gesundheitsreform. Was Präsident Clinton einzuführen gedenkt, ist gewissermaßen eine adaptierte Version des deutschen AOK-Systems.

Schließlich will ich noch auf eine Entwicklung hinweisen, die ähnlich wie in Deutschland auch in Amerika stattgefunden hat: In zunehmendem Maße spielt der Kongreß politische Entscheidungen dem Supreme Court zu. In Deutschland denke ich nur an die Frage der Out-of-area-Einsätze der NATO mit deutscher Beteiligung, eine Entscheidung, die jetzt in Karlsruhe anhängig ist.

Stürmer

Die Frage der Zukunftsfähigkeit hat sich in der Geschichte des öfteren gestellt, und wenn mit der Zukunft auch die Sicherheit wankt, kann es recht dramatisch zugehen, wie die Beispiele der Französischen Revolution und der Revolutionen von 1848/49 gezeigt haben.

In Deutschland - und das gilt mehr oder weniger für ganz Europa - sind wir keine geborenen Liberalen, Freihändler, die für offene Märkte plädieren. Statt dessen waren wir immer Zünftler, Korporatisten oder Neokorporatisten. Darin kommen Schutzinstinkte zum Ausdruck, die über Jahrhunderte gewachsen sind. Die Schutz- und Sicherheitsmentalität ist nicht erst in den letzten zehn oder zwanzig Jahren entstanden, sie reicht historisch weit zurück. Das läßt sich auch mit Appellen an Vernunft und Moral nicht einfach aufheben.

Zu Herrn Nefiodow will ich in diesem Zusammenhang nur sagen: Die Landarbeiter sind keineswegs zu Industriearbeitern, sondern zu armseligen Hilfsarbeitern geworden; die Industriearbeiter haben sich im wesentlichen aus den Zünften rekrutiert. Von daher konnten sie im 19. Jahrhundert auch sehr schnell die alte Lehrlingsausbildung adaptieren, eine typisch neokorporatistische Einrichtung, die dem Industriestandort Deutschland seitdem außerordentlich zugute gekommen ist - bis heute. Die meisten Landarbeiter dagegen sind untergegangen. Solche Abstürze sind mit innovatorischen Prozessen immer verbunden und setzen mitunter ein Gewaltpotential frei, wie sich in den Bauernkriegen oder in der Französischen Revolution gezeigt hat.

Was wir gegenwärtig erleben, ist wahrscheinlich einer der größten geschichtlichen Umbrüche, die die Historie überhaupt zu verzeichnen hat. Ich meine zuerst und vor allem eine geistige Revolution. Im Grunde sind zwei große Fortschrittsmodelle zusammengebrochen. Zum einen das sozialistische, das ja auf eine hybride Fortschrittsgewißheit gegründet war, indem es weit in die Vergangenheit und zugleich weit in die Zukunft hinein wissenschaftliche Gewißheit versprach. Aber auch das amerikanische Fortschrittsmodell, wie es seit 1945 galt, ist so nicht mehr zukunftsfähig, selbst wenn es mit der gegenwärtigen Krise etwas besser fertig zu werden scheint.

Was tritt jetzt an die Stelle dieser Fortschrittsreligionen, die im gewissen Sinne ein typisches Produkt der fünfziger und sechziger Jahre dieses Jahrhunderts waren? Erleben wir nun die Wiederkunft des Geistes der zwanziger Jahre mit all seinem Kulturpessimismus, Nationalismus, Protektionismus, Bürgerkriegen und einigen anderen häßlichen Dingen?

Speziell in Deutschland haben wir versucht, uns gegen die unangenehmen Folgen des Fortschritts rechtzeitig abzusichern: Sozialverträglichkeit, Abfindungsverträge; es wurden ganze Technologien

gebannt, weil sie bei uns nicht erwünscht waren - auch wenn wir auf die Produkte dieser Technologien nicht verzichten wollen. Ähnlich wie mit der Nukleartechnologie halten wir es mit der Biotechnologie, auf deren Segnungen wir nicht verzichten wollten. Wir haben uns sozusagen den Fortschritt à la carte zurechtgelegt.

Abschied von einer bestimmten Fortschrittsideologie ist das Thema unserer Debatte. Damit verbunden ist das Aufbrechen von Strukturen, die aus einer anderen geschichtlichen Phase stammen, als Wachstum und Fortschrittsgewißheit die Wirklichkeit und das Bewußtsein bestimmten. Wir erleben, daß der bisherige Modus des sozialen Ausgleichs kaum noch finanzierbar ist. Die öffentlichen Haushalte werden zunehmend überlastet - nicht zuletzt wegen der veränderten Altersstrukturen in ganz Europa, speziell aber in Deutschland. Deregulierung wird von überall her gepredigt. Eben jene Politiker, die ständig für mehr Regulierung gesorgt haben, tun jetzt so, als seien sie allesamt immer in der Opposition gewesen. Alle leiden an der Regulierung - aber jeder will sie aufrechterhalten, wo es um seinen Vorteil geht.

Was langsam kritisch wird, ist die Steuerungsfähigkeit unseres demokratisch-politischen Systems. Herr Späth hat nicht von ungefähr unser Wahlsystem und unseren Parteienstaat analysiert. Die Politik sieht sich immer weniger in der Lage, den gewaltig gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden. Denn Handlungsbedarf besteht ja nicht nur im innenpolitischen Bereich, sondern mehr noch in der Außenpolitik, wenn ich nur an die Europäische Union denke, von Osteuropa ganz zu schweigen. Möglicherweise ist der Ernst der Lage größer, als wir uns bisher klargemacht haben.

Birg

Zukunftsfähigkeit heißt für mich als Bevölkerungswissenschaftler, sich auf eine Entwicklung einzustellen - und diese dann auch zu gestalten;- , die unvermeidlich auf uns zukommt. Ich will nur einige demographische Fakten nennen, die bereits feststehen und die eine außerordentliche Herausforderung für unsere Gesellschaft bedeuten. Mein Eindruck ist, daß die Gesellschaft diese Fakten bisher kaum zur Kenntnis nimmt, geschweige denn als Herausforderung ernst nimmt.

Unter globalen Aspekten wissen wir mit Sicherheit, daß sich die heutige Weltbevölkerung von 5,6 Milliarden Menschen mindestens noch einmal verdoppeln wird. Sie werden fragen, wieso wir das mit solcher Gewißheit sagen können, wo sich doch auch die Wissenschaft in ihren Prognosen ständig irrt, etwa bei den Wirtschaftsprognosen. Aber in der Demographie liegen die Dinge etwas anders; da geht es zu 90 Prozent um mathematische Berechnungen, so daß wir uns ganz leidenschaftslos dazu äußern können. Diese Berechnungen tragen ihre Logik und ihre praktische Relevanz gewissermaßen in sich.

Das läßt sich an Beispielen aus der Vergangenheit darlegen. Die Vereinten Nationen haben in den 50er Jahren begonnen, Weltbevölkerungsprojektionen durchzuführen. Die Projektion von 1958 für das Jahr 2000 wird mit einer Abweichung von 1,6 Prozent eintreffen; das läßt sich jetzt schon sagen. Das ist kein Zufallstreffer; denn die Projektion von 1958 wurde in den 60-er, 70-er, 80-er und auch in den 90-er Jahren immer wieder überprüft, ohne daß sich die Ergebnisse im Hinblick auf das Jahr 2000 wesentlich verändert haben. Mit diesen Projektionen ließe sich sozusagen Bevölkerungsgeschichte schreiben, bevor sie stattgefunden hat.

Was Deutschland betrifft, so haben wir es hier mit einer Bevölkerungsentwicklung zu tun - was übrigens mehr oder weniger für sämtliche Industrieländer gilt;- , die nicht nur stagniert, sondern sogar schrumpft. Deutschland hat pro 1000 Einwohner wesentlich mehr Einwanderer als die USA, das klassische Einwanderungsland. Ohne Einwanderungen hätten wir seit 1974 einen Bevölkerungsrückgang, ohne daß dies offiziell so recht zur Kenntnis genommen wird, insbesondere im Hinblick auf die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen.

Im globalen Maßstab bedeutet das: Während die Bevölkerung in den Industrieländern mit etwa 1,2 Milliarden Menschen kaum noch wächst beziehungsweise ohne Einwanderungen schrumpft, werden die übrigen Länder, die wir heute noch als Entwicklungsländer bezeichnen, ihre Bevölkerungen mehr als verdoppeln. Allein in Asien werden in der ersten Hälfte des nächsten Jahrhunderts über fünf Milliarden Menschen leben, mehr als heute in der Welt insgesamt. Das sind, wie gesagt, keine Spekulationen, sondern Aussagen mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit.

Um auf Deutschland zurückzukommen: Was bedeutet die schrumpfende inländische Bevölkerung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft? Angenommen, wir hätten in Deutschland so etwas wie eine Bevölkerungspolitik - was wir natürlich scharf von uns weisen; die offizielle Politik sagt, es gibt bei uns so etwas nicht, allenfalls Familienpolitik oder familienorientierte Sozialpolitik -; aber gesetzt den Fall, wir hätten so etwas wie eine Bevölkerungspolitik und würden uns das Ziel setzen, die

Bevölkerung in etwa konstant zu halten, dann würde das - bezogen auf die alte Bundesrepublik bedeuten, daß bis zum Jahre 2030 15 Millionen Menschen netto zuwandern müßten, um unser Geburtendefizit auszugleichen, das jetzt erst so recht zum Tragen kommt, weil nun die Eltern fehlen, die infolge des Geburtenrückganges in den 70-er Jahren nicht geboren wurden.

15 Millionen Menschen Nettozuwanderung - ich sage bewußt nicht Ausländer - bedeuten einen Bevölkerungsanteil (bezogen auf die alten Bundesländer) von etwa 25 Prozent. Zählt man den jetzigen Ausländeranteil - rund 10 Prozent - hinzu, ist man schon bei über einem Drittel Zuwandereranteil im Landesdurchschnitt, und das heißt für die Großstädte zwei Drittel. Nun ist das Jahr 2030 nicht mehr so weit entfernt - zumindest unsere Kinder werden es erleben. Wir sollten also dieses Thema ernst nehmen und nicht nur irgendwelchen akademischen Zirkeln oder Radio-Nachtprogrammen überlassen; denn es hat für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft eine enorme Bedeutung.

Aber die demographisch bedingten gesellschaftlichen Probleme sind geradezu tabuisiert bei uns, insbesondere das Thema, daß Deutschland seit über 20 Jahren de facto ein Einwanderungsland ist. Westdeutschland hat seit den 70-er Jahren pro Jahr mehr Zuzüge aus dem Ausland als Geburten im Inland - im Grunde genommen eine sensationelle Entwicklung, die aber niemanden zu interessieren scheint. Denn da wir entsprechend offizieller Verlautbarung kein Einwanderungsland sind, haben wir auch keine Einwanderungsgesellschaft, die sich mit diesen Themen auseinandersetzen müßte.

Es leuchtet ein, daß Einwanderungen dieses Umfangs erhebliche Mentalitätsveränderungen mit sich bringen werden. Wenn eines Tages die Bevölkerung in Deutschland, die sich als deutsche Bevölkerung versteht, zu einer Minderheit im eigenen Land würde, änderte sich mit Sicherheit die Mentalität der Gesamtbevölkerung, wie immer die Probleme in den verschiedenen Teilbevölkerungen aussehen würden. Ob unsere Demokratie es aushielte, wenn die Mehrheit der Bevölkerung kein Wahlrecht hätte und an der politischen Gestaltung nicht teilnähme, scheint eine rhetorische Frage zu sein; denn man glaubt, die Probleme dadurch lösen zu können, daß man eine Reihe von Verfassungsartikeln und das Staatsangehörigkeitsrecht ändert. Viele Politiker fragen: Wozu brauchen wir eine Zuwanderungsgesetzgebung, wir haben doch längst Zuwanderungsregelungen, auch wenn die nicht viel nützen. Im Augenblick haben wir wesentlich mehr Zuwanderung, als wir aus demographischen Gründen benötigen würden. In Zukunft wird sich das dramatisch ändern. Wir sind aufgefordert, in langfristigen Entwicklungen zu denken - Kondratieff-Zyklen gehen auch über Jahrzehnte;- , und dann gehört die Demographie unbedingt dazu.

Daß keiner unserer beiden Referenten sich mit der Bevölkerungsentwicklung beschäftigt hat, zeigt, wie wenig dieses Thema für relevant gehalten wird. Das stimmt mich im Hinblick auf unsere Zukunftsfähigkeit bedenklich. In Deutschland sind wir in dieser Hinsicht generell etwas unentwickelt - sicher eine über das gute Ziel hinauschießende Folge unserer braunen Vergangenheit. In anderen Ländern ist man demographischen Themen gegenüber viel aufgeschlossener und behandelt solche Fragen nicht nur im wissenschaftlichen, sondern auch im schulischen Bereich. Man kann jedenfalls kein Problem dadurch lösen, daß man es aus guter Absicht totschweigt.

Engert

Ich halte die Bevölkerungsentwicklung für ein ganz wesentliches Thema im Hinblick auf unsere Zukunftsfähigkeit.

Müller-Groeling

Habe ich richtig verstanden, Herr Birg, daß Sie meinen, wenn die Bevölkerung in Deutschland schrumpft, seien wir aus irgendeinem Grund 'darauf angewiesen, diese aufzufüllen?

Birg

Ich habe gesagt: Wenn wir eine Bevölkerungspolitik hätten und als Zielsetzung eine konstante Bevölkerung haben wollten, dann müßten wir bis 2030 15 Millionen Einwanderer haben, und zwar allein in Westdeutschland. In Ostdeutschland wären es 4 Millionen. Das sind also lauter Konditionalsätze.

Ich meine jedoch, daß wir schon aus wirtschaftlichen Gründen eine einigermaßen konstante Bevölkerung anstreben müßten, also keine absolut konstante. Aber zu den wirtschaftlichen Gründen kommen andere Gründe hinzu, nicht zuletzt die der Würde der nationalen Gemeinschaft, in die ich das Andenken an die Generationen, die uns vorangingen, einschließe, so wie jeder von uns, wenn er sich überlegt, ob er die Kette der Menschen, in der er ein Glied bildet, durch eigene Nachkommen

fortsetzen oder beenden will, auch an seine Eltern und an die Familie denkt, der er sein Leben verdankt.

Müller-Groeling

Ich habe befürchtet, daß Sie hinsichtlich der Konstanz der Bevölkerung so zu verstehen sind.

Späth

Warum brauchen wir in Deutschland eine konstante Bevölkerung? Warum können wir uns nicht auf 30 Millionen zurückentwickeln?

Birg

Ich vermute, daß die Wirtschaft, wie in den 60-er Jahren Arbeitskräfte braucht, und daß sie die Politik dann auch dazu bewegen wird, die Arbeitskräfte zu importieren, so wie die Gastarbeiter in den 60-er und 70-er Jahren. Damals haben wir uns jedenfalls auch nicht einfach um ein paar Millionen "zurückentwickelt".

Späth

Aber wir werden doch keine Produktion mehr haben.

Birg

Wenn Sie als Wirtschaftsexperte sagen, wir werden sowieso keine Produktion mehr haben, dann sind nachfrageinduzierte Arbeitskräfteimporte natürlich überflüssig, aber auch nur unter dieser nicht sehr realistischen Bedingung. Ich glaube indes nicht, daß sich die Zuwanderung nur nach dem Bedarf der Wirtschaft richtet. Im übrigen: Wirtschaftsprognosen sind wesentlich unsicherer als demographische Projektionen.

Dettling

Man kann natürlich hinzufügen: Wie kommt in einer alternden Bevölkerung Innovation zustande? Für neue Ideen steht ja vorzugsweise die junge Generation.

Korte

Man kann sich auch ganz andere Szenarien ausdenken. Zweifellos werden wir in der Bundesrepublik ohne Zuwanderung nicht ganz auskommen. Es gibt viele Gründe, die hinsichtlich des Arbeitsmarktes, des Rentenversicherungssystems, der pflegenden Versorgung der älteren Bevölkerung dafür sprechen, das, was an jüngerer Generation fehlt, durch Zuwanderung auszugleichen.

Müller-Groeling

Das Rentensystem zum Beispiel kann, ja es sollte aus vielen Gründen verändert werden. Es ist schon erstaunlich, daß wir uns ein Rentensystem zulegen, das nicht funktioniert, bei schrumpfender Bevölkerung nicht funktionieren kann und dann die Bevölkerung des Landes dem Rentensystem anpassen wollen und nicht umgekehrt. Ich gebe zu, daß Ökonomen mit ihren Rechnungen über die Wirkung der Einwanderung auf den Beitragsverlauf des Rentensystems zu dieser wunderlichen Betrachtung beigetragen haben.

Korte

Ich plädiere nicht für Zuwanderung; ich teile nur mit, was ich von den Ökonomen gelernt habe. Und ich füge hinzu: Niemand braucht besorgt zu sein, daß in dieser Hinsicht irgend etwas geschieht. Ich beschäftige mich seit über fünfzehn Jahren im Rahmen von Politikberatung mit Zuwanderung und Immigration. Schon 1979 habe ich zusammen mit anderen Experten Albrecht Müller im Bundeskanzleramt daraufhingewiesen, daß in diesem Bereich schnellstens etwas geschehen müßte in Richtung Einwanderungsgesetz, zweite Staatsbürgerschaft und so weiter. Sie alle wissen, daß nichts passiert ist und daß sich daran auch in absehbarer Zeit nichts ändern wird. Dafür sind bei uns die Mentalitäten zu stark verwurzelt mit der ganzen vielhundertjährigen Geschichte, die Herr Stürmer eben beschrieben hat. Über die sozialen Folgen rede ich jetzt nicht.

Aber daß sich in der Bundesrepublik irgend jemand zu einem Zuwanderungsgesetz mit Quoten durchringen wird, daran vermag ich nicht mehr zu glauben. Quoten bedeutet Einwanderungspolitik,

und Einwanderungspolitik heißt, darüber zu entscheiden, wer nicht kommen soll. Denn der entscheidende Punkt ist nicht, wer kommen darf, sondern wer nicht kommen soll. Wer in unserer Gesellschaft hat den Mut, diese Art von Selektion vorzunehmen?

Politiker, Demographen und andere Fachleute, alle, die sich mit Migrationspolitik beschäftigen, wissen, daß wir hier zu Regelungen kommen müssen.

Späth

Warum muß bei uns immer alles geregelt werden?

Korte

Sie können in unserer Gesellschaft, die im wesentlichen auf Mobilität setzt, nicht davon ausgehen, daß die heute vorhandenen Gesetze und Verordnungen ausreichen, um die Zuwanderung in vernünftigen Bahnen zu halten. Jeder von uns weiß, daß Zuwanderung weiter stattfinden wird, beispielsweise aus Osteuropa, aber auch aus südlichen Ländern. Und wir werden unsere Grenzen nicht so militarisieren können, um das zu verhindern. Also muß es Regelungen geben.

Birg

Wenn wir keine Einwanderungen mehr hätten, würden in den neuen Bundesländern im Jahr 2100 statt 16 Millionen nur noch vier Millionen Menschen leben, in den alten Bundesländern statt 64 Millionen nur 19 Millionen. Ich zitiere hier die Ergebnisse eines Studienberichtes, den ich für die Bundestagsenquetekommission "Demographischer Wandel" durchgeführt habe.

Späth

Sollten wir uns dieser Viermillionenzahl nähern, wird eben Einwanderung stattfinden. Das wird sich garantiert von selber lösen; dafür bedarf es keiner Regelungen. Steigt die Zahl der Arbeitslosen, wird man versuchen, die Ausländer fernzuhalten. Wenn die Zahl der Rentner steigt, die Arbeitslosigkeit abnimmt und Pflegekräfte benötigt werden, holen wir wieder welche herein. Das haben wir alles doch schon gehabt. Nichts funktioniert so gut wie die Einwanderung oder das Abdrängen von Einwanderern, einfach aus der Normalität der Bedürfnisse.

Korte

Bei solchen Vorstellungen, Herr Späth, können Herr Birg und ich nur entsetzt die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. Denn Ihr neoliberales Modell, daß sich diese Frage mit Angebot und Nachfrage regeln läßt, wird uns in größte Probleme stürzen. Die Zuwanderung wird in jedem Falle größer sein, als wir das wünschen.

Späth

Ich habe 1985 im Bundesrat das Asylrecht ändern wollen. Dafür habe ich noch nicht einmal alle Stimmen von Baden-Württemberg bekommen. Unsere Christdemokraten haben mir auf einem Parteitag Unchristlichkeit und ähnliches vorgeworfen. Bei der Abstimmung im Bundesrat hat sich Bayern enthalten, und alle anderen Länder haben dagegengestimmt. Acht Jahre später haben sie im Bundesrat dann einstimmig das Asylrecht geändert. Warum? Weil die Straße es gefordert hat. Wenn die Politik in bestimmten Dingen nicht handelt, hat die Straße das Wort.

Über ein Jahr lang haben alle Intellektuellen den Untergang unserer Republik durch den Rechtsradikalismus beschworen; jetzt sind die Republikaner schon wieder weg. Ich wehre mich einfach gegen die ständige deutsche Aufgeregtheit. Lassen Sie uns um Gottes willen nicht immer alles regeln wollen! Wenn wir der Freiheit in Deutschland eine Chance geben wollen, sollten wir nicht heute ein Gesetz verabschieden, das die Einwanderungsquote für das Jahr 2100 regelt, weil dann angeblich nur noch vier Millionen Menschen in Ostdeutschland leben.

Und ich will hier eines hinzufügen: Im Vergleich zu anderen Ländern verhalten sich die Deutschen durchaus tolerant. Die meisten bei uns wissen, daß Ausländer sich bei uns nicht schlechter fühlen sollen, als die deutschen Minderheiten im Ausland.

Wegner

Soviel verstehe ich auch von Statistik, Herr Birg: Das sind doch alles nur Hypothesen; wir können sicher sein, daß es anders kommen wird, als Sie vorausberechnen. In Zeiten des Umbruchs sind so

viele Parameter wirksam. Was wissen wir heute, welche Bevölkerungsbewegungen in zehn oder zwölf Jahren aus dem Osten stattfinden werden, die wir mit keiner noch so gutgemeinten Regelung aufhalten können.

Korte

Das ist doch fabelhaft: Kaum diskutieren wir in diesem Kreis ernsthaft über ein Thema, das die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft eminent betrifft, schon kommen alle Vorurteile auf den Tisch, die man sich in diesem Zusammenhang überhaupt nur vorstellen kann.

Späth

Nein, nein, Herr Korte, so geht es nicht - nach dem Motto: Diejenigen, die Prognosen machen und alles geregelt haben wollen, sind die Realisten, während diejenigen, die sagen: Laßt es doch laufen, ein Vorurteil haben. Ich habe gesagt: Laßt die Menschen kommen; die Deutschen sind toleranter, als immer behauptet wird- zumal die jüngere Generation. Ich lasse mir nicht einreden, daß die Deutschen intolerant sind und der Rechtsradikalismus blüht. Und da möchte ich gern wissen, was diese meine Meinung mit Vorurteil zu tun hat.

Korte

Die Vorstellung, daß sich die Zuwanderer so verhalten werden, wie Sie das in Ihrem neoliberalen Handlungsmodell offensichtlich annehmen, würde ich als Vorurteil bezeichnen.

Wegner

Wer stellt sich so etwas vor?

Dettling

Herr Späth hat gesagt: Wenn es bei uns sehr viel Arbeitslose gibt, werden wir die Zuwanderer schon draußen halten. Es kann natürlich auch das Gegenteil eintreten. Arbeitslosigkeit führt dazu, daß sich die Qualifikation der Betroffenen immer weiter verschlechtert, daß die Leute demotiviert werden, was noch mehr Arbeitslosigkeit nach sich zieht. Statt diese unterqualifizierten, demotivierten Menschen wieder zu beschäftigen, holt man sich dann lieber die Leute von draußen und qualifiziert sie.

Korte

Ich will nur noch einmal betonen: Ich habe jegliche Hoffnung aufgegeben, daß sich in diesem Bereich bei uns in absehbarer Zeit etwas bewegen wird. Dieser ganze Komplex hat sehr viel mit Mentalität zu tun, wie sich auch in diesem Kreis zeigt. Herr Birg als einer der weltweit führenden Experten auf diesem Gebiet legt hier exakte Berechnungen vor und muß sich dann sagen lassen: Machen Sie doch mit Ihren Statistiken, was Sie wollen! Ich meine, damit tun Sie Herrn Birg sehr unrecht, und zum anderen schaden Sie der Gesellschaft.

Wegner

Was wissen wir, was in einer Stunde sein wird. Das sind doch alles nur Hypothesen.

Birg

Natürlich, Herr Wegner, ist die Zukunft prinzipiell unbekannt - das dürfte in einem Kreis wie diesem unbestritten sein. Und daß alle Aussagen über die Zukunft an Bedingungen geknüpft sind, zum Beispiel daß auf der Erde kein Meteorit einschlägt, ist ebenso klar.

Wegner

Ich meinte die Vielzahl der Parameter, die keine klare Prognose zuläßt.

Birg

Aus eben diesen Gründen mache ich keine Prognosen, sondern ich treffe "Wenn-dann Aussagen" über die Zukunft. Das Wort "Prognose" vermeide ich. Statt dessen ist in der Demographie der Begriff "Bevölkerungsprojektion" im Gebrauch, um den konditionalen Charakter der zukunftsbezogenen Aussagen zu betonen. Wenn-dann-Bedingung ist zum Beispiel: Wenn das generative Verhalten der Menschen unverändert bleiben würde, dann wird das und das die Folge sein. Wenn ich Ihrer Kritik

folgen würde, könnte ich sagen: Da sich das Wetter nicht mit Sicherheit voraussagen läßt, ist es sinnlos, einen Schirm mitzunehmen.

Wegner

Das würde ein Statistiker nie sagen; nur die Varianzen muß man richtig einschätzen.

Birg

Ich könnte Ihnen ohne weiteres aus dem Stand einen Vortrag über die Varianzen, Parameter und mathematisch-technischen Zusammenhänge von Bevölkerungsprojektionen halten, Herr Wegner. Aber das ist hier überflüssig, weil das Einfache, das ich zu sagen habe, auch so verstanden werden kann. Meine These ist: Wir sollten uns auf etwas einstellen, von dem anzunehmen ist, daß es mit großer Wahrscheinlichkeit eintreffen wird. Wer zukunftsbezogene Informationen von vornherein als bloße "Hypothesen" ablehnt, hat kein Verhältnis zur Zukunft. Und im Bereich der Demographie kann man nun einmal sehr viel wissen über das, was wahrscheinlich eintreten wird.

Sie können einwenden, das interessiert uns alles nicht, zum Beispiel aus bestimmten kulturellen Gründen. Ich stimme Herrn Lutz zu: Unsere Zukunftsfähigkeit hängt nicht zuletzt aus demographischen Gründen mit der Frage zusammen, inwieweit sich unsere Institutionen und Traditionen in Zukunft noch bewähren werden. Ich meine, unsere Kultur ist gut gerüstet, mit demographisch bedingten Immigrations- und Integrationsproblemen fertig zu werden. Ich erinnere nur an die Aufklärung, an Herder und Kant; Herders Begriff der Weltgesellschaft und der Weltkulturen zum Beispiel. Was er zum Reichtum und zur Vielfalt der Weltkulturen gesagt hat, ist heute hochaktuell. Das waren die Ideale in Deutschland im 18. Jahrhundert, darauf läßt sich aufbauen, und viele tun es ja auch; nur die Politik meint, amtlich dazu verpflichtet zu sein zu verkünden, daß Deutschland kein Einwanderungsland ist und es auch nicht wird.

Zugleich müssen wir aber um unsere Demokratie besorgt sein, wenn Entscheidungen getroffen werden, denen falsche Informationen zugrunde liegen. Deshalb müssen wir immer wieder auf Entwicklungen hinweisen, die mit einiger Sicherheit auf uns zukommen - auch wenn solche Aussagen nicht so recht in die Diskussionslandschaft bei uns passen.

Engert

Ich halte Ihren Diskussionsbeitrag für außerordentlich wichtig, Herr Birg.

Hamilton

Das ist hier natürlich eine sehr deutsche Diskussion. Wir haben es bei der Bevölkerungsentwicklung mit einem globalen Problem zu tun. Wenn wir zukunftsfähig sein wollen, dann müssen wir uns damit auseinandersetzen. Derzeit sind an die zwanzig Millionen Menschen aus Ihrer Heimat vertrieben worden und wandern umher. Dazu kommen noch einmal zwanzig Millionen, die innerhalb ihrer Heimatländer hin und her ziehen.

Grossner

Viel mehr.

Hamilton

Diese Menschen können wir nicht abwehren, indem wir bei uns die Mauern höher bauen. Kein Land ist heute mehr eine Insel.

Es ist ein globales Problem, das wir ernsthaft anpacken müssen und nicht dadurch aus der Welt schaffen, daß wir uns immer mehr abschotten. Das gilt für mein Land genauso wie für Deutschland. Denken Sie an die Frage: Wer ist überhaupt ein Deutscher? Wann erlangt jemand die deutsche Staatsbürgerschaft?

Die Mauern in Europa sind gefallen. 40 Jahre lang haben wir westlichen Länder gegenüber dem Osten das Recht auf Freizügigkeit, seine Heimat zu verlassen, eingeklagt. Während der ganzen Zeit des kalten Krieges haben wir von den Russen verlangt: Ihr müßt die Menschen, die gehen wollen, rauslassen. Wir haben von Menschenrechten gesprochen und Sanktionen verhängt, damit die Menschen gehen durften. Das gleiche hat die Bundesrepublik gegenüber der DDR gefordert. Jetzt sind die Mauern gefallen, und die Menschen machen von ihrem Recht Gebrauch, und wir sagen, so sei das alles nicht gemeint gewesen.

Ich möchte aber noch einen anderen Aspekt dieses Menschenrechts betonen: Das Recht, in seiner Heimat zu bleiben, nicht vertrieben zu werden. Keine Regierung hat das Recht, das eigene Volk zu vertreiben und als Zielscheibe wie in einer Schießbude zu benutzen. Es ist auch ein Menschenrecht, daß die Menschen dort bleiben können, wo sie aufgewachsen, sind. Das erfordert aber ein ganz neues Denken in der gesamten internationalen Gemeinschaft.

Unter Zukunftsfähigkeit verstehe ich auch, ob wir fähig sind, uns den neuen Herausforderungen mit einem neuen Denken zu stellen.

Wahl

Ich halte die Einbeziehung der demographischen Entwicklung für unsere Betrachtungen über die Zukunft für unverzichtbar. Denn die Zukunftsfähigkeit der Welt und Deutschlands insbesondere hängt nicht zuletzt davon ab, wie wir den politischen Handlungsbedarf im demographischen Bereich befriedigen. Politischer Handlungsbedarf für Deutschland besteht sowohl im Hinblick auf den anhaltenden Zuwanderungsdruck als auch in bezug auf die rasche zahlenmäßige Abnahme und Alterung der ansässigen Bevölkerung. Wir brauchen eine gezielte Einwanderungs- und endlich auch eine umfassende Integrationspolitik, um die Alterung der ansässigen Bevölkerung zu verlangsamen; verhindern können wir sie nicht. Da die Zuwanderung - nicht zuletzt aus Akzeptanzgründen den Schwund der deutschen Bevölkerung nicht voll ausgleichen kann, müssen darüber hinaus die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen an eine zahlenmäßig kleiner und älter werdende Bevölkerung angepaßt werden. Beides geschieht bisher nicht. Damit wird unsere Zukunftsfähigkeit beeinträchtigt.

Denn zukunftsfähig ist nur, wer Zukunftsinteressen, das heißt die Interessen seiner Kinder berücksichtigt. Zukunftsfähig ist nur, wer künftige Generationen mit einer intakten Infrastruktur, ausreichend Kapital, hoher Qualifikation und produktiven Arbeitsplätzen ausstattet und ihnen nicht hohe Staatsschulden und eine zerstörte Umwelt hinterläßt. Die Suppe, die wir uns beispielsweise dadurch eingebrockt haben, daß wir seit Anfang der siebziger Jahre nur zwei Drittel der Zahl der Kinder großziehen, die zur langfristigen Bestandserhaltung notwendig sind, müssen wir selbst auslöffeln. Wir können unsere Probleme nicht auf unsere Nachkommen abschieben. Zugleich müssen wir weitere künftige Belastungen von Wirtschaft und Gesellschaft vermeiden. Dafür Strategien zu entwickeln und vor allem auch umzusetzen, gehört zum Minimalprogramm der Sicherung unserer Zukunftsfähigkeit.

Altmann

Die heftige Diskussion zeigt, daß das Thema unserer "Zukunftsfähigkeit" doch mehr Probleme beinhaltet, als auf den ersten Blick erwartet werden konnte. Was heißt überhaupt Zukunft? Zukunft meint vom Begriff her das, was auf uns zukommt - es ist das Gegenteil von dem, was wir aus der Gegenwart heraus gestalten können. Ich meine, diesen Aspekt sollten wir nicht außer acht lassen. Zukunft beinhaltet auch das schweigend Lauernde, das Omen, das Angst auslöst; zur Zukunft gehört ebenso das Unberechenbare.

Zukunftsfähigkeit - ich würde eher Zukunftsträchtigkeit sagen - von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Was heißt Gesellschaft, etwa im Hinblick auf die Zuwanderungsproblematik? Volk, Nation? Die Nation ist schon lange kein Maßanzug der Gesellschaft mehr. Volk, das ist ein Wort der Vergangenheit. Gesellschaft meint eine Art des modernen Zusammenlebens, ohne daß wir es noch klar definieren könnten. Bürgergesellschaft, civic society, solche Begriffe gehören in diesen Kontext und entziehen sich ebenfalls einer klaren Begriffsbestimmung. Das gleiche gilt für die Politik, die heute mehr Ausdruck gesellschaftlichen denn staatlichen Handelns ist.

Dann zur Wirtschaft: Wir sprechen vom Wachstum durch große Märkte und Wirtschaftsräume, die wir funktionalisieren wollen. Gehört das alles zur Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft? Der Pluralismus möglichst vieler Organisationen, auf den wir lange Zeit gesetzt hatten, hat sich als Fehlentwicklung herausgestellt. Ludwig Erhard hatte noch daran geglaubt. Aber je spezieller alles organisiert wird, desto weniger Energie bleibt für das Große und Ganze.

Es ist immer wieder von "Wachstum" die Rede, auch in bezug auf die Informationsgesellschaft. Wachstum heißt nicht nur Vermehrung von irgendwelchen Dingen, sondern seinem ursprünglichen Begriff nach auch Erneuerung. Ein Wald, der sich nicht erneuert, wächst nicht mehr. Wir müssen also von Erneuerung reden. Es genügt nicht zu sagen, die Produktionsgesellschaft wird zur Informationsgesellschaft, und Information heißt letztlich nur mehr und schnellerer Konsum. 300 Fernsehkanäle werden uns verheißen: Da kann man nur die Hände über dem Kopf zusammenschlagen - noch mehr von diesem unerträglichen Zeugs!

Wenn wir von Wachstum und Erneuerung reden, müssen wir auch über die Umwelt und den Wert einer globalen Zivilisation sprechen. Und was die Bevölkerungsentwicklung bei uns angeht: Warum zum Teufel kann der Staat nicht Anreize schaffen und Bedingungen bieten, daß wieder mehr Kinder geboren werden?

Späth

Ein Zuwanderungsgesetz ist preiswerter.

Altmann

Ja, auf diesem Niveau werden die Dinge abgehandelt.

Wachstum und Erneuerung: Lassen Sie mich erinnern an ein großes Bild, das die Religion uns dazu überliefert hat - das Bild der Triade oder der Dreieinigkeit. Am Anfang steht die Verwandlung des Chaos in den Kosmos. Das nennen wir die Schöpfung. Die Erlösung, sagen die Christen, ist die Befreiung des Menschen von seiner Fehler- oder Sündhaftigkeit, die ihn immer wieder von neuem gefangen hält. Der Mensch schafft sich eine Ordnung, die aber ständig erneuert werden muß. Jede Ordnung bedarf der Erneuerung, und es ist der Geist, der die Welt erneuert.

Schöpfung, Erlösung, Geist, das ist die große Triade, die wir in einer Welt verfallender Begriffe, mit denen wir hier arbeiten, nicht vergessen sollten. Wir sprechen vom Staat und von der Gesellschaft und wissen gar nicht mehr genau, was das noch ist anders als im vorigen Jahrhundert. Keine Statistik kann uns helfen, das Ganze zu bedenken, worum wir uns nicht drücken dürfen - schon gar nicht, wenn es um die Zukunft geht.

Jagoda

Wie werden wir Zukunftsfähigkeit beweisen: durch Erleiden, durch Ertragen oder durch Gestalten? Was können wir überhaupt gestalten angesichts der rasanten Veränderungen, mit denen wir tagtäglich konfrontiert sind?

Wenn wir indes auf vierzig Jahre Sozialstaat Deutschland zurückblicken, dann sieht die Bilanz nicht so schlecht aus - bei allen Fehlern, die gemacht wurden. Der Anteil des Sozialbudgets am Bruttosozialprodukt, der heute als zu hoch beklagt wird, lag immer um die 30 Prozent und hat sich aus erklärlichen Gründen wegen der deutschen Einheit auf 33 Prozent erhöht. Er muß ja nicht immer so hoch bleiben.

Ich kann auch durchaus verstehen, daß die Menschen heute ein höheres Sicherheitsbedürfnis haben: Sie haben etwas zu verlieren. Wer unter den Brücken schläft, braucht keine Hausratsversicherung. Aber wer eine Wohnung oder ein Haus hat, muß Vorsorge treffen. Wenn es also gelingt, uns den Wohlstand in unserer Gesellschaft zu erhalten, wird auch das Sicherheitsbedürfnis nicht abnehmen, sondern eher zunehmen.

Wir haben bei uns ein großes Talent entwickelt, lauter Krisen wahrzunehmen und zu beklagen und uns zu wenig an dem zu orientieren, was bei uns gelungen ist. Ich will nichts beschönigen, aber wir sollten auch nicht immer alles dramatisieren. Die Zukunft birgt Chancen und Risiken. Wir sollten die Chancen nutzen und Mut zum Risiko haben. Wer wird in Zukunft die Geschicke unseres Landes leiten? Darüber entscheiden Wahlen, also nicht zuletzt wir selbst. Natürlich wissen wir nicht, wie sich die Wirtschaft entwickeln wird, wie es mit Europa weitergehen wird und vieles andere mehr.

Eine Chance des Informationszeitalters könnte darin liegen, daß die Menschen wieder mehr miteinander und weniger übereinander reden. Da ist einiges bei uns verlorengegangen.

Dann der deutsche Hang zum Perfektionismus, der uns schwer zu schaffen macht. Als ich am 1. Februar 1993 zur Bundesanstalt für Arbeit nach Nürnberg gegangen bin, war meine Devise: Arbeitsämter sollen Arbeitslose vermitteln und sich nicht fortwährend mit Erlassen beschäftigen. Immerhin haben wir in diesem einen Jahr 700 Erlasse abgeschafft, was allerdings immer noch viel zu wenig ist. Aber es ist gar nicht so leicht, den Leuten ihr Lieblingsspielzeug wegzunehmen.

Alles ruft nach Dezentralisierung und danach, Verantwortung zu tragen. Am 1. Januar 1994 haben wir eine dezentrale Mittelbewirtschaftung im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik eingeführt. Am Anfang bereitete dies den Mitarbeitern erhebliche Schwierigkeiten. Sie wollten wie gewohnt klare Anweisungen von oben haben, wie sie es denn nun handhaben sollten. Es ist sicher ein Lernprozeß, bis die Menschen begreifen, daß in einer freien Gesellschaft jeder ein Stück Verantwortung im Rahmen seiner Möglichkeiten tragen muß.

Stichwort Privatisierung: Ich höre immer wieder, es müsse nur alles privatisiert werden, dann laufe es besser - etwa private Arbeitsvermittlung. Dort, wo die private Struktur zukunftsträchtiger, kostensparender ist, sollte man sie einsetzen. Aber nur weil es privat ist, geht es noch nicht besser. Vor allem müssen wir zu schnelleren Entscheidungen in Politik und Wirtschaft kommen; die Entscheidungsprozesse laufen bei uns viel zu langsam.

Wie wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt entwickeln? Ich meine, da sollten wir ehrlich sein: Selbst bei höherem wirtschaftlichem Wachstum werden wir die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen. Zusätzliche Arbeitsplätze gewinnen wir nur dann, wenn das reale Wirtschaftswachstum höher ist als der Produktivitätsanstieg. Bei einer Produktivitätssteigerung von 2,8 bis 3,3 Prozent und einem Wirtschaftswachstum von null bis ein Prozent rechnen wir in Deutschland mit mindestens 300.000 Arbeitslosen mehr in diesem Jahr.

Was kann die deutsche Volkswirtschaft selbst bei hohem Wirtschaftswachstum überhaupt an Beschäftigung leisten? Im September 1992 hatten wir die höchste Beschäftigungsquote in der Bundesrepublik. Jeder Konjunkturzyklus seit der Währungsreform, also seit 1948, hat rund 900.000 zusätzliche Arbeitsplätze bei uns gebracht. Durch die Wiedervereinigung waren es allein 1,8 Millionen, vor allem im verarbeitenden Gewerbe, von denen allerdings 1993 eine halbe Million Arbeitsplätze wieder verlorengegangen ist. Es verbleibt aber immer noch eine Million zusätzliche Beschäftigte in den alten Bundesländern im Vergleich zu Ende 1989.

Was auf uns zukommt, ist die zunehmende Bereitschaft von Frauen, Familie und Beruf miteinander zu verbinden. In der alten Bundesrepublik lag die Beschäftigungsquote von Frauen bei 50 Prozent; in der DDR bei 90 Prozent. Meine Vermutung ist, daß wir uns auf Dauer bei 70 Prozent einpendeln werden.

Mit der Rentenreform von 1990 haben wir die Altersgrenze bis zum Jahre 2012 auf 65 Jahre hochgesetzt. Es wäre wichtig, den älteren Mitarbeitern das Gefühl zu vermitteln, daß man mit 50 noch nicht zum alten Eisen gehört. Insofern sind Vorruhestandsregelungen in vielen Großbetrieben sicher eine problematische Einrichtung. Jedenfalls steckt hier ebenfalls ein nicht unbeträchtliches zusätzliches Arbeitskräftepotential.

Wie sich die Lage in den Ländern Südost- und Osteuropas entwickeln wird, vermag heute mit Sicherheit niemand zu sagen. Wenn es gelingt, die wirtschaftlichen Strukturen in diesen Ländern zu verbessern, wird der Arbeitskräftestrom von dort sicher nachlassen. Jeder Mensch bleibt schließlich gern in seiner Heimat.

Auf jeden Fall müssen wir in Deutschland versuchen, durch neue Produkte und neue Produktionsverfahren unseren Anteil am Welthandel zu erhöhen. Auch die Dienstleistungen werden zunehmen müssen; denn das verarbeitende Gewerbe mit einem Beschäftigungsanteil von heute 35 Prozent wird sicher zurückgehen.

Seitens der Bundesanstalt für Arbeit versuchen wir jetzt, neue Arbeitsmarktinstrumente einzusetzen, vor allem in den neuen Bundesländern. Ein solches Instrument könnte sein, daß Rechtsansprüche auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe zur Subvention der Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt mitgegeben werden.

Was mich besonders interessieren würde, ist die Frage, inwieweit sich die Reaktionszeit auf bestimmte Entwicklungen verkürzen läßt. Was wird uns der 6. Kondratieff im 21. Jahrhundert bescheren? Das berufliche Wissen wird zweifellos weiter seine Bedeutung behalten. Darauf sind wir mit unserem Bildungs- und Ausbildungsniveau in unserem Lande auch sehr gut vorbereitet.

Wir stehen zweifellos vor sehr ernsthaften Herausforderungen. Die Frage ist, inwieweit es in dieser freien Gesellschaft gelingt, die Bürger dafür zu gewinnen, die getroffenen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen zu akzeptieren. Denn diejenigen, die den Weg in die Zukunft weisen können, brauchen natürlich die Gefolgschaft der Mehrheit der Bevölkerung.

Wegner

Wer ist eigentlich gemeint, wenn hier ständig von "wir" die Rede ist? Mitunter wird da so diskutiert, als übe eine kleine Clique die Macht aus, während Bürger und Volk offenbar gar keine Rolle spielen.

Die Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten, vor allem in technologischer Hinsicht, stellen für viele Menschen zweifellos eine Überforderung dar, und auch die Überbevölkerung in den Ballungszentren, mit dem Überangebot an sozialen Kontakten, zwingt den Menschen Verhaltensweisen auf, die sich in Aggression, Fremdenhaß und so weiter ausdrücken. Solche Reaktionen sind, hört man auf unsere Verhaltensforscher, durchaus erklärlich.

Mein Eindruck ist, daß wir in Deutschland die Beziehung zur Basis verloren haben. Eine Ursache dafür sehe ich darin, daß wir es zugelassen haben, daß in unseren Parlamenten nur noch Profipolitiker sitzen, und das über zwanzig, dreißig Jahre - was von den Gründungsvätern bestimmt so nicht gedacht war;- , und die darüber hinaus bestimmten Denkstrukturen verhaftet sind, weil sie sich vorzugsweise aus der Lehrerrund Beamtenschaft und ähnlichen Berufsgruppen rekrutieren.

Wie reagieren diese Leute? Tritt ein Problem auf, wird ein Gesetz gefordert. Noch ein Problem - noch ein Gesetz. Und dann wundern wir uns über die Erstarrungstendenzen in unserer Gesellschaft. Zukunftsfähigkeit setzt eben auch in der Exekutive Persönlichkeiten voraus, die nach vorne zu denken gelernt haben.

Ich bin auch sehr dafür, daß die Rotation verstärkt wird. Wenn der Politiker weiß, daß er nur ein oder zwei Legislaturperioden im Parlament sitzen darf, wird er sich ganz anders verhalten, als wenn er das Abgeordnetendasein als Lebensaufgabe betrachtet.

Was bieten wir denn den kleinen Leuten heute an Vorbildern an? Es gibt sowieso keine Philosophien mehr, nach denen sich die Masse richten könnte. Sind wir etwa die Vorbilder oder die Politiker oder die Reichen und Privilegierten dieser Welt? Wir können die Menschen doch nicht für dumm verkaufen. Die sehen überall den Zerfall und meinen, nur noch im Kollektiv frei zu sein. Auch die Mehrzahl der Unternehmer sieht die Masse nur als Konsumenten - zu was anderem taugt sie eh nicht.

Herr Späth hat in seinem Referat Unternehmerpersönlichkeiten wie Grundig oder Nixdorf erwähnt. Nixdorfhabe ich selber noch gekannt, wie der in einer Waschküche in Paderborn begonnen hat, Platinen zu bestücken. Ich war damals als Werkstudent bei ihm und habe ihm geholfen. Wo gibt es heute noch solche Pioniere? Die Masse der Menschen ist dafür sicher nicht zu motivieren. Alle reden heute von ihren Rechten von sozialem Verhalten und bestimmten Tugenden spricht kein Mensch mehr. Solche Dinge sind uns irgendwie abhanden gekommen.

Alles verkommt bei uns zu einer gewissen Beliebigkeit: möglichst 30 Fernsehprogramme - Herr Nefiodow prophezeit uns sogar 300 - und Frauen aus Thailand mit Umtauschrecht. Zudem entwickeln wir Deutsche uns immer mehr zu einem Volk von Neidern. In den USA hat man mir gesagt: Wenn ich hier mit meinem Rolls Royce ins Arbeiterviertel fahre, klatschen die Leute, weil sie denken: Der hat es geschafft. In Deutschland dagegen schmeißen sie mir die Scheiben ein und hassen mich.

Was bedeutet Zukunftsfähigkeit in der Wirtschaft? Ich spreche hier als ein Unternehmer, der in Sachsen gerade eine große Unternehmensgruppe aufgebaut hat - übrigens in den Führungsetagen nur mit Sachsen besetzt, wofür ich im Westen stark kritisiert wurde. Aber die Unternehmen florieren.

Als Unternehmer sehe ich mir die Menschen an, mit denen ich zu tun haben will; denn das Wichtigste für mich ist das Humankapital. Wenn ich beispielsweise einen Betrieb übernehmen will und sehe, daß da die vierte Generation am Werk ist, dann ist das für mich ein wichtiges Entscheidungskriterium. Denn da wird eine Verantwortung für den Nachwuchs deutlich, die ein Leistungspotential freisetzt, auf dem man aufbauen kann. Das habe ich in den vergangenen Jahren weidlich genutzt, und zwar mit sehr gutem Erfolg.

Wenn ich an den Vereinigungsvertrag denke, was da den Ostdeutschen alles versprochen wurde, beispielsweise Anteilscheine an ihren Betrieben; darüber redet heute niemand mehr. Die Deutschen neigen ja sowieso zum Schwarzweißdenken. Demnach war alles Mist, was die in der DDR 40 Jahre lang getan haben. Bestes Beispiel: der grüne Pfeil - konnte nichts taugen, war ja von drüben.

Wir sprechen hier von Mentalitäten. Wieso wundern wir uns eigentlich, wenn die Leute drüben angesichts der PDS-Wahlerfolge die Sektkorken knallen lassen - meine Geschäftsführer nicht ausgenommen? Und ich muß ihnen recht geben; denn die fühlen sich doch alle vom Westen über den Tisch gezogen.

Machen wir uns nichts vor: Der Aufbau Ost kann nur von den Menschen dort geleistet werden. Meine Devise war von Anfang an: Sachsen muß von Sachsen aufgebaut werden. Die Kraft kommt nur aus dem Volk selbst; da können wir reden und diskutieren, soviel wir wollen. Das ist eine unabänderliche geschichtliche Wahrheit.

Wir im Westen sind die Privilegierten, wir stehen auf der Sonnenseite. Sprechen Sie mal mit den Arbeitern drüben, den Stahlarbeitern von EKO beispielsweise, was die tatsächlich bedrückt. Ich lebe bestimmt nicht schlecht, aber ich kenne auch meine moralischen Verpflichtungen und weiß, wo ich mich sozial engagieren muß. Das hat sich in Sachsen auch allmählich herumgesprochen.

Zukunftsfähigkeit: Wo stehen wir? Überall treffen wir in unserer Gesellschaft auf Spezialisten, die den Überblick über die Entwicklung verloren haben. Da komme ich noch einmal auf die

Bevölkerungsentwicklung zurück. Mit dem Futurologen Hermann Kahn, der ein alter Freund von mir war, haben wir schon in den 60er Jahren Szenarien durchgespielt. Den Völkermassen in Asien ist es egal, wo sie überleben können, die werden vor keiner Grenze halt machen, soviel Panzer wir da auch hinstellen mögen. Die armen Völker werden uns zur Kasse bitten, wenn wir denen mit unserem Wirtschaftssystem nicht auf die Beine helfen.

Roer

Ich gehöre hier in doppelter Hinsicht einer Minorität an, zum einen als Frau, zum anderen als Gründerin und Unternehmerin. Und wenn ich einen Wunsch habe, dann den, daß der Bergedorfer Kreis seine Zukunftsfähigkeit dahingehend beweisen möge, daß er mehr Frauen die Chance gibt, in einem solchen Forum etwas beizutragen.

Wie habe ich mein Unternehmen aufgebaut? Am Anfang stand eine Vision - frei nach Martin Luther King: I have a dream, if I can dream it, I can do it.

Meine Führungsleitsätze im Unternehmen beschränken sich auf zwei einfache Grundthesen, die für jedermann verständlich sind. Erstens: Ein Unternehmen ist nur so gut wie seine Menschen. Das Gewinnmaximierungspostulat steht zwar in den Lehrbüchern, ich halte es aber als singuläres Unternehmensziel nicht für praktikabel, sondern Unternehmensziele sind hochkomplex.

Zweitens: Die Hauptaufgabe jedes Menschen, der führt, ist Visionär zu sein, das heißt, Zukunft zu erfinden; Vorbild zu sein - das authentisch vorzuleben, was man sagt - und Verantwortung zu tragen. Das sind, wenn Sie so wollen, die drei V: Vision, Vorbild und Verantwortung. Denen stehen auf der anderen Seite drei S gegenüber: Selbstverwirklichung, Sinn und Spaß -jeweils abhängig von unserer Sozialisation, Bildung und auch vom Alter.

Scheinbar so einfach versuche ich, meinen Mitarbeitern diese Leitbilder zu vermitteln und im Kontext unserer komplexen Welt und meiner Branche in Chancen umzumünzen. Ich bin im Bereich Dentalmedizin tätig, einer sehr kleinen übersichtlichen Branche. Meine These heißt aber: Je kleiner die Branchen sind, desto schneller müssen sie sich globalisieren. Das darf keine Angst auslösen, sondern ich bemühe mich, daß auch der letzte Lagerarbeiter bei mir begreift, daß dies eine Chance beinhaltet, wenn wir uns mental richtig darauf einstellen. Wir reden also nicht nur darüber, die Welt zu erobern, sondern wir tun es auch. So bin ich in der Tat zum "global player" geworden, ziehe als Handlungsreisende in die Welt, auch wenn dies von meinem Produktsortiment her eigentlich gar nicht geht; aber mental ist es der richtige Weg. Und es würde auch für andere Unternehmen hilfreich sein, so zu denken.

Wenn ich am Standort Bundesrepublik langfristig erfolgreich sein will, muß ich für meine Produkte Strukturen schaffen, die Schnelligkeit ermöglichen (so wie Herr Jagoda fragte: Wie können die Reaktionszeiten beschleunigt werden?) und die intelligent sind. Ich habe das zusammengefaßt in dem Begriff "Schnelligkeit". Wir müssen also unsere Produkte international mit so viel Intelligenz anreichern, daß wir damit eine neue Art von Wettbewerbsfähigkeit schaffen. Denn das "dumme" Produkt bringt keinen Wettbewerbsvorteil.

Es mag in diesem Kreis von überwiegend Professoren vielleicht sehr pragmatisch klingen: Auf diese Weise habe ich es geschafft, die Gesundheitsstrukturreform, die unsere Branche mit 35 Prozent Umsatzeinbußen belastete, als Chance zu sehen. Der Neubeginn, das ist meine These, muß bei jedem einzelnen im Kopf beginnen. Ich beschäftige in meinem Betrieb 100 Leute; das heißt, ich muß 100 Köpfe zu einem Team zusammenbringen, dann werden wir die praktische Umsetzung der Marktchancen auch erreichen.

Natürlich wäre es reizvoll, in unser Thema mit einer Vision einzusteigen und uns dann zu fragen, wie wir die Gesellschaft sehen wollen, um gewissermaßen zu "retropolieren", das heißt, aus der gewünschten Zukunft ins Heute zurückzugehen. Denn eine Zukunft zu erfinden, die uns begeistert, macht ungeahnte Kräfte frei. Das erlebe ich in meinem Betrieb. Die Aufgabe ist, die gemeinsam definierten Ziele, auf die wir uns einigen können, mit Begeisterung anzustreben.

Als Frau füge ich hinzu: In diesem Kontext sollten wir mehr als bisher das Führungspersonal von Frauen und ihre besonderen Eigenschaften für die Gesellschaft der Zukunft mobilisieren. Zu den besonderen Eigenschaften zähle ich: Kommunikations und Teamfähigkeit, Intuition und Sensibilität. Ich meine, darin werden mir die Herren der Wissenschaft zustimmen. Damit Frauen jedoch verstärkt in Führungspositionen gelangen können, müssen wir über andere Lebensarbeitszeitkurven nachdenken. Ich sehe es jedenfalls nicht als Dogma an, daß das Management hundert Stunden arbeiten darf und der normale Arbeitnehmer nach gewerkschaftlichen Richtlinien 35, 38 oder, wenn es hochkommt, 40 Stunden.

Ich habe in diesem Zusammenhang im letzten November meine Mitarbeiter einmal gefragt, wie lange sie arbeiten möchten. Selbstverständlich sollte Mehrarbeit, wenn sie denn gewollt sein würde, auch entsprechend honoriert werden. Immerhin haben 20 Prozent der Mitarbeiter optiert, mehr als 38,5 Stunden arbeiten zu wollen, das heißt, für sich selbst in eigener Verantwortung eine Mehrleistung definiert.

Ich bin nun in meinem Denken stark von meinem Studium der neoklassischen Wirtschaftstheorie beeinflusst worden, die ein recht utilitaristisches, egoistisches und hedonistisches Menschen- und Weltbild vermittelt. Diese monokausale Synonymität von Nutzen und Moral läßt außer acht, daß Moral als Motivation, aber auch als Gebot zu berücksichtigen ist. Die Unterstellung, wir Menschen verhielten uns rein rational, trifft zumindest für mich, wenn ich auf meine Lebensentscheidungen zurückblicke, kaum zu. Was mich motiviert und was meine handlungsleitenden Werte sind, ist ein buntes Gemisch aus Ratio und unterschiedlichen Graden von Emotionalität. Die Dimension der Moral halte ich für die Gesellschaft der Zukunft für sehr wichtig. Und was ich mir für die Zukunft noch wünsche, ist ein bißchen mehr workfare statt welfare.

Engert

Rüdiger Altmann hat vorhin gesagt, es gehe nicht um Zukunftsfähigkeit, sondern um Zukunftsträchtigkeit. Nun kann man ja nur trüchtig werden, wenn man fähig ist. Insofern ist unser Thema sicher richtig gewählt.

Altmann

Die Zeugungsfähigkeit des Mannes und die Trächtigkeit der Frau sind nicht identisch.

Roer

Das muß ein Mann sagen.

Engert

Frau Roer hat, ähnlich wie Herr Späth, betont, Krise sei etwas, das herausfordert, das motiviert. Deshalb noch einmal die Frage: Wie müssen die Voraussetzungen für Zukunftsfähigkeit beschaffen sein? Welche Eigenschaften brauchen wir, um in den Stand der Zukunftsfähigkeit zu gelangen? Optimismus, Kreativität, Verantwortung? Und wie sind diese Fähigkeiten zu mobilisieren? Ist diese Gesellschaft beispielsweise durchlässig für die Übernahme von mehr Verantwortung? Ist Zukunftsfähigkeit primär eine Aufgabe der Erziehung?

Hill

Ich habe vor kurzem in Speyer einen Vortrag gehalten, der betitelt war "Von der Krisenbewältigung zum Management der Zukunft". Sie fragen, Herr Engert: Was ist Zukunftsfähigkeit? Ich würde sagen, eine gewisse Wachheit, ein Vorbereitet sein, eine Neugier, wie Herr Späth meinte. Manche übersetzen sie mit Zukunftsfähigkeit: daß ich also in der Lage bin, nicht nur auf gewisse Entwicklungen zu reagieren, sondern sie auch irgendwie vorauszuahnen, um vorbereitet zu sein. Vielleicht geht es auch darum, sich durch eine Art Radarsystem auf neue Entwicklungen einzustellen.

Ich will jetzt aber weniger etwas zur Zukunftsfähigkeit sagen als - veranlaßt durch Ihre Frage, Herr Engert - zur Zukunftsbefähigung. Das heißt: Wie erlangt man Zukunftsfähigkeit?

Es wurde bereits zu Recht daraufhingewiesen, daß es im Zeitalter der Informationsgesellschaft immer schwieriger wird, sich in dem Dschungel der Informationen zurechtzufinden. Immer weniger Menschen können das besser, und immer mehr können das schlechter. Ich bin fast versucht, von einer neuen Armut zu sprechen, was den Informationssektor angeht, die noch größer wird als bei der oft zitierten Zweidrittelgesellschaft. Es werden immer weniger Menschen mit der Vielfalt der Informationen klarkommen, während immer mehr von der Informationsgesellschaft überfordert werden. Die Frage ist: Wie können wir die anderen mit auf die Reise nehmen, beziehungsweise: Wie können wir sie besser zu einer eigenen Reise ermächtigen? Das ist sicher ein ernsthaftes Problem, auf das Herr Engert verwiesen hat.

Es wurde gefragt nach Steuerungsinstrumenten. Ich meine, solche Steuerungen sollten weniger direkt geschehen, sondern eher indirekt: Wie kann man die Menschen abholen bei ihrem Wissensstand und entsprechende Anschlußstücke schaffen? Wie kann man Interesse und Aufmerksamkeit wecken? Und wie kann man Angebote zur Integration und zur persönlichen Weiterentwicklung geben?

Der indirekte Ansatz kam etwa im Beitrag von Herr Bohr zum Ausdruck, der formulierte: Welche Mentalitäten werden bei uns nicht gefördert und welche werden durch den Rahmen, durch die Kultur beispielsweise, begünstigt? Welche Wertorientierungen legitimieren bestimmte Mentalitäten? Auch hier wird also der indirekte Ansatz gewählt.

Ich will einmal fünf Punkte ansprechen, wie man das erreichen könnte.

Der erste Punkt wäre der Entwurf von Visionen, von Szenarien - so wie es eben Frau Roer zum Ausdruck brachte. Wir reden zu wenig über Zukunftsentwürfe, und zwar im Sinne von Möglichkeitsräumen. Es wurde zu Recht gesagt, wir müssen Zukunft erfinden. Ich glaube nicht, daß Zukunft irgendwie geschieht, und wir sie erdulden müssen, sondern wir können bewußt dazu beitragen, indem wir Zukünfte erfinden; denn es gibt viele mögliche, denkbare Zukünfte. Das ist nicht bloß eine Fortschreibung der Vergangenheit und auch nicht nur eine Analyse der Gegenwart, sondern Zukunft zu erfinden, ist qualitativ etwas ganz anderes. Das geschieht in all unseren Diskussionen viel zu wenig.

Einen zweiten Punkt hat Herr Lutz angesprochen. Wir müssen versuchen, Interpretations- und Sinnangebote zu machen. Denn was hier zu Recht beklagt wird, ist der "information overload". Es gibt viel zu viel an Information. Niemand steigt da mehr durch, keiner bringt Struktur in die Informationsflut. Deshalb brauchen wir Interpretationsangebote. Ob die dann die richtigen sind, darüber muß man sicher streiten.

Herr Lutz hat ein solches Angebot mit dem "kulturellen Zeitalter" gemacht. Andere sprechen von Erlebnis- oder Freizeitgesellschaft. Wieder andere sehen einen Trend zur Ökologisierung oder zur Ästhetik. Ich denke, wir sollten uns gerade in dieser Informations- oder Hypergesellschaft intensiver mit den Thesen der neueren Informationsphilosophen auseinandersetzen, etwa mit Norbert Bolz, der von einem Abschied von der Humanisierung spricht, oder Vilém Flusser, der meint, der Mensch müsse über das Subjekt hinaus zum Projekt werden. Das sind solche Interpretationsangebote, über die man diskutieren und streiten müßte.

Dritter Punkt: Was wir brauchen, hieß es hier, ist ein anderes Innovationsklima. Und es wurde zu Recht hinzugefügt: Wir brauchen mehr Risikoprojektierungen; mehr Experimente hat Herr Späth gefordert. Wir sollten uns nicht in eine "Wagenburg" zurückziehen und über industrielle Kerne im Sinne einer Abwehr reden, sondern wir müssen uns öffnen. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund hat seinen Kongreß in dieser Woche unter den Titel gestellt: "Stark durch Wandel" oder "Sicherheit durch Wandel". Es reicht nicht, wenn man sich gegen alles Mögliche "versichert". Zukunft läßt sich durch noch so viel Versicherung nicht beeinflussen. Hier müßten also mehr Öffnung, mehr Risiko-Orientierung, mehr Experimente stattfinden. Und Risiko ist mit der Innovation engverwandt.

Späth

Offensichtlich interpretieren die meisten Sicherheit mit: möglichst keine Experimente.

Hill

Gerade umgekehrt müßte die These lauten: Sicherheit durch Veränderung, Sicherheit durch Wandel.

Hinzukommen müßte ein zweiter Ansatz beim Innovationsklima, nämlich nach Verbesserungen, statt nach Fehlern zu suchen. Wir neigen sehr dazu, nach Fehlern zu suchen - das klassische Controlling. Finanzdatenorientierte Firmen suchen meistens nach Fehlern, nicht nach Verbesserungen. Ebenso wird Führung häufig nur als Kritik mißverstanden im Sinne von Fehlersuche, Rüge und Heruntermachen, statt gemeinsam Verbesserungsmöglichkeiten nachzugehen. Hier müssen wir ein anderes Klima schaffen, damit Innovationen entstehen können.

Vierter Punkt: Wir müssen stärker über Innovationsanreize nachdenken. Der Gegenbegriff zu Veränderung und Wandel lautet: "weiter so", oder wie wir es hier gehört haben: "lassen, wie es war". Warum soll man überhaupt etwas verändern? Wozu sollen wir eigentlich zukunftsfähig werden? Welcher Anreiz besteht dafür? Herr Späth sagt, daß in der Industrie die Erlangung von Wettbewerbsvorteilen den Anreiz darstelle. Sicher, ein Unternehmen, das als erstes mit einem Produkt auf dem Markt ist, hat die Chance, lange Zeit Marktführer zu sein. In der Industrie leuchtet mir das ein. Aber wo liegt der Anreiz für Politik, Verwaltung und Gesellschaft? Da heißt es etwa: Eigentlich ging es uns doch bisher immer gut, und auch jetzt geht es uns wieder gut - warum sollen wir irgend etwas verändern? Die Konjunktur zieht wieder an - warum das ganze Geschwätz von Veränderung und Wandel? Wo liegt also der Anreiz für Innovation?

Fünfter Punkt: Wenn wir verschiedene Innovationen haben, geht es um die Auswahl, um Kriterien. Welche Innovationen wollen wir umsetzen, damit sie Nutzen bringen und Werte schaffen? Da kann man versuchen - Herr Späth und auch Herr Bohr haben es angesprochen;- Marktorientierung durch Selbstorganisation wirken zu lassen. Software, sagte Herr Späth, werde irgendwann auch Hardware, also Produkte bringen. Das ist das Vertrauen auf die unsichtbare Hand des Marktes, daß der Nutzen des einzelnen irgendwie mit dem Gemeinwohl übereinstimmen wird.

Ein anderer Ansatz, den Herr Hoffmann eingefordert hat, wäre Orientierung an inhaltlichen Zielen. Das dürfte deshalb nicht einfach sein, weil ein Konsens über inhaltliche Orientierung nur schwer zu erreichen ist. Das geht allenfalls bei generellen Grundfragen, aber sobald es konkreter wird, beginnen die Schwierigkeiten.

Ich möchte eine dritte Variante vorschlagen, die mehr prozessual und vielleicht auch mehrwertorientiert ist. Hier wurde mehrfach von Verantwortung gesprochen. Ich habe kürzlich eine Schlagzeile gelesen, die mir gefallen hat: Verantwortung statt Wahrheit. Es gibt im Grunde keine Wahrheit; es gibt nur Verantwortung für die eigene Tätigkeit, für das eigene Gestalten.

Der Begriff der Verantwortung hängt nun eng mit einem anderen Begriff zusammen, der hier auch schon andiskutiert wurde, nämlich Integrität, ein wichtiger Wert, der für die Zukunftsfähigkeit nicht außer acht gelassen werden sollte. Dazu kommt des weiteren der Wert der Toleranz: Die verschiedenen Ansätze sind als gleichberechtigt zu tolerieren.

Und schließlich erwähne ich den Gedanken der Rückkoppelung. Wir müssen versuchen, mehr durch Rekursivität, durch Schleifen zu lernen und überhaupt das Lernen lernen.

Erziehung wurde erwähnt: Es wird zu viel Gewicht auf Daten, auf Wissen gelegt. Wir lernen nicht das Lernen. Deshalb sind wir auf neue Situationen gar nicht vorbereitet.

Engert

Was bisher wohl zu kurz gekommen ist, ist die Zukunftsfähigkeit und der Regelungsbedarf in bezug auf die Politik, wobei es zu Wirtschaft und Gesellschaft immer auch Querverbindungen gibt. Aber schließlich stellt sich die Frage: Was ist denn umsetzbar?

Herr Hill hat dafür einige Punkte genannt: Zukunftsentwürfe, Interpretationsangebote für die Zukunft, ein anderes Innovationsklima schaffen, Innovationsanreize geben und Kriterien für Innovationen ausmachen. Das Konkrete dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren.

Wahl

Entscheidend ist auch, daß wir die gegenwärtig bestehenden Zukunftsbelastungen abbauen!

Wegner

Innovation und Kreativität fordern, hieß es - wie stellen Sie sich das vor? Entweder man hat es, oder man hat es nicht.

Man kann doch nicht sagen: Jemand, der un kreativ ist, den schicke ich auf eine Schule, damit er Kreativität lernt. Oder jemand, der nicht innovativ ist, den lasse ich auf der Universität Innovation lernen. Kreativität und Innovationsfähigkeit müssen in einem Menschen drin sein. Da kann es allenfalls darum gehen, Bedingungen zu schaffen, damit solche Fähigkeiten freigesetzt werden. Oder, wie Frau Wahl eben sagte, Belastungen abzubauen.

Hill

Ich glaube nicht Herr Wegner, daß man es so verkürzen kann: Entweder man hat es, oder man hat es nicht. Innovationsgenerierung sollte kein Elitesport sein. Ob es ein Breitensport werden kann, weiß ich nicht; aber ein breiterer Sport könnte und müßte es werden.

Wir sollten auch nicht nur Experten für innovativ halten. Die Zeit ist vorbei, wo man glaubte, Experten kommen von ganz allein zu Innovationen. Wir brauchen statt dessen mehr Innovationen durch Alltagswissen. Die breite Mehrheit der Menschen ist gar nicht so dumm, wie vielleicht manche Politiker oder andere Leute denken. Worauf es ankäme, ist, Expertenwissen mehr mit Alltagswissen zu verknüpfen und entsprechende Rückkoppelungen zu schaffen. Dann erreichen wir vielleicht auch mehr Innovationen.

Daxner

Was Herr Hill letztlich erreichen will, ist etwas, das ich kompetente Öffentlichkeit nenne, und es ist eine Aufgabe der Politik, hier eine Brücke zu bauen. Je kompetenter nämlich die Öffentlichkeit ist, desto leichter kann die Politik ihre notwendige Führungs- und Steuerungsaufgabe wahrnehmen. Kompetenz erlangen heißt aber nicht, dies könne nur auf der Universität oder in anderen Bildungseinrichtungen geschehen, sondern es geht darum, den Evidenzcharakter in bezug auf Lösungen einsichtig zu machen. Ich denke, das meinte Frau Wahl mit "Zukunftsbelastungen abbauen".

Thomas

Was ist umsetzbar? fragen Sie, Herr Engert. Es geht nicht nur darum, irgendwelche Innovationen kreativ in die Welt zu setzen, sondern daraus dann etwas zu machen. Ich denke, es gibt in Deutschland sehr viele Menschen, die durchaus in der Lage sind, Innovationen hervorzubringen. Was sie behindert, sind die Rahmenbedingungen, die eine Umsetzung der kreativen Ideen so sehr erschweren. Das ist das eigentliche Problem und gehört zu den Zukunftsbelastungen, die Frau Wahl abzubauen fordert.

Andernfalls entstehen eben keine neuen Unternehmen, die sich auf neuen Märkten engagieren können. Das zu ändern, hat sicher sehr viel mit der Mentalitätsfrage zu tun. Der Staat kann Mentalität kaum beeinflussen, aber er kann dafür sorgen, daß vernünftige Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Um ein konkretes Beispiel zu geben: Wenn ein junges Unternehmen ein weltmarktfähiges Produkt anbietet, sich der Unternehmer aber nicht traut, seinen Umsatz entsprechend auszuweiten, weil ihm zu Recht das Finanzierungsrisiko zu groß ist, müssen wir fragen: Wie können wir diesem Unternehmen den Weg in den Weltmarkt öffnen? Das bedeutet, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen, und da ist in der Tat die Politik gefordert. Neue Rahmenbedingungen eröffnen neue Chancen. Das muß professionell gemanagt werden.

Wegner

Professionell gemanagt ja, aber von Managern, die Ahnung haben, nicht von Politikern.

Thomas

Dann sollten mehr Manager Politiker werden.

Glees

Alles das, was Herr Hill zu Recht fordert, können unsere Studenten auf keiner britischen Universität lernen. Meine Kritik richtet sich nicht gegen die Studenten, die angeblich nichts können, sondern gegen die Hochschulen, die ihnen nicht die richtigen Dinge beibringen.

Ich füge allerdings hinzu: Der Staat hat zwar die Zahl der Studenten drastisch erhöht, aber er hat damit nicht die Zahl gescheiter und erfindungsfreudiger Menschen vermehrt. Was wir in unserer Gesellschaft brauchen, ist, daß kluge Leute eine größere Rolle spielen, und nicht einfach mehr Studenten. Darüber müßten wir diskutieren.

Ich habe vorhin auch nicht gemeint, man solle den Staat abschaffen, sondern daß der Staat sich auf Dinge beschränkt, die er gut durchführen kann, und daß er die Finger lassen sollte von Aufgaben, für die er schlecht geeignet ist. Entsprechend beklage ich auch nicht, daß es in Deutschland zu viele Parteien gibt, sondern, daß die Parteien in zu vielen Dingen mitmischen, die man besser den Bürgern überlassen sollte.

Was ich generell kritisiere, ist die Bürokratisierung unseres Lebens. Um es überspitzt zu sagen: Viele Studenten wissen heute nur, wie man sich Vorlesungen und Scheine im Studienbuch testieren läßt, aber haben keine Ahnung von den Qualitäten, die einen Unternehmer auszeichnen.

Wegner

Ich glaube schon, daß unsere Professoren sich eine gut funktionierende Universität wünschen. Und auch die Studenten sind durchaus lernwillig - nicht anders als zu unserer Zeit. Da dürften die Bedingungen in Deutschland nicht schlechter oder besser sein als in England oder in Amerika, das ich als Student kennengelernt habe.

Aber sehen Sie einmal die Bedingungen an, unter denen heute die Professoren an den Hochschulen tätig sind: brechend volle Hörsäle und unzureichende Ausstattungen in den Seminaren.

Ob man daran dadurch etwas ändern sollte, Herr Glees, daß man nur gescheite Studenten auf die Universität schickt, weiß ich nicht.

Klages

Ich möchte ein kleines Beispiel aus Fortbildungsveranstaltungen für Beamte anführen, das erkennen läßt, wie mühelos sich unter den heutigen Bedingungen bei beliebigen Menschen Kreativität freisetzen läßt. Wir selbst haben durch die Anwendung einfacher Gruppenarbeitsmodelle erreicht, daß Fortbildungsteilnehmer, die sich zu Hause mit hoher Wahrscheinlichkeit dem Büroschlaf hingeben, innerhalb von nur 20 Minuten in der Lage waren, komplizierte Problemlösungen zu erarbeiten, denen eine ausgesprochene Innovationsqualität anhaftete und die Expertenmaßstäben standhielten.

Ich meine also, man kann durch angemessene Änderungen der Rahmenbedingungen, unter denen Menschen arbeiten, mit einem sehr geringen Aufwand brachliegende Kräfte und Fähigkeiten freisetzen und auf diese Weise kostspieliges Expertenwissen, das vielfach eingekauft wird, um Problemlösungen zu erarbeiten, überflüssig werden lassen. In allen modernen Organisationen gibt es vielfältige - bisher weitgehend ungenutzte - Möglichkeiten, in dieser Richtung tätig zu werden und zu gemeinsamem Nutzen verborgene Innovationsfähigkeiten der Menschen ans Tageslicht zu befördern.

Dettling

Herr Wegner hat sehr direkt gesagt: Innovativ ist man, oder man ist es nicht. Diese Aussage sollte man nicht zu eng sehen. Auch Empfänger staatlicher Wohlfahrtsleistungen können außerordentlich innovativ sein, wenn es darum geht, diese Leistungen für sich zu vermehren, auch wenn sie dadurch das ganze System schädigen. Und in der früheren Wirtschaftsplanungskommission der Sowjetunion gab es sicher hochintelligente Leute, die innovative Ideen hatten. Wenn sie diese jedoch verwirklicht hätten, wäre daran das System zerbrochen, und sie hätten sich selber geschadet.

Es kommt also nicht auf "persönliche" Innovation an, sondern inwieweit strukturelle, gesellschaftliche Rahmenbedingungen Innovationen wahrscheinlicher machen oder aber verhindern. In dieser Hinsicht gilt es etwas zu ändern, um Zukunftsblindheit oder Selbstschädigung der Gesellschaft zu verhindern.

Ich warne auch vor einer allgemeinen Reformdiskussion. Reform des Bildungswesens, Reform des Sozialwesens und so weiter - so nach dem Motto: Bilden wir doch die Leute besser aus und informieren wir sie umfassender und dergleichen Dinge mehr. Was wir erkennen müssen, ist, daß die Anreizsysteme verkehrt sind. Zu überlegen wäre, wie man sie vernünftig umgestalten kann.

Maier

Innovation ist immer eine Fusion zweier Komponenten, ein existierender oder latenter Bedarf und eine technische Problemlösung. Der ökonomische Erfolg einer aussichtsreichen Innovation hängt entscheidend von einer schnellen Umsetzung ab. Wer als erster am Markt ist, kann die Pioniergewinne einstecken.

Von daher ist die Frage nach den Reaktionszeiten wichtig, die Herr Daxner erwähnte. Wenn ein Unternehmen seine Innovation nicht schnell genug auf den Markt bringt, werden Forschungs- und Entwicklungsausgaben weitestgehend zu Investitionsruinen. Dies bedeutet aber auch Mut zum Risiko und zu verhindern, daß Genehmigungsverfahren in den Behörden endlos in die Länge gezogen werden. Hierzu brauchen wir andere Strukturen in den Entscheidungsprozessen bei der Förderung, Einführung und Ausbreitung von Innovationen, die im Zentrum des 5. Kondratieffs stehen.

Es gibt keine risikofreien Innovationen. Auch die Gesellschaft muß bereit sein, Risiken auf sich zu nehmen, nicht nur der Innovator. Wenn der Zeitfaktor bei den Innovationen ausschlaggebend ist, müssen die Genehmigungsverfahren so gestaltet werden, daß die Innovatoren nicht um die Früchte der Anstrengungen und Risiken gebracht werden. Das Tückische an den Innovationen liegt darin, daß sie jene belohnen, die sie rechtzeitig erkennen und durchsetzen können, während sie jene mit der Entwertung ihres Kapitals bestrafen, die glauben, sie ignorieren zu können.

Lutz

Die Probleme, über die wir hier sprechen, betreffen sicher nicht nur Deutschland, sondern gelten für sämtliche europäischen Länder, auch für die Schweiz, aus der ich komme.

Ist unser System überfordert, mit den neuen Herausforderungen fertig zu werden? Sie werden sich vielleicht daran erinnern, daß vor einigen Jahren die Schweizer Firma Brown Boveri ins Schlingern geriet und daraufhin mit der ASEA zur ABB fusionierte ein wahrer Gigant, der da entstanden war. Dieser Gigant wurde dann jedoch in 5 000 autonome Profitcenters aufgelöst, einschließlich der Stabsabteilungen. Alle diese Profitcenters mußten sich ihren Markt - sei es intern, sei es extern - selber suchen. Aus diesem Beispiel könnten auch andere Bereiche lernen, nicht zuletzt die Politik.

Das ist zumindest eine mögliche Antwort, um auf die Komplexität und die Turbulenzen des Umfeldes zu reagieren. Denn diese neuen Strukturen erhöhen die Anpassungsfähigkeit an ein hochkomplexes Umfeld, das sich sehr schnell verändert. Deshalb hat mir der Ausdruck "Schnelligenz" von Frau Roer sehr gefallen.

Damit ist zugleich der Ansatz zu einer gesellschaftlichen oder politischen Vision gegeben. Wenn wir nämlich nach den möglichen Zielvorstellungen für die Zukunftsfähigkeit fragen, wäre ein wichtiger Punkt, daß jedes System in unserer Gesellschaft - vom Individuum über Unternehmensorganisationen bis hin zur Politik - seine eigene Systemrationalität anstreben kann. Dies wäre Ausdruck rechtverstandener Subsidiarität: Entscheidungen zu treffen soweit unten wie möglich und so hoch oben wie nötig. In einer Gesellschaft, die sich zunehmend individualisiert und in der aus technischen, organisatorischen und kulturellen Gründen Dezentralisierung räumlich und funktional immer mehr möglich wird, bedeutet das eben, daß Entscheidungen immer weiter unten, immer näher beim Individuum, am einzelnen Arbeitsplatz fallen können.

Herr Nefiodow hat von Sinnkrise gesprochen. Sinn erschließt sich nach Niklas Luhmann dadurch, daß der einzelne zwischen verschiedenen Möglichkeiten diejenige sucht, die seiner eigenen Selbstbeschreibung am besten entspricht. Diese Definition läßt sich nun nicht nur für die individuelle Sinnfindung verwenden, sondern auch auf die Ebene der Organisationskultur übertragen, wie Frau Roer gezeigt hat.

Ich habe in diesem Zusammenhang einmal von einem "Lebensunternehmer" gesprochen, ein moderner Mensch, der sein Leben eigenverantwortlich in die Hand nimmt und sich von Zeit zu Zeit fragt: Wie sollte denn mein Lebensweg aussehen, der mir am besten entspricht?

Herr Späth fragte, was ich mir unter dem "kulturellen Zeitalter" vorstelle. Im Zentrum steht dabei die Resonanzfrage: Wir müssen in unseren Unternehmen Produkte oder Dienstleistungen entwickeln, die eine Resonanz zu den Sinnvorstellungen der Kunden herstellen. Eigenschaften wie Funktionalität oder Solidität des Produkts werden heute vorausgesetzt. Was der Konsument zusätzlich erwartet, ist, daß das Produkt der Art, wie er sein Leben gestalten möchte, entspricht. Ähnlich verhält es sich am Arbeitsplatz. Frau Roer sprach von Selbstverwirklichung, Sinn und Spaß, die der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz erwartet. Auch das hat sehr viel mit Resonanz auf die individuellen Vorstellungen von Lebensgestaltung zu tun und erfordert von daher immer maßgeschneidertere Lösungen.

Das geht bis hin zu neuen Entwicklungen in der Raum- und Siedlungsordnung. Stichwort: "glückliche Dörfer", die heute nicht mehr Provinz zu sein brauchen, weil sie ans "global village" angeschlossen sind. Zugleich rücken in ihnen die verschiedenen Arbeits-, Dienstleistungs- und Lebensfunktionen wieder näher zusammen - anders als beim bisher vorherrschenden Prinzip der großräumigen Arbeitsteilung.

Es geht also darum, für den einzelnen überschaubare Verhältnisse herzustellen, die für ihn Ausdruck von Lebensqualität sind. Überschaubarkeit der menschlichen Beziehungen, Naturnähe, maßgeschneiderte Gestaltung des Lebens und so weiter - in diese Richtung gehen die Erwartungen. Auch die politische Partizipation - die direkte Demokratie, wie wir sie aus der Schweiz kennen - ist am besten in überschaubaren Verhältnissen zu realisieren.

Egoismus oder Altruismus war vorhin ein Diskussionspunkt. Beim "Lebensunternehmer" steht im Mittelpunkt sicher die Eigenverantwortung für sein Leben. Aber im Wort Verantwortung steckt das Wort Antwort. Verantwortung tragen heißt somit im Grunde: auf die Erwartungen des Umfeldes, mit dem ich in ständiger Beziehung stehe, zu antworten. Der Gründer unseres Instituts, Gottlieb Duttweiler, hat dafür eine sehr schöne Formel gefunden: Was wir brauchten, sei ein "weitsichtiger Egoismus", der dann dem Altruismus schon sehr nahe komme. Das heißt, in dem Augenblick, in dem man sich selber in einem Beziehungsgeflecht wahrnimmt, löst sich der Widerspruch zwischen Egoismus und Altruismus praktisch auf.

Nun stellte Herr Engert die Frage: Was machen wir mit denen, die nicht mehr mitkommen? Zweifellos stellt die immer komplexer werdende Gesellschaft mit ihrer immer weitergehenden Ausdifferenzierung, mit der Informations- und Optionenflut steigende Anforderungen an die Lebensgestaltung jedes einzelnen. Und es sind immer mehr Menschen, die sich zunehmend überfordert fühlen. Dazu gehören

zum Beispiel Einwanderer, ältere Menschen, die nicht mehr so agil sind, Alleinerziehende, die von der neuen Armut bedroht sind, also lauter "Risikogruppen".

Um eine Ausgrenzung dieser Gruppen zu verhindern, brauchen wir eine komplexe Strategie. Zum einen eine Integrationsstrategie. Es gibt Experimente in englischen Großstädten, wie man junge Leute, die nie eine Schule von innen gesehen haben, in unterhaltsamer Weise mit interaktiven Computern zu bestimmten Formen von Projektarbeit heranziehen kann, und die dabei eine ungeahnte Begeisterung, Motivation und auch Begabung entfalten. Es ist ja nicht so, daß diese Menschen in ihrer Mehrheit dumm sind, sondern die meisten von ihnen hatten nur keine Chance, sich zu entwickeln.

Solche positiven Ansätze reichen natürlich nicht aus. Wir dürfen die Übrigbleibenden in der Zweidrittelgesellschaft schließlich nicht verhungern lassen. Auf der anderen Seite gefährden wir mit unseren sozialen Sicherheitssystemen grundsätzlich die unternehmerische Einstellung. Aus diesem Grund plädiere ich zum Beispiel für die negative Einkommensteuer à la Milton Friedman. Sie bewahrt die Anreize für alle möglichen Erwerbstätigkeiten, und der Staat leistet dabei lediglich die Differenz zwischen dem Einkommensanspruch und dem Selbstverdienten, aber er kommt nicht für den ganzen Sozialanspruch auf. Das würde auch die Falle vermeiden helfen, die Herr Dettling erwähnte, daß der einzelne aus seiner Unterstützungsbedürftigkeit gar nicht mehr herauskommt, sondern sich darin einrichtet.

Späth

Zeiten des Umbruchs - wie wir sie jetzt in Ostdeutschland erleben - setzen immer auch ungeahnte Kreativität frei. Ich will ein Beispiel bringen: In Jena schließt das Theater. Elf fröhliche junge Leute kommen zu mir, um zu überlegen, ob sich nicht etwas Vernünftiges machen läßt. Ergebnis: Die elf haben eine Theater-GmbH gegründet, deren Gesellschafter sie selber sind - bar aller wirtschaftlichen Kenntnisse. Als private Theater-GmbH bekommen sie Zuschüsse - während das öffentliche Theater schließen muß.

Was meinen Sie, wieviel Leben diese Truppe in die Stadt Jena bringt. Die machen auch ein völlig anderes Theater als vorher und andere interessante Dinge. Wenn sie zusätzlich Geld brauchen, veranstalten sie irgendein Jazzkonzert - egal was. Die sind im Grunde Unternehmer geworden aus einer Ecke, in der Sie alles andere vermuten würden, nur nicht eine positive Einstellung zum Unternehmertum. Vermutlich würden die sich auch ganz und gar dagegen verwahren, für Unternehmer gehalten zu werden. Worauf es mir aber ankommt, ist, daß diese jungen Leute unglaublich kreativ unternehmerisch sind.

Krise bedeutet aus meiner Sicht immer auch Chance. Dies sollten wir uns ebenso in dieser Diskussion klarmachen und nicht versuchen, irgendwelche Regeln für die Weiterentwicklung der Gesellschaft festzuschreiben. Vision meint etwas ganz anderes, nämlich einfach einmal zu spinnen, den Mut zu haben, die herkömmliche Denkschemata wegzulegen und statt dessen völlig neu zu denken: Wie könnte denn die deutsche Gesellschaft in Europa von ihren kulturellen Wurzeln her aussehen?

Die eigentliche Frage, um die es geht, lautet nicht: Wie können wir die Menschen verändern, sondern: Wie können wir Systeme schaffen oder sie so umgestalten, daß wir mit den Entwicklungen, die mehr oder weniger zwangsläufig geschehen, möglichst gut fertig werden?

Insofern möchte ich mit Herrn Birg auch nicht über die Bevölkerungsentwicklung streiten; denn ich bin durchaus der Meinung, daß er recht hat mit seinen Berechnungen und Prognosen. Worauf es mir entscheidend ankommt, ist: Wenn wir uns einerseits Entwicklungen gegenübersehen, die stattfinden, ohne daß wir sie ändern können, und wir andererseits eine bestimmte Vorstellung von Gesellschaft und dem Leben der Menschen haben, dann müssen wir entsprechende Strukturen schaffen, die beides zusammenbringen. Aufgabe des Staates ist es, für diese Strukturen zu sorgen, nicht aber über Inhalte nachzudenken.

Das Schlimmste, was uns in der Kulturpolitik passieren kann, ist, wenn der Staat versucht, hier lenkend einzugreifen. Förderung des Theaters kann nur heißen, für die finanzielle Absicherung Sorge zu tragen und sich staatlicherseits keineswegs in die inhaltlichen Angelegenheiten des Theaters einzumischen. Das gleiche gilt fürs Sponsoring durch private Unternehmen. Der Generaldirektor, der über die Zuwendungen befindet, muß nicht selber mitspielen wollen oder daraufdringen, daß die Tochter ein Engagement erhält, weil sie anders nicht zum Theater kommt.

Das heißt, der Staat muß für Freiräume sorgen. Und die Politiker sollten sich aus der Kulturpolitik heraushalten, auch wenn es ihnen total gegen den Strich geht, Gelder zu bewilligen und in der Sache nichts sagen zu dürfen. Eine freie, offene Gesellschaft ist wahnsinnig anstrengend. Deshalb tun sich Politiker auch so schwer damit.

Daxner

Was Sie zur Kulturpolitik sagen, Herr Späth, finde ich durchaus begrüßenswert. Aber mit dem, was ich unter Vision verstehe, hat das gerade nichts zu tun.

Späth

Da besteht gar kein Zusammenhang. Ich habe etwas über Ordnungssysteme gesagt; das hat mit dem Thema Vision nichts zu tun. Mir geht es um Freiräume im ordnungspolitischen Bereich, die offen sind für die Gestaltung der Zukunftsgesellschaft.

Dettling

Ich habe in Ihren Ausführungen auch schon eine Vision gesehen, Herr Späth; daß es Ihnen um eine Gesellschaft geht, in der sich die Menschen entfalten können, und der Staat ihnen dies ermöglicht, ohne sich inhaltlich einzumischen. Das ist gewissermaßen eine kulturell zukunftsfähige Gesellschaft.

Späth

Das ist schon richtig. Aber wenn wir fragen: Wie soll die Gesellschaft aussehen, dann ist das ein Aspekt, der eher mit den Ordnungsformen als mit den Inhalten zusammenhängt.

Wegner

Ich glaube schon, daß die Kultur in all ihren Ausdrucksformen für die Gesellschaft der Zukunft einen Stellenwert bekommt, den wir heute noch kaum erahnen können. Die Kultur bietet den Individuen jenen Freiraum, in dem sie allein entscheiden können, welche Musik sie hören, welche Literatur sie lesen, welche Bilder sie betrachten, in welches Theater sie gehen wollen. Die Bedeutung der Kultur wird zweifellos zunehmen.

Daxner

Ich habe jetzt verschiedene Interpretationen eines Satzes gehört, den ich so nicht gesagt habe. Was ich für wichtig halte, ist, daß wir auch über die andere Seite von Politik diskutieren, die durchaus visionär ist, ohne daß wir den Weg dahin schon kennen. In der Philosophie nennt man das "vom Ende her denken".

Ich will dies einmal in die Frage kleiden: Welche Vorstellungen haben wir denn, wie wir in Zukunft leben wollen, und welche Art von Politik halten wir für notwendig, damit andere Menschen sich überhaupt für bestimmte Lebensformen entscheiden können? Der Toleranzbegriff setzt die Konkurrenz der Lebensformen und Lebensstile geradezu voraus. Toleranz bedeutet eben nicht, daß alle möglichen Positionen nebeneinander bestehen und jeder läßt die anderen in Ruhe, sondern Toleranz -wie übrigens auch Pluralismus - heißt, sich mit dem anderen in harter Konkurrenz auseinanderzusetzen, ohne indes ständig die Wahrheitsfrage zu stellen.

Die Frage ist vielmehr, wie wir mit unseren unterschiedlichen Standpunkten miteinander leben können. Dabei geht es sozusagen um die demokratische Verkehrsordnung, um daraus dann Präferenzen abzuleiten.

Mich würde interessieren, Herr Späth, ob Ihre Vorstellungen vereinbar sind mit einer Konzeption, die es den Menschen freistellt, sich einmal bestimmte Optionen auszumalen - durchaus unter Beachtung von Sitte und Anstand und im Rahmen der Verfassung. Was Sie als "Spinnen" bezeichnen, ist ja sehr schön; aber zu diesem Spinnen gehören Bilder und Metaphern, und es hat auch sehr viel mit Politik zu tun.

Hier geht es letztlich um Wertentscheidungen - so wie in religiösen Zeiten religiöse Visionen dargestellt wurden: Die Vision vom glücklichen Leben war stets die religiöse Alternative zu einer Wirklichkeit, die so nicht mehr gewollt war. Vielleicht sind wir heute von einer solchen Situation gar nicht mehr so weit entfernt.

Späth

Wir reden ein bißchen aneinander vorbei. Wenn wir Präferenzen formulieren, Herr Daxner, beginnen wir sofort wieder bestimmte Werte mit Verbindlichkeit auszustatten. Wer soll denn die Präferenzen festlegen? Mir ist es viel wichtiger, daß wir Optionen für individuelle Entscheidungen offenhalten und es dem einzelnen selber überlassen, sein eigenes Präferenzsystem zu entwickeln. Dafür möchte ich

Freiräume schaffen. Das bedeutet in unserer Individualgesellschaft auch, einen gewissen Egoismus zuzulassen.

Natürlich ist das, was Adam Smith, Alfred Müller-Armack, Walter Eucken postuliert haben, werthaltige Philosophie. Aber ein Kernstück dieser Philosophie ist die Offenheit. Und genau darum geht es mir auch in meinem Theaterbeispiel: Offenheit im System.

Ich würde es für ganz schrecklich halten - und damit komme ich zur Politik zurück;-, seitens der Politik verbindlich zu entscheiden, was die einfachen Leute wollen sollen, welche Präferenzen sie einzugehen haben. Die Eliten bei uns - und auch die Politik - haben allzu leicht die Neigung zu bestimmen: Wenn die Leute sich zu weit von einem bestimmten Präferenzsystem entfernen, gilt die freiheitliche Option nicht mehr; dann müssen wir abgrenzen. Sicher, wir müssen uns gegen kriminelle Tendenzen abgrenzen und auch gegenüber Werthaltungen, die eine andere Gesellschaftsordnung wollen. Aber ansonsten plädiere ich mit aller Entschiedenheit für das Prinzip Offenheit.

Gerade in Zeiten großer Strukturumbrüche, wie wir sie jetzt in unserer Gesellschaft erleben, können wir nicht einerseits feststellen, mit unseren überkommenen Strukturen ist die neue Gesellschaft nicht zu gewinnen, um dann andererseits sofort wieder Strukturen festzulegen, von denen wir meinen, die neue Gesellschaft sei nur so und nicht anders zu schaffen. Wer Regeln ablösen und neue Wege in die Zukunft finden will, der muß vor allem Spielraum für Optionen offen lassen.

Engert

Dann müssen wir aber auch nach den Hemmnissen fragen, die sich der Öffnung von Freiräumen für neue Optionen entgegenstellen. Das erleben Sie heute nicht zuletzt im kulturellen Bereich. Wenn Bühnenarbeiter an einem Theater mitten in einer Generalprobe ihre Arbeit beenden, um - dem Tarifvertrag getreu - nach Hause zu gehen, dann nützt Ihnen die ganze Kreativität nichts mehr. Dann sind Sie blockiert.

Innovation und Kreativität stoßen da ganz hart auf die Realitäten. Immer dann, wenn Sie an Besitzstände heranwollen, um Kreativität und Innovationspotential freizusetzen, stoßen Sie in dieser Gesellschaft aufgeschlossene Abwehr. Besitzstandswahrung ist ein Essential dieser Gesellschaft geworden. Alle gesellschaftlichen Gruppen verteidigen ihre Besitzstände mit Zähnen und Klauen.

Vehse

Ich möchte noch einmal auf das Theaterbeispiel von Herrn Späth zurückkommen: Was wir brauchen, sind in der Tat private Theater-GmbHs, die insofern unternehmerisch denken, als sie für ihre Kunden, also die Theaterbesucher, inszenieren und produzieren. Das Unternehmen Theater sollte in der Zukunft sein Geld selbst verdienen, und der Staat sollte sich darauf beschränken, indirekte Garantien zu geben.

Grossner

Dann bekommen wir nur noch "Cats" und "Phantom der Oper".

Vehse

Mag sein.

Resch

Was die zukunftsfähigen Mentalitäten angeht, unterscheide ich zwischen den organisatorischen Rahmenbedingungen und den Verhaltensweisen der Menschen, die innerhalb dieses Rahmens stattfinden.

Zunächst zum organisatorischen Rahmen. Zukunft, so wurde hier gesagt, ist einerseits das, was auf uns zukommt - gewissermaßen ohne unser Zutun;-, und andererseits das, was wir selbst gestalten, was wir daraus machen. Bestimmte Entwicklungen, sei es in der dritten Welt, sei es im Islam, können wir eben nicht oder kaum beeinflussen.

Aber die Zukunft ist auch geprägt von dem, was wir heute tun, und dafür brauchen wir einen organisatorischen Rahmen - basierend auf einem bestimmten Weltbild;-, der tragfähig sein muß. Was hat sich in dieser Hinsicht in der Geschichte als tragfähig erwiesen? In diesem Jahrhundert waren es im Grunde zwei rivalisierende Organisationsschemata, die wir ausprobiert haben: Zum einen das von

Karl Marx geschaffene Modell einer sozialistischen Ordnung und zum anderen die liberale, soziale Marktwirtschaft.

Der sozialistische Ordnungsrahmen hat es offenkundig nicht geschafft, der Kreativität Raum zu geben, und hat damit nicht zukunftsfähige Mentalitäten ermöglicht. Dies zeigt im übrigen auch, welche Bedeutung dem Welt- und Menschenbild zukommt, auf dem die jeweilige Organisation beruht. Die soziale Marktwirtschaft dagegen hat für Kreativität zweifellos sehr viel bessere Voraussetzungen geboten. Zu ihren Gründungsvätern gehört Adam Smith, der von Haus aus Moralphilosoph war, und aus unserem Jahrhundert erwähne ich nur Walter Eucken, Alfred Müller-Armack, die beide bekennende Christen waren - und übrigens auch in engem Kontakt zu Dietrich Bonhoeffer standen. Oswald von Nell-Breuning darf in diesem Zusammenhang auch nicht vergessen werden. Das heißt, der marktwirtschaftlichen Ordnung liegt ein Weltbild zugrunde, das sich aus geistig-religiösen Quellen speist.

Ein zweiter Ordnungsrahmen in diesem Zusammenhang ist unsere Verfassung, deren Väter - noch ganz unter dem Eindruck des atheistischen Systems des Dritten Reichs Regelungen vorgesehen haben, die eine eindeutige christliche Grundlage aufweisen und diese Grundpfeiler als Ewigkeitsklauseln auch nicht aufgehoben werden sollen. Natürlich ist dieser Verfassungsrahmen nicht völlig starr, sondern hat sich durchaus als anpassungsfähig an veränderte Weltlagen erwiesen.

Neben diesen grundlegenden Rahmenbedingungen gibt es pragmatisch zu ändernde Regeln. So sollte man zweifellos, wie Herr Späth gefordert hat, über unser Wahlsystem nachdenken - ob ein Mehrheitswahlrecht heute nicht geeigneter wäre, den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu entsprechen. Auch wird man überlegen müssen, ob beispielsweise die Gewerkschaften in ihrer heutigen Form nicht eher Schaden stiften, weil sie egoistische Minderheiteninteressen auf Kosten der Gesamtheit verfolgen. Damit will ich in keiner Weise sagen, daß die Gewerkschaften nicht eine wichtige Einrichtung in unserem Wirtschaftssystem sind, sondern frage nur, ob die Regeln des Zusammenspiels nicht überdacht werden müßten. Lohnabschlüsse dürfen zum Beispiel nicht die Arbeitslosigkeit verschärfen. Es gibt also viele Dinge, die in dem gegebenen Organisationsrahmen verändert werden müßten.

Als zweiter Punkt neben den organisatorischen Rahmenbedingungen geht es um die Verhaltensweise der Menschen. Wie steht es also um die Mentalität der einzelnen Menschen? Nichts ist gefährlicher als die Vorstellung, wir könnten den "neuen Menschen" schaffen. Das haben die Sozialisten vergeblich versucht. Aber die Menschen werden von außen geprägt, zum Beispiel durch Informationen, die sie aufnehmen. Inwieweit hat sich die Mentalität der Menschen inzwischen in eine Richtung entwickelt, die den Fundamenten unserer Gesellschaftsordnung nicht mehr entspricht?

Den viel zitierten Wertewandel vermag ich jedenfalls nicht positiv zu sehen. Ich denke nur an die Auflösung der Familie, die eine entscheidende Kraftquelle dieser Gesellschaft ist. Verändert hat sich auch das Arbeitsethos; Pflicht- und Verantwortungsbewußtsein sind gesunken. Auch hinsichtlich der Gewalt würde ich Ihnen teilweise widersprechen, Herr Klages: Die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung ist in unserer Gesellschaft generell niedriger geworden, was außerordentlich gefährlich ist.

Ich meine also, daß wir uns von den Grundlagen unserer abendländischen Kultur, die die Quelle unseres Wohlstandes und unserer Zivilisation sind, weitgehend abgewandt haben. Das heißt, die Ordnungsrahmen unserer Verfassung und unserer Marktwirtschaft stehen immer weniger im Einklang mit dem Bewußtsein eines zunehmenden Teiles der Bevölkerung. Daraus resultiert meines Erachtens die Identitätskrise, die wir heute erleben. Das Bewußtsein der Menschen und der Geist der Verfassung klaffen immer weiter auseinander. Ich erwähne in diesem Zusammenhang nur die Diskussion um den Paragraphen 218. Die Grundlagen unserer Verfassung und unserer marktwirtschaftlichen Ordnung halte ich nach wie vor für richtig und tragfähig. Aber wir stellen sie immer mehr in Frage.

Statt anzuerkennen, daß es eine Wahrheit geben muß - und wahr ist eben, was sich als tragfähig erweist;- , frönen wir inzwischen einem Pluralismus, der verschiedene sich ausschließende Aussagen in ihrer Summe als wahr annimmt. Das plurale Nebeneinander verschiedener Meinungen, aber in dem Bewußtsein, daß es nur eine Wahrheit geben kann, wird somit ad absurdum geführt.

Dettling

Wieviel Fundamentalismus hätten Sie denn gerne?

Resch

Wenn wir darauf verzichten, noch einen bestimmten eindeutigen Standpunkt zu vertreten, lösen wir den Wahrheitsbegriff auf - und sind dann auch nicht mehr toleranzfähig. Im Grunde wird unser ganzes System damit unglaubwürdig. Jede Ordnung jeder Organisationsrahmen setzt ein bestimmtes Welt- und Menschenbild voraus und drückt sich in einer bestimmten Mentalität der Menschen aus, die wiederum ihre Kreativität und ihr Handeln entscheidend prägen, auch in normativer Hinsicht. Hier besteht eine Wechselwirkung, die wir erkennen müssen.

Deshalb frage ich noch einmal: Welches Weltbild ist gerade im Hinblick auf die Zukunftsgestaltung tragfähig? Das schließt dann andere Weltbilder aus. Mit welchem Weltbild können wir in das nächste Jahrhundert gehen? Daran zu arbeiten, ist wichtigste Aufgabe der Vordenker und Eliten in unserer Gesellschaft.

Daxner

"Verantwortung gegen Wahrheit", Herr Resch, da möchte ich entschieden Protest anmelden, ohne dies im Augenblick weiter diskutieren zu können. Zumindest ist das eine radikale Gegenposition zu dem, was Herr Hill ausgeführt hat.

Jann

Über einige Grundprinzipien von Zukunftsfähigkeit ist ein gewisser Konsens in dieser Diskussion zu erkennen. Meine Frage ist daher: Wer sind die Akteure, die diese Prinzipien umsetzen könnten, beziehungsweise: Wer sind die "Schurken", die das verhindern? Wir wollen ja nicht bei moralischen Appellen stehenbleiben, was man alles ändern müßte.

Nun ist hier bereits eine ganze Reihe von Verhinderern namhaft gemacht worden: Zunächst ganz allgemein die Deutschen, dann die Arbeitnehmer, ebenso die/Unternehmer, die Gewerkschaften, auch die Professoren und vor allem natürlich die Politiker. Wenn die Politiker nur handeln würden, wären offenbar die meisten Probleme zu lösen.

Da möchte ich ansetzen und nach der Steuerungsfähigkeit der Politik fragen. Was soll die Politik überhaupt steuern, und vor allem: Was kann sie steuern? Beginnen wir beim Staat oder besser: beim öffentlichen Sektor. Denn der Begriff Staat assoziiert das falsche Bild von einer einheitlichen Struktur, die von irgendwoher zentral gesteuert wird. Wenn die Politik überhaupt etwas gestalten kann, dann müßte sie zunächst den öffentlichen Sektor verändern, "zukunftsfähig" machen.

Nun wird hier gelegentlich der Eindruck erweckt, alles würde sehr viel besser laufen, wenn der öffentliche Sektor, der heute 20 Prozent aller Beschäftigten ausmacht und 40 bis 50 Prozent des Volkseinkommens beansprucht, reduziert würde. Fast sieben Millionen Menschen arbeiten in Deutschland in diesem Bereich. Wenn es statt dessen nur sechs Millionen wären, würde dies unser Problem jedoch nicht lösen. Es geht nicht darum, wie groß der öffentliche Sektor ist, sondern wie er organisiert ist.

Ich möchte mich zunächst gegen die These verwahren, die landauf, landab gängig ist: Der öffentliche Sektor sei - im Vergleich zur Privatwirtschaft - von vornherein unproduktiv. Es ist schon merkwürdig: Wenn uns von der privaten Wirtschaft die 85. Zahnpasta-Sorte mit Cola-Rum-Geschmack präsentiert wird, gilt das als produktiv, während der Sektor, der für die Erziehung unserer Kinder, für eine lebenswerte Umwelt, für die Errichtung der Infrastruktur und dergleichen lebenswichtige Dinge Sorge trägt, allemal für unproduktiv gehalten wird.

Späth

Die Cola-Rum-Zahnpasta verschwindet sofort wieder vom Markt, wenn sie niemand kauft; die Bürokratie ist eine Dauereinrichtung.

Jann

Das ist genau die Frage! Ich möchte jedenfalls daraufhinweisen, daß der öffentliche Sektor produktiver ist, als er gemeinhin gesehen wird. Und meine These ist, daß die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft entscheidend von einem leistungsfähigen öffentlichen Sektor abhängt, den man nicht als "hoffnungslosen Fall" einfach beiseite schieben darf. Ohne einen starken, leistungsfähigen öffentlichen Sektor werden wir nie zukunftsfähig.

In diesem Zusammenhang spielt die Struktur des öffentlichen Bereichs natürlich eine wesentliche Rolle. Selbst die kleineren Bundesländer sind von ihren Beschäftigtenzahlen her im Grunde Riesenkonzerne. Das Land Schleswig-Holstein zum Beispiel hat mehr Beschäftigte als etwa Opel oder

Ford - circa 67.000 - und hat im Grunde mit den gleichen Problemen zu kämpfen wie andere Großkonzerne auch, beispielsweise IBM.

Was waren die Ursachen der Krise bei IBM? Es fehlten dort die Marktsignale; es gab kein richtiges Feedback, und man war allzu selbstsicher und überzeugt von der eigenen Philosophie. Genau das gleiche gilt heute für den öffentlichen Sektor. Im privaten Sektor sorgt der Markt irgendwann für die nötige Korrektur. Wenn man etwa die Liste der 500 größten Unternehmen vom Ende der 50-er Jahre mit der von heute vergleicht, dann tauchen zwei Drittel neue Namen auf; viele sind inzwischen ganz von der Bildfläche verschwunden. Der öffentliche Sektor hingegen verschwindet nicht.

Späth

Er kann auch nicht kleiner werden.

Jann

Das ist gerade die Frage. Warum soll sich der öffentliche Sektor nicht ändern können? Zumindest müssen wir, wenn es um Zukunftsfähigkeit geht, seine Strukturen verändern. Die Mentalitäten haben sich bereits verändert, darauf hat Herr Klages hingewiesen, und es gibt auch genügend kreative Leute, die allerdings, wie Herr Dettling gezeigt hat, häufig nur in der falschen Richtung kreativ sind. Aber die Strukturen geben nicht die richtigen Anreize und befördern geradezu ein falsches Verhalten. Nicht Personen die vielzitierten Beamten;- , sondern Strukturen sind das Problem.

Das heißt, es geht nicht in erster Linie darum, den öffentlichen Sektor unbedingt kleiner zu machen - obwohl das sicher ein willkommener Nebeneffekt wäre;- , sondern er muß vor allem lernfähiger werden. Und dazu bedarf es klarer Signale und Anreize, damit er sich ändert. Er muß sozusagen zur Selbststeuerung befähigt werden und nicht nur darauf warten, daß irgendwelche Signale von außen kommen.

Meine These ist, daß in dieser Hinsicht in Deutschland schon etliches auf dem Wege ist, vor allem auf der Ebene der Kommunen, ein wenig auch auf der Ebene der Länder, während sich beim Bund noch wenig tut. Da die Erfahrung lehrt, daß sich ohne Druck von außen selten etwas ändert - man lernt nur, wenn man muß;- , bleibt zu hoffen, daß die gegenwärtige Finanzkrise nicht zu schnell zu Ende geht. Die erfahrenen Leute im öffentlichen Sektor haben schon so viele Sparorgien erlebt - die ducken sich einfach, und die Sparwelle geht über sie hinweg. Die derzeitige Finanzkrise ist eine notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung für Veränderungen.

Was wir auch benötigen, sind Visionen und politische Führung. Und daran fehlt es. Es gibt keine Politik für den öffentlichen Sektor, keine "Verwaltungspolitik". Man könnte bei uns geradezu von einem "Loch im Zentrum" sprechen. Die Netzwerke in den verschiedenen Politikbereichen - in der Agrar-, Technologie-, Verkehrs- und Sozialpolitik funktionieren ausgezeichnet. Man kennt sich und hat, etwa auch zusammen mit der Wissenschaft, sogenannte "Fachbruderschaften" oder "eiserne Dreiecke" etabliert. Die Zentrale dagegen ist dem, was da ausgekugelt wird, weitgehend ausgeliefert. Ich übertreibe nur ein wenig.

Meine Schlußfolgerungen für die Politik mag Sie überraschen: Ich orientiere mich unter anderem an den erheblichen Änderungen, die unter Ronald Reagan und Margaret Thatcher in Amerika und England erreicht wurden. Zunächst kommt es darauf an, die Politiker gegenüber den Bürokraten zu stärken, damit sie sich gegen die bürokratischen Apparate besser durchsetzen können. Zweitens müssen wir die Zentralen gegenüber den Ressorts stärken, damit sie nicht länger dem ausgeliefert sind, was ihnen aus den festgefügteten Interessen-Netzwerken vorgegeben wird. Drittens müssen wir die Generalisten gegenüber den Spezialisten stärken. Spezialisten sind immer der Meinung, alle anderen hätten von nichts eine Ahnung; nur sie allein könnten beurteilen, was praktisch notwendig und sinnvoll sei. Und schließlich müssen wir verstärkt externe Berater hinzuziehen; denn aus dem Apparat werden die notwendigen Änderungen nicht kommen. Also brauchen wir verstärkte externe Politikberatung.

Was wir für den öffentlichen Sektor aber vor allem brauchen, ist ein Leitbild, wohin er sich entwickeln soll. Ich meine, da ist Präsident Clinton in den USA mit dem Programm des "reinventing government" auf dem richtigen Wege, auch wenn er von vielen kritisiert wird. Wie soll der öffentliche Sektor der Zukunft aussehen? Wie soll er gesteuert werden? Welche Ziele verfolgen wir? Welche Aufgaben hat die Regierung? Welche Werte soll sie verkörpern? Ein solches Leitbild kann aber nur geschaffen werden, wenn die Politik insgesamt gestärkt wird. Mit einer schwachen Politik und einem desolaten öffentlichen Sektor wird es keine zukunftsfähige Gesellschaft geben.

Korte

Ich greife nur die Bemerkung von Herrn Jann auf, man müsse die Politiker stärken. Ich hoffe, das gelingt, insbesondere in den Kommunen. Denn das, was sich an den Rändern der Kommunen entwickelt - Obdachlosigkeit und anderes;- , wird die Gesellschaft sehr belasten. Insofern wäre es in der Tat wichtig, auf die Kommunalpolitiker stärker zu hören.

In diesem Zusammenhang aber doch ein Wort zur allgemeinen Politiker-Beschimpfung, die immer leicht in Szene gesetzt wird. Da frage ich: Wie steht es denn um die Politikfähigkeit der deutschen Unternehmer? Sie können nicht auf der einen Seite beklagen, daß in den Parlamenten lauter Lehrer sitzen, aber gleichzeitig betonen: "Ich will mit der Politik nichts zu tun haben." Entweder Unternehmer engagieren sich stärker in der Politik, oder sie verzichten auf diese Redensarten.

Niethammer

Zwei Anmerkungen: Wenn wir hier nach der Zukunftsfähigkeit fragen, dann ist meines Erachtens bisher zu wenig berücksichtigt worden, welche enormen Anpassungsleistungen die deutsche Wirtschaft - insbesondere im mittelständischen Bereich - in den letzten Jahren bereits vollzogen hat. Die Reaktionsgeschwindigkeit in den Unternehmen ist jedenfalls beachtlich. Insofern bin ich durchaus optimistisch für die Zukunft.

Was die Wirtschaft immer wieder entscheidend behindert, sind vor allem bürokratische Hemmnisse. Und die Staatsquote ist viel zu hoch. Der Staat zieht zu viele Ressourcen an sich, die besser dem privaten Sektor zur freien Verfügung belassen sein sollten.

Gott sei Dank erweist sich die Wirtschaft in vieler Hinsicht bisher als handlungs- und damit zukunftsfähig. Allerdings werden nach meinen Erfahrungen bürokratische Regeln immer weniger zur Kenntnis genommen, nicht nur im Steuerrecht. Das erlebe ich insbesondere in den neuen Bundesländern, wo man sich immer öfter über Vorschriften einfach hinwegsetzt. So habe ich vor kurzem einer Diskussion beigewohnt, in der es um ein Genehmigungsverfahren für den Abriß eines alten Schornsteins ging. Da war der einhellige Tenor: einfach machen; die Bürokratie ist ohnehin nicht in der Lage, das nachzuprüfen.

Das heißt, in der Wirtschaft, in der Gesellschaft beginnen die Menschen von sich aus aktiv zu werden und sich gegen die Bürokratie zur Wehr zu setzen.

Sie sagen, Herr Jann, auf der Ebene der Kommunen gäbe es bereits hoffnungsvolle Rationalisierungsansätze. Ich erlebe genau das Gegenteil: Erst wenn die Kassen absolut leer sind, bewegt sich überhaupt etwas.

Jann

Das ist doch in den Unternehmen nicht anders, die auch nur lernen und sich verändern, wenn sie unbedingt müssen.

Niethammer

Die Unternehmen reagieren nach meinen Erfahrungen wesentlich schneller. Was in der Verwaltung jetzt ganz allmählich an Rationalisierung stattfindet, hat in der Industrie schon vor drei, vier Jahren begonnen.

Zweitens: Einer der gravierendsten Fehler, die wir in den neuen Bundesländern gemacht haben, ist aus meiner Sicht, daß wir einfach unsere westliche Bürokratie übergestülpt haben, statt den Menschen in Ostdeutschland die Chance zu geben, am Aufbau eigener Modelle mitzuwirken. Ich selber habe versucht, den Bundeskanzler in dieser Richtung zu motivieren und neue Beteiligungsformen für die Arbeitnehmer von Ostbetrieben angemahnt. Geschehen ist bisher in dieser Hinsicht leider gar nichts.

Wir können bei uns natürlich das japanische Modell nicht kopieren, das uns Herr Nefiodow eindrucksvoll geschildert hat, zumal sich unser Modell in Mitteleuropa in der Vergangenheit bestens bewährt hat. Ich denke nur an das gute Zusammenwirken der Sozialpartner beim Aufbau unseres Landes in der Nachkriegszeit. Es gibt aber für mich keinen Zweifel, daß wir dringend über neue gesellschaftsrechtliche Strukturen nachdenken und neue Modelle entwickeln müssen, um unsere verhärteten Strukturen aufzubrechen. Ich halte unsere Gesellschaft dafür durchaus noch konsensfähig, und zwar nicht nur im Sinne eines Minimalkonsenses, ohne daß ich dieses wichtige Thema hier vertiefen kann.

Schließlich noch eine Bemerkung zum Thema Ausbildung: Im Mai dieses Jahres hat die IHK Frankfurt eine Berufsbildungsmesse durchgeführt, bei der 90 Handwerks- und Industriebetriebe den Fächer der Ausbildungsmöglichkeiten aufgezeigt haben. Zu dieser Messe wurden insbesondere Schüler, Eltern und Lehrer eingeladen. Während der drei Messetage wurde der Besuch von 40 000 Menschen registriert, und die Jugendlichen haben sich außerordentlich interessiert an den Möglichkeiten beruflicher Ausbildung gezeigt. Mir hat diese Messe bewiesen, daß großes Interesse für die Vielfalt beruflicher Ausbildung vorhanden ist.

Zur Zukunftsfähigkeit unseres Systems gehört aber, daß wir uns mit den jungen Menschen viel mehr in Gespräche einlassen. Ich versuche jetzt darauf hinzuwirken, daß unsere Unternehmer und leitenden Herren der Wirtschaft verstärkt in die Schulen gehen, um mit Lehrern und Schülern über Fragen zu diskutieren, die junge Menschen interessieren.

Hoffmann

Zukunftsfähigkeit bedeutet unter anderem die Fähigkeit einer Gesellschaft, verschiedene Entwürfe offen zu diskutieren. Herr Späth hat uns zum Spinnen aufgefordert. Das mag in einem Kreis wie diesem gerade noch möglich sein. Aber die Erfahrung zeigt, daß in der Öffentlichkeit alle Entwürfe oder Vorstellungen, die nicht der *Communis opinio* entsprechen, sofort stigmatisiert und bestimmten politischen Kategorien zugeordnet werden: links, rechts; rot, schwarz oder braun - wie auch immer. Das heißt, eine offene Diskussion findet im Grunde gar nicht statt, die innovative Kapazitäten freisetzen könnte.

Ich will einmal versuchen, gewisse Dogmen bei uns aufzubrechen. Herr Jagoda sagt zum Beispiel: Das Problem der Arbeitslosigkeit können wir bis zum Ende dieses Jahrhunderts nicht lösen. Ich meine, da könnte man auch ein Gegenzszenario entwickeln. Zunächst einmal wäre aber zu fragen, wie denn die Arbeitslosigkeit in Deutschland im internationalen Vergleich aussieht. Wenn Sie sich die standardisierten OECD-Raten ansehen, stellen Sie fest, daß alle Länder unterschiedliche Berechnungen vornehmen. Im europäischen Vergleich liegen wir jedenfalls eher im unteren Bereich, insbesondere wenn man die kurzfristige konjunkturzyklische Komponente herausrechnet.

Es trifft auch nicht zu, daß die Arbeitsmarktsituation in Amerika wesentlich besser ist als bei uns, wie häufig behauptet wird. Während der gesamten achtziger Jahre lagen wir hier in etwa gleichauf. Das heißt, die in der Öffentlichkeit verbreiteten Informationen sind eher dubios.

Ein weiteres verbreitetes Dogma lautet: Wirtschaftswachstum schafft keine neuen Arbeitsplätze. Welche Informationen liegen uns dazu vor? Das Kieler Institut für Welt-Wirtschaft verlautbart, die Schwelle, von der ab neue Arbeitsplätze geschaffen werden, läge bei einem Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent. Das Ifo-Institut München nennt 1,2 Prozent. Das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln gibt 0,7 Prozent an. Was sollen wir glauben: 0,7, 1,2 oder 1,7 Prozent? Diese Unterschiede sind aber von wesentlicher Bedeutung. Wenn das Institut der Deutschen Wirtschaft recht hätte, könnten wir die Arbeitslosigkeit mit Hilfe des Wirtschaftswachstums jedenfalls erheblich reduzieren.

Schließlich wird behauptet, im Handel mit Osteuropa entstehe uns eine große Konkurrenz, die Arbeitsplätze gefährdet. Nun wissen wir aus der Vergangenheit, daß uns der Handel mit Ländern, die sich auf einem niedrigeren Entwicklungsstand befinden, immer Handelsbilanzüberschüsse und keine Defizite bringt. Das heißt, die Angst vor der großen Konkurrenz ist im Grunde gegenstandslos, weil wir per saldo mehr dorthin liefern werden, als die umgekehrt zu uns.

Zum Thema Dienstleistungen, insbesondere Informationsdienstleistungen, hat Herr Nefiodow deutlich gemacht, welche Dynamik von diesem Segment ausgeht. Die Beschäftigung im Dienstleistungssektor hat mit jedem Konjunkturzyklus kontinuierlich zugenommen, trotz vorübergehender konjunktureller Abschwächungen.

Wenn 1981 oder 1982 jemand gesagt hätte, die Bundesrepublik werde in einem Jahrzehnt noch einmal 3,5 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, wie es tatsächlich geschehen ist, hätte den jedermann für verrückt erklärt. Ich nehme mich da gar nicht aus.

Dabei haben wir das Thema Teilzeitarbeit noch gar nicht richtig diskutiert. Hier gibt es noch einen erheblichen Spielraum, wie Vergleiche etwa mit Holland zeigen, wo der Anteil der Teilzeitarbeit sehr viel höher liegt als bei uns. Da könnten noch eine ganze Menge zusätzlicher Arbeitsplätze entstehen.

Wenn ich die Ausführungen von Herrn Birg zur Bevölkerungsentwicklung in unsere Überlegungen miteinbeziehe, dann bedeutet dies, daß das Arbeitsmarktproblem letztlich nur ein Übergangsproblem ist.

Müller-Groeling

Es sei denn, wir lassen Zuwanderung zu, und zwar nicht, um Lücken im System der Sozialversicherung oder im Arbeitsangebot zu schließen, sondern weil ein starker Einwanderungswunsch besteht.

Hoffmann

Wenn Sie sich die Prognosen, auch aus dem Hause von Herrn Jagoda, ansehen, dann zeigen ebenso alle Zuwanderungsszenarios eine abfallende Tendenz der Bevölkerungsentwicklung schon bald nach der Jahrtausendwende. Die Zuwanderung hat lediglich eine zeitliche Verschiebung zur Folge.

Worum es mir als Schlußfolgerung aus den vorgenannten Beispielen geht, ist: Wir sind allzu leicht geneigt, die Communis opinio zu akzeptieren und zu wenig nach Alternativen Ausschau zu halten.

Das zeigt sich auch bei der unseligen Standortdebatte. Wenn man einmal die Doktrin, die uns von politischer Seite aufgedrängt wird, näher untersucht, bleibt relativ wenig von den Argumenten übrig. Das heißt, es gibt bei uns Dogmatisierungen, die eine offene Diskussion ungemein erschweren und damit auch das innovative Potential für die gesellschaftliche Entwicklung einschränken.

Vehse

Fehlt es uns an wirksamen Steuerungsinstrumenten, um unsere Zukunftsfähigkeit sicherzustellen, wie Herr Späth es zumindest im politischen Bereich befürchtet? Ich denke ja und verweise insoweit auf die Haushaltspläne des Bundes, der Länder und der Gemeinden, die meines Erachtens in erster Linie dem Erhalt des Bestehenden verpflichtet sind.

Zukunftsorientierte Haushaltsplanansätze werden von Finanzministerien und Haushaltspolitikern nur dann akzeptiert, wenn sie von vornherein einen klar erkennbaren und beweisbaren Vorteil in einer Kosten-Nutzen-Analyse aufweisen. Dieses Denken in den traditionellen Parametern eines Haushaltsplanes öffnet keinen Raum für Zukunftsvisionen, wie es sich am Beispiel des Transrapid ebenso zeigen läßt wie an der ständig verzögerten Hochschulreform oder auch an der Debatte über den Umzug von Bonn nach Berlin.

Die Haushaltspläne fördern jedenfalls unsere Zukunftsfähigkeiten nicht, sondern behindern sie. Hier muß schnell ein Umdenkungsprozeß einsetzen. Das gilt auch für die Wirtschaft. Ich meine, der Unternehmer sollte weniger nach Subventionen - und insoweit vorhandenen oder nicht vorhandenen Haushaltsansätzen - schießen, sondern mit mehr Mut zum unternehmerischen Risiko für die Finanzierung von Zukunftsprojekten durch Eigenkapital oder privates Fremdkapital selbst Sorge tragen. Dafür muß er dann natürlich auch seine Gewinnchancen optimieren dürfen, auch wenn Frau Roer meinte, auf Gewinne allein könne es nicht ankommen.

Engert

Herr Späth und Herr Nefiodow sind jetzt zunächst aufgefordert, ein Zwischenresümee zur bisherigen Debatte zu geben. Danach sollten wir uns den europäischen und globalen Aspekten noch ein wenig mehr zuwenden.

Späth

Wenn wir Herrn Nefiodow in den Kondratieff-Zyklen folgen, dann zeichnet sich global eine bestimmte Entwicklung ab, und die Frage ist, welche Rolle die Europäer und die Deutschen dabei spielen. Nun setze ich einmal voraus, daß wir die weltweit ablaufenden Prozesse nur sehr wenig oder gar nicht beeinflussen können, und es spricht auch einiges dafür, daß die Schwerpunkte weltweiter Entwicklungen regional durchaus wechseln. Wahrscheinlich erleben wir jetzt so etwas wie das asiatische Zeitalter. Aber auch während der "europäischen Jahrhunderte" haben immer wieder andere Nationen die Führung übernommen. Es scheint also gewisse Ermüdungserscheinungen zu geben, die dann zu einer Ablösung führen.

Wann immer ich Leute treffe, die in Asien gewesen sind, berichten sie, daß ihnen Europa noch müder vorkommt als vor der Abreise. Um es provozierend zu sagen: Über welches Land in Europa wir auch diskutieren, die Unterschiede sind kaum bemerkenswert - wir tun uns gegenseitig nicht mehr weh, zumal bei der wachsenden Globalisierung der Wechsel in den Führungspositionen der Länder ohnehin viel einfacher ist.

Es ist schon ein Unterschied, ob wir über Teilmärkte oder vom Weltmarkt reden. Das ist jedenfalls die Zukunftsperspektive. Der stärkste Markt wird zugleich auch der offenste sein und den größten Druck

ausüben. Dabei ist die Frage der militärischen Macht inzwischen weitgehend von der ökonomischen und technischen Machtfrage abgelöst worden. Und hier sehen wir, daß sich Führung nicht lange halten läßt; denn die Adaption technischer Erfindungen schreitet sehr schnell voran. Hier findet der eigentliche Wettbewerb statt, ein Wettbewerb der Kreativität, wie der bereits zitierte Servan-Schreiber in einem Essay geschrieben hat. Beim Begriff Kreativität würde ich im übrigen ansetzen, wenn es um Visionen geht.

Europa wird also vermutlich in der Entwicklung ein Stück zurückfallen, weil es ein wenig müde geworden ist. Nach all den dramatischen Ereignissen in diesem Jahrhundert ist unser Kontinent ausgepowert, relativ sicherheitsbedürftig und regelungsstark, fast würde ich sagen, bürokratisch geworden. Er hat sich quasi zur Ruhe gesetzt; jetzt sollen die anderen mal ran, selbst auf die Gefahr hin, daß die dann an uns vorbeiziehen. Ungewöhnlich wäre dies historisch gesehen nicht.

Wenn man einmal diese globale Sicht der Dinge zugrundelegt: Wie könnte da die Vision für Europa aussehen? Dies, so meine ich allerdings, ist nicht in erster Linie eine ökonomische Frage; denn die ökonomischen Prozesse werden sehr global ablaufen und nur geringfügig beeinflussbar sein.

Um es überspitzt zu formulieren: Wer in Deutschland oder in Europa Wirtschaftsminister wird, ist immer unwichtiger, weil in diesem Bereich ohnehin wenig auszurichten ist. Die ökonomischen Prozesse spielen sich sowieso nicht mehr in den Grenzen nationaler Volkswirtschaften ab. Die global players nehmen die nationalen Grenzen gar nicht mehr wahr. Das heißt nicht, daß wir keine Mittelstands-, Innovations- oder Forschungspolitik mehr brauchen - ganz im Gegenteil. Viel wichtiger als der Wirtschaftsminister dürfte indes in Zukunft der Strukturminister sein. Was ich nochmals unterstreiche: Die großen Fragen der Gesellschaft sind in Zukunft nicht die ökonomischen.

Mit anderen Worten: Wer bei uns über eine Vision nachdenkt, sollte seine Überlegungen nicht daran ausrichten, wie die nationalen Volkswirtschaften in Europa oder die europäische Wirtschaft aussehen werden, um dann zu fragen: Wie müssen wir unsere Mentalitäten ändern, um ein optimales Wirtschaftsergebnis zu erzielen? Das ist etwas anderes bei Ländern, die ums Überleben kämpfen, in Afrika etwa; für die hat die Wirtschaft Priorität. In unseren Wohlstandsländern dürfen wir nicht bei der Ökonomie anfangen.

Meine Ausgangsfrage würde lauten: Was sollen wir unter der Qualität des Lebens in dieser neuen Gesellschaft verstehen? Das ist aus meiner Sicht zu allererst eine Frage der Kultur, der Religion, der Ethik, der Moral. Wir müssen aber aufpassen, daß wir nicht zu dem Ergebnis kommen: Letztlich sind die religiösen Wurzeln die eigentlichen Mentalitätshindernisse bei der Optimierung der Volkswirtschaft, um dann daraus zu folgern: Wir brauchen nur die richtige religiöse Einstellung, dann werden wir auch die nötigen Produktionserfolge erzielen - ich provoziere wiederum. Für mich ist vielmehr die Frage: Welche Lebensqualität haben für uns die Errungenschaften des kulturellen Abendlandes, und was leiten wir daraus ab?

Dabei wird der Individualismus zweifellos eine Rolle spielen. Und wenn hier gefragt wurde: Ist Individualismus nicht Egoismus?, dann bin ich durchaus der Meinung, daß ein gesunder Individualismus und Egoismus in einer hochentwickelten Gesellschaft eine große Rolle spielen wird. In welchem Spannungsverhältnis dann Individualismus und Gemeinwohl, Selbstverwirklichung und Gemeinschaft stehen, darüber muß ernsthaft nachgedacht werden, wobei es vornehmlich darauf ankäme, Strukturen zu schaffen, die ein solches Spannungsverhältnis fruchtbar werden lassen. So allerdings wird es nicht ausgespielt: Entweder du bist ein totaler Egoist, oder du stehst stramm, wenn die Gewerkschaft, der Verband, die Partei, die Großorganisation dich ruft und in die Gesellschaft einfügt.

Es wird auch andere Gegensätze geben: Etwa Globalisierung und kleine Einheit. Der Weltbürger von morgen ist ein überzeugter Europäer, zugleich aber ein leidenschaftlicher Oberpfälzer, Bayer oder Schleswig-Holsteiner. Heimatverbundenheit und Weltoffenheit - ein hochinteressantes Gegensatzpaar. Sie müssen nur einmal in Chicago auf das Cannstadter oder Münchner Volksfest gehen; da können Sie wirklich Leidenschaft erleben - bei den Auslandsdeutschen. Dazu ist kein Bayer in München fähig.

Die Menschen werden in dieser globalen Welt auch andauernd unterwegs sein - nicht nur im Urlaub. Von daher wird die Frage nach den Bindungen an zu Hause einen ganz anderen Stellenwert erhalten.

Wird die Informationswelt durch die Kulturwelt abgelöst, wie Herr Lutz angedeutet hat? Wenn die nachindustrielle Gesellschaft zunächst eine Informationsgesellschaft ist, muß sie dann in der weiteren Entwicklung nicht zu einer Kulturgesellschaft werden, weil die Informationsgesellschaft für sich keinen Sinn macht? Wenn etwa die Informationsgesellschaft nur in einer funktionalen Beziehung zur Wirtschaft steht, könnte das eine verdammt arme Gesellschaft sein.

Wie wird die Kulturgesellschaft aussehen? Ich meine, dabei kommt dem Begriff der Kreativität eine Schlüsselrolle zu. Gestaltungsfähigkeit wurde hier erwähnt. Automatisierung und Technisierung geben dem Menschen eine neue Gestaltungsaufgabe auf, damit beides beherrschbar bleibt. Da geht es dann um Phantasie, auch um Neugierde, Offenheit und Toleranz - das alles gehört zur Kreativität.

Daraus leitet sich dann die Frage ab: Welches Bildungs- und Hochschulwesen brauchen wir, um Kreativität freizusetzen? Welche Lernziele setzen wir? Steht noch die Wissensvermittlung im Vordergrund, oder müssen wir uns um die Entwicklung von Menschen bemühen, die die Vielfalt von Technik und Information aufzunehmen und zu verarbeiten in der Lage sind? Müssen von daher unsere Hochschul-, Bildungs- und Weiterbildungssysteme nicht ganz anders aussehen als heute? Es kann sicher kein Bildungssystem sein, das die Menschen mit 25 oder mit 30 endgültig und für immer entläßt, sondern eines, das den Älteren die Chance gibt, sich auch zu einem späteren Zeitpunkt neues Wissen mit anzueignen oder ihre Lebenseinstellung zu überprüfen.

Es ist nicht nur eine Frage der volkswirtschaftlichen Kostenrechnung, ob Sie ältere Menschen frühzeitig in irgendeinen Ruhestand entlassen und dann davon ausgehen, daß sie die letzten Jahrzehnte ihres Lebens in der Unterhaltungsgesellschaft oder im Altersheim verbringen. Welche Angebote muß also die Gesellschaft im Kulturbereich machen?

Die Arbeitswelt wird in jedem Fall global sein. Die Europäer werden sich ihren Platz suchen und sich möglicherweise stärker auf Forschung, Entwicklung, Design, individuelle Verfahren und Produkte und natürlich Dienstleistungen konzentrieren müssen. Produktion wird in Europa nur noch dort stattfinden, wo sie vollautomatisiert abläuft. Die vollautomatische Fabrik können Sie heute schon besichtigen, wenn Sie zu Fanuk gehen, wo Roboter Roboter fabrizieren. Wo tagsüber 3000 Menschen arbeiten, ist nachts niemand mehr. Die Fabrik schaltet nur automatisch ab, wenn sie einen Fehler macht.

Wir werden also technisch in der Lage sein, Maschinen mit Maschinen zu produzieren. Das heißt, der Facharbeiter wird dann keine Rolle mehr spielen; das duale System wird sich überleben - alles Dinge, die aus der heutigen Arbeitswelt stammen.

Wir werden in Europa eine völlig neue Industriestruktur aufbauen müssen. Die Fabrik in der bisherigen Form wird es nicht mehr geben. Sie wird entweder automatisch arbeiten oder aber Labor sein. Wir planen jetzt in Jena eine neue Fabrik. Als man mir den Plan zeigte, war meine erste Reaktion: Das ist doch keine Fabrik! Darauf kam die Antwort: Was wollen Sie noch mit einer Fabrik? Was Sie darin produzieren können, wird in 10 Jahren in Jena keine Chance mehr haben - es sei denn, Sie automatisieren; aber dann muß die Fabrik ebenfalls anders aussehen.

Dann wird die Frage der Selbstbeschäftigung in Zukunft eine immer größere Rolle spielen. Den mittelständischen Handwerker wird es in der jetzigen Form nicht mehr geben. Der wird zum Telebildberater, wo er Ihnen zeigt, wie Sie einen Wasserhahn selber austauschen können. Allenfalls wird er Ihnen den Wasserhahn beschaffen, aber keinesfalls die Montage vornehmen, die kein Mensch mehr bezahlen kann. Das heißt, wir werden eine riesige Hobbygesellschaft bekommen, in der die Menschen sich nicht nur wie heute als Hobby-Landwirte, Weinbauern, Obst- und Gemüsegärtner betätigen, sondern auch lernen, ihr Haus instandzusetzen und derartige Dinge mehr.

Ich überziehe jetzt. Aber wir reden hier ja über Visionen der Gesellschaft in zehn Jahren und nicht über die Fortschreibung bis zum nächsten Wahltag.

Das wird eine grundlegend andere Gesellschaft sein. Sehen Sie sich an, was sich heute schon in den Baumärkten abspielt. Wenn man den Leuten in der ehemaligen DDR 20.000 DM für die Reparatur ihrer eigenen Wohnung gegeben hätte, wäre das Arbeitslosenpotential sichtbar geringer gewesen. Die Leute machen doch mit Begeisterung vieles selber.

Das heißt, die Menschen werden spielerisch das tun, was bisher Pflicht war. Sie werden auswechseln und nicht mehr reparieren und anschließend recyceln, weil jede Neuanschaffung billiger wird als eine Reparatur. Wir werden schon in wenigen Jahren nahezu alles recyceln können. Dadurch werden Wertstoff-Kreisläufe entstehen, die vor allem in Europa entwickelt werden. Darin liegt für uns eine große Chance; denn die anderen Gesellschaften sind in der Frage des Recyclings längst nicht so sensibel wie wir Europäer.

Eine Konsequenz aus diesen Überlegungen ist: So, wie das Wirtschaftswachstum von Energieeinsatz abgekoppelt wurde, wird auch eine Abkoppelung von Wachstum und Beschäftigung stattfinden, und zwar durch die Automatisierung. Dieser Trend wird sich noch verstärken. Dann wird es nicht mehr um 0,7 oder 1,7 Prozent Wirtschaftswachstum gehen, Herr Hoffmann, von wo ab zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, sondern um drei Prozent oder mehr.

Ich wäre übrigens dankbar, wenn ein Institut einmal untersuchen würde, wie sich zum Beispiel Lean Production auswirkt, das in den USA eine erhebliche Entwicklung ausgelöst hat. Der Effekt tritt nur in sehr flexiblen Gesellschaften ein, die mit Billiglöhnen arbeiten können. Da wird die deutsche Beweglichkeit wahrscheinlich zu gering sein.

Auch der Dienstleistungsroboter wird ein Thema werden. Es gibt erste Entwicklungen dieser Art in Amerika, die in Altenheimen und Krankenhäusern bereits erstaunlich gut funktionieren. Ich sage nicht, daß wir uns um einen derartigen Maschinen-Service in Deutschland reißen sollten. Aber wir müssen uns darauf einstellen, daß im Dienstleistungssektor in einigen Bereichen eine gewaltige Automatisierung einsetzen wird.

Ich komme noch einmal auf Herrn Birg zurück; denn seine Darlegungen zur Bevölkerungsentwicklung haben mich doch nachdenklich gemacht. Die Frage ist natürlich berechtigt: Wie alt darf eigentlich eine Gesellschaft sein? Das halte ich in der Tat für ein spannendes Thema. Welche Konsequenzen deuten sich an, wenn das Durchschnittsalter in unserer Gesellschaft weiter steigt? Ich meine, sie kann durchaus ein höheres Alter verkraften; denn Alter ist in vielen Bereichen kein Hinderungsgrund für jede Art von Aktivität, lediglich für bestimmte körperliche Aktivitäten.

Wie wird diese Gesellschaft aussehen? Nehmen wir die europäischen Gesellschaften als Ganzes, dann ist sicher eine Überalterung festzustellen. Wir werden bei der Frage der Zuwanderung wohl recht global denken müssen. Wenn unsere Vision in Richtung einer tolerant-offenen europäischen Gesellschaft geht, wird die Zuwanderung bei uns in Zukunft viel weniger Probleme bringen, als wir sie heute haben. Die Gesellschaft wird auch nicht mehr so verkrampft sein, wie sie es gegenwärtig beim Thema Ausländer und Zuwanderung noch ist.

Dennoch werden wir einen Weg finden müssen, wie wir unsere Werteskala aufrechterhalten können. Wo ist die Grenze der Zuwanderung, wenn unsere Identität nicht ins Schwimmen geraten soll? Diese Frage muß auch unter religiösen und kulturellen Aspekten diskutiert werden.

Eine weitere Frage ist: Wieviel Staat braucht diese Gesellschaft? Und wenn es um Dinge wie Lebenssinn geht: Darf es da überhaupt irgendwelche Vorgaben geben - von wem auch immer? Geht es nicht vielmehr lediglich um Angebote für Optionen? Herr Hill hat in dem Zusammenhang von Simulation der Zukunft gesprochen. Welche Optionen kann es für den einzelnen geben, verbunden mit einer Werteskala? Ich meine, wir müßten in diesem Bereich sehr offen sein.

Bei den Wegen in die Zukunft komme ich zurück auf das, was Herr Dettling gesagt hat: Welche Systeme brauchen wir, um die Wege zu gehen? Darüber haben wir noch zu wenig nachgedacht. Was wir brauchen, sind offene, wandelbare Systeme. Wie schaffen wir die?

Nefiodow

Europa ist schon ein merkwürdiger Kontinent: Wir sind reich, verfügen über sämtliche Rohstoffe, die eine gesunde Volkswirtschaft braucht. Wir haben eine hohe Kaufkraft und genügend Kapital; wenn man mit den Banken spricht, heißt es: Geld ist vorhanden - wo sind die Projekte, in die wir investieren können? Es gibt eine moderne Infrastruktur in Form von Autobahnen, Flugverbindungen, Energie- und Kommunikationsnetzen und so weiter. Wir haben ein ausgebautes Bildungswesen mit zahllosen renommierten Universitäten, angesehene Wissenschaftler, viele Nobelpreisträger. Zudem weisen die verschiedenen europäischen Völker ganz unterschiedliche Begabungen auf. Obwohl in Europa fast alle Voraussetzungen vorhanden sind, um die übergreifenden Probleme der Zeit zu lösen, eskalieren Umweltzerstörung, Unterbeschäftigung, Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Drogenkonsum, Staatsverschuldung und so weiter. Warum gelingt es den Europäern nicht, diese Probleme zu lösen?

Erste Überlegung: Wenden wir einen Blick auf Japan. Das Land war nach dem Zweiten Weltkrieg ebenso zerstört wie Deutschland. Japan ist arm; es hat so gut wie keine Rohstoffe - noch weniger als Deutschland. Es hat keine Marshallplanhilfe bekommen und war 1945 auch technisch-wissenschaftlich gegenüber dem Westen rückständig. Dennoch haben die Japaner es geschafft, unter sehr ungünstigen Startbedingungen in wenigen Jahrzehnten technologisch und ökonomisch an die Weltspitze vorzudringen und eine Reihe von Problemen wie Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Drogenkonsum wesentlich besser zu lösen als wir. Wieso eigentlich? Auch wir haben ja in dieser Zeit nicht geschlafen.

Die üblichen Erklärungen bei uns für die japanische Erfolgsstory lauten: Die Japaner arbeiten mehr, sparen mehr, das Kapital ist billiger, die Regierung schirmt den japanischen Markt ab und anderes mehr. Ich habe mich mit diesen Fragen eingehend beschäftigt und bin zu der Erkenntnis gekommen: Der japanische Erfolg kann nicht mit ökonomischen Kategorien erklärt werden. Der eigentliche Wettbewerb mit Japan findet nicht in erster Linie auf ökonomischer Ebene statt, sondern hinter den

ökonomischen Faktoren stehen kulturelle Kräfte, die im Grunde entscheidend sind. Mit anderen Worten: Zwischen Japan und dem Westen geht es um einen Wettbewerb der Kulturen, der ethischen Systeme.

Eine zweite Überlegung: Menschen sind zweckorientierte Wesen, sie verfolgen stets bestimmte Ziele. In der Wirklichkeit besteht eine Zielhierarchie. Auf einer ersten Ebene richtet sich der einzelne nach seinen persönlichen Zielen. Die zweite Ebene ist die organisatorische: Ein Unternehmen verfolgt bestimmte Ziele. Darunter verstehen wir eine unternehmerische Vision, und die Aufgabe des Managements besteht darin, die Kräfte des Unternehmens auf dieses Ziel auszurichten.

Die dritte Zielebene ist die der Gesellschaft. Und wir können auch noch eine vierte, die globale Ebene konstatieren, wo es etwa um Fragen der Bevölkerungsentwicklung, der weltweiten Umweltproblematik und so weiter geht.

Es läßt sich nun ganz schnell feststellen, daß in der Natur die jeweils höhere Ebene dazu neigt, den unteren Ebenen die eigenen Gesetze aufzuzwingen. Wenn ein Autoreifen einen Hügel hinunterrollt, müssen die Atome und Moleküle, aus denen der Reifen besteht, mitrollen, ob es ihnen paßt oder nicht. Im Nationalsozialismus beispielsweise dominierte die dritte Ebene, das Volk. Dem war die zweite Ebene, die Unternehmen, untergeordnet, und auch die erste Ebene, die einzelnen Individuen, mußten sich an den übergeordneten Zielen ausrichten. Wer da nicht mitspielte, wurde unterdrückt, eingekerkert, getötet. Das heißt, die höhere, die komplexere Ebene, gewissermaßen das übergeordnete System, zwingt seine Systemeigenschaften den Untersystemen auf. Wenn die unteren Ebenen sich verweigern, wird das System instabil, und die Probleme geraten außer Kontrolle. Ich fürchte, wir befinden uns heute in einer solchen Situation. Die verschiedenen Ebenen unserer Gesellschaft arbeiten nicht mehr gut genug zusammen.

Nun meine ich, die japanische Erfolgsstory kann dadurch erklärt werden, daß es in Japan gelungen ist, zwischen den Zielen der Individuen (1. Ebene), den Zielen der Unternehmen (2. Ebene) und den Zielen des Landes (3. Ebene) eine recht gute Harmonie herzustellen, die jedenfalls weniger Reibungsverluste erzeugt, als das im Westen der Fall ist. Aufgrund unserer schlechten Erfahrungen mit dem Faschismus haben wir im Westen nach dem Zweiten Weltkrieg die erste Ebene zu stark betont und uns zu extremen Individualisten und Egoisten entwickelt - mit allen Vor- und Nachteilen. Wenn also der einzelne nur geringe Bereitschaft zeigt, die Ziele seines Unternehmens oder seines Landes zu unterstützen, können die Probleme auf diesen Ebenen nicht gelöst werden.

Zukunftsorientierung würde ich heute, im Zeitalter einer Welt-Gesellschaft, so interpretieren, daß wir Fähigkeiten und Mechanismen entwickeln müssen, die sicherstellen, daß die verschiedenen Ebenen möglichst harmonisch zusammenwirken. In erster Linie kommt es darauf an, die Dominanz des individuellen Egoismus zu überwinden.

Im 5. Kondratieff zum Beispiel stellt die Beherrschung von Information die dominante Größe für die Richtung des Wandels dar. Das hat zur Konsequenz, daß die Ebenen 1 und 2 wesentlich stärker miteinander kooperieren und in ihren Zielen angepaßt werden müssen.

Mit welchen Mitteln und Methoden können wir die verschiedenen Zielebenen besser aufeinander abstimmen? Dafür gibt es verschiedene Modelle.

Zum einen den charismatischen Führer. Er ist in der Lage, seine Leute kraft seiner Person mitzureißen und ihre individuellen, egoistischen Ziele im Interesse des Unternehmens (oder des Landes) zurückzustellen.

Zum anderen gibt es im Abendland die Vorstellung, der Humanismus könnte so etwas leisten. Es ist der Glaube, daß wir mit Hilfe der Vernunft eine einigermaßen harmonische Gesellschaft entwickeln können. Ich sehe allerdings in einem vernunftbetonten Weg letztlich nur eine subtile, verfeinerte, zivilisierte Form des Egoismus, der, genau betrachtet, die 1. Ebene nicht verläßt. Denn auch der Humanist dreht sich im Grunde nur um sich selbst.

Andere Lösungskonzepte in Europa sind religiös inspiriert oder richten sich an religiösen Ersatzformen wie zum Beispiel dem Marxismus aus. Der Sozialismus war ein Versuch, alle vier Ebenen aus einer Ideologie heraus mit Gewalt zusammenzuführen. Das Ergebnis ist bekannt.

Die Religion ist zweifellos eine der wichtigsten Kräfte, um Entartungen des Individualismus zu vermeiden.

Ich erinnere etwa an das Buch Hiob in der Bibel. Sie kennen die Geschichte von Hiob, einem reichen und frommen Hirten, der mit einer großen Familie in Wohlstand und Glück lebt und dann durch eine Reihe von Schicksalsschlägen alles verliert. Er hadert mit Gott, versteht die Welt nicht mehr und fragt

voller Verzweiflung: Warum habe ich alles verloren? Warum bestraft Gott mich? Und der Herrgott antwortet ihm nach einem längeren Schweigen: Wer bist du eigentlich? Wo warst du, als ich das Weltall schuf? Ich denke, mit dieser Antwort wird der Mensch eindringlich daran erinnert, sich nicht zu sehr mit sich und seinen eigenen Interessen zu beschäftigen.

Diese Dimension des Jenseits läßt sich nicht intellektuell ausmachen, sondern die muß man persönlich erfahren. Sie ist unverzichtbar, um Entartungen des Individualismus, des Egoismus zu vermeiden. Natürlich wissen wir auch, wie sehr sich die Religion mißbrauchen läßt. Ich brauche das hier nicht zu vertiefen.

Dritte Grundüberlegung: Mit dem 5. Kondratieff sind wir in das Informationszeitalter eingetreten. Was ist Information? Die Informationstheorie definiert sie ganz allgemein als Beziehung zwischen einem Sender und einem Empfänger. Bezogen auf den Menschen, ist Information Bewußtsein.

Aus der Realivitätstheorie wissen wir, daß Materie eine Erscheinungsform von Energie ist. Und die Erkenntnisse der Quantenphysik weisen darauf hin, daß hinter der Energie wiederum nichtphysikalische Kräfte stehen. Das ist dann die Welt der Information. Wir können vermuten, daß Materie aus Information hervorgeht. Wenn Bewußtsein als Information verstanden wird, dann gehört alles, was wir Kultur, Mentalität, Intuition, Kreativität, Ethos nennen, der Informationswelt an.

Mit anderen Worten: Der Einstieg in das Informationszeitalter bedeutet den Beginn einer Epoche, in der wir lernen müssen, daß es nicht nur darum geht, unsere Denkfähigkeit, unseren Intellekt weiter zu entwickeln und die Materie weiter zu beherrschen.

Vierte Grundüberlegung. Nachdem wir in Europa den 5. Kondratieff weitgehend verpaßt haben, sehe ich wesentlich bessere Chancen für uns im 6. Kondratieff, und zwar aus mehreren Gründen.

Erstens. Japan, unser wichtigster Konkurrent im Wettbewerb der Bewußtseinssysteme, ist dabei, einige gravierende Fehler zu begehen. So diskutiert man dort jetzt über Entlohnung nach Leistung und auch über Entlassungen, was bisher in Japan tabu war. Wenn sich dieser Trend bei den Japanern durchsetzen sollte, sind wir die asiatische Bedrohung wahrscheinlich los. Ein asiatisch-pazifistisches Zeitalter wird es dann kaum mehr geben.

Zweitens. Einer der wichtigsten Kandidaten im 6. Kondratieff ist die Umwelt, ein Markt von heute schon circa 350 Milliarden Dollar. In diesem Markt ist Deutschland sehr gut positioniert und verfügt über ein hervorragendes Know-how, beispielsweise in der Metallverarbeitung, Biochemie, Meß-, Steuer-, Regelungs-, Software- und Systemtechnik. Hinzukommt bei uns eine große gesellschaftliche Akzeptanz des Umweltthemas. Kaum eine Gesellschaft unter den größeren Nationen ist gegenüber Umweltfragen so sensibilisiert wie der deutschsprachige Raum und auch bereit, dafür Geld auszugeben.

Bisher ist es uns allerdings noch nicht hinreichend gelungen, unsere soziale und kommunikative Kompetenz zu entwickeln. Dies dürfte aber eine unabdingbare Voraussetzung sein, um unsere Chancen im 6. Kondratieff effizient wahrnehmen zu können. Vielleicht haben wir uns die ganze Tragweite dieses Erfordernisses noch nicht bewußtgemacht, weil dies bisher von uns auch kulturell nicht eingefordert wurde - es reichte ja, ein erfolgreicher Individualist zu sein.

Wenn wir lernen, die Kreativität, die mit dem Individualismus verbunden ist, auf die höheren Ebenen der Unternehmen und der Gemeinschaft hin auszurichten, werden wir Europäer in der Tat unschlagbar sein. Denn die Japaner beherrschen die erste Ebene nicht. Japaner sind in grundlegenden Fragen nicht kreativ. Die wenigen japanischen Nobelpreisträger, die es gibt, haben ihre Arbeiten im Westen geleistet. Japaner haben große Schwierigkeiten mit der Kreativität, wenn es um mehr als Verbesserungen entlang bekannter Pfade geht. Einige japanische Firmen sind deshalb dabei, sich in der Nähe unserer Forschungseinrichtungen, zum Beispiel bei der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung in St. Augustin anzusiedeln. Auf die Frage: Warum kommt ihr zu uns? lautete die Antwort: Ihr mit Eurer chaotischen Art entwickelt eine Kreativität, die wir bei uns nicht erreichen.

Müller-Groeling

Was Sie über Individualismus und Egoismus sagen, Herr Nefiodow, ist natürlich insofern erstaunlich, als sich die Überlegenheit des marktwirtschaftlichen Systems gerade darin gezeigt hat, daß es gelungen ist, Individualismus und aufgeklärten Egoismus in Unternehmen und Volkswirtschaften zu aktivieren. Insofern habe ich mit Ihrer Erklärung einige Schwierigkeiten.

Mir ist jedoch ein anderer Punkt wichtig. Sie haben das Zusammenwirken der vier verschiedenen Ebenen angesprochen: Haben Sie sich einmal Gedanken darübergemacht, inwieweit der Kondratieff-

Zyklus vielleicht weniger auf technische Basisinnovationen zurückzuführen ist, sondern vielmehr auf sozioökonomische Ursachen? Ihre Ausführungen legen eine solche Deutung jedenfalls sehr nahe.

Ich denke etwa an die Untersuchungen von Hans H. Glismann, Horst Rodemer und Frank Wolter ("Zur Natur der Wachstumsschwäche in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Analyse langer Zyklen wirtschaftlicher Entwicklung." Kieler Diskussionsbeitrag Nr. 55/1978.), denen zufolge es eben keine empirische Evidenz für technisch bedingte Kondratieff-Zyklen gibt, sondern sozioökonomische Faktoren den Ausschlag für die langen Wellen geben. Das heißt, lange Wellen werden nach den empirischen Untersuchungen dieser Autoren durch langfristige Investitionszyklen erklärt, die ihrerseits unter anderem von den Gewinnerwartungen abhängen. Und diese wiederum werden zu wesentlichen Teilen durch zyklische Verzerrungs- und Entzerrungsprozesse bei den Löhnen und beim staatlichen Verbrauch hervorgerufen.

Wenn die Entwicklung über längere Zeit negativ verlaufen ist, wird der Staatsverbrauch gesenkt. Es werden Reformen, Entkrustungen, Kostensenkungen vorgenommen, die à la longue wieder einen Aufschwung bewirken, der dann wiederum nach einer längeren Zeit zu neuen Verkrustungen und Erstarrungen führt.

Dieses Muster kennen wir bereits bei kurzfristigen Konjunkturschwankungen. Die Gesellschaft scheint ein schlechtes Gedächtnis zu haben. Sie verfallt im Abschwung jedesmal von neuem in einen großen Pessimismus, um dann in einen großen Optimismus zu verfallen, wenn es wieder aufwärts geht. Die eigentliche Strukturproblematik, der von Konjunktur zu Konjunktur steigende Sockel der Arbeitslosigkeit, die Finanzierungsprobleme des Sozialversicherungssystems und des Staatshaushalts werden allzusehr wieder vergessen, ja, geleugnet. Daher sind strukturelle Reformen in Zeiten guter Konjunktur so schwer durchzuführen, weil sie dann die gesellschaftliche Einsicht überfordern.

Nefiodow

Ich kenne die Arbeiten von Glismann und Bolte. Daß sie keine Evidenz für technisch bedingte Kondratieff-Zyklen gefunden haben, wundert mich nicht, denn sie haben sich mit der Technik - also mit dem, was den Basisinnovationen zugrunde liegt - gar nicht beschäftigt.

Ich habe in meinem Referat versucht, deutlich zu machen, daß die amtliche Statistik uns heute keinen guten Zugang zum Verständnis der langen Wellen verschafft. In den amtlichen Daten haben wir eine Mischung aus kurzen, mittleren und langen Zyklen, aus nichtzyklischen Branchen und den sogenannten säkularen Trends. Ich meine, es wird kaum gelingen, die Daten so zu handhaben, daß sich der lange Zyklus sauber herausfiltern läßt.

Der lange Zyklus ist kein ökonomisches Phänomen, um es noch einmal ganz deutlich zu sagen; er kann deshalb auch nicht angemessen mit ökonomischen Kategorien verstanden werden. Soweit stimme ich Ihrer Vermutung gerne zu, daß sozioökonomische Ursachen in jedem Kondratieff-Zyklus eine wichtige Rolle spielen - aber eben nicht nur sie. Weder der Kondratieff-Zyklus noch das Bruttoinlandsprodukt sind nur sozioökonomische Phänomene, sondern sie sind auch das Ergebnis anderer Faktoren wie zum Beispiel der materiellen Infrastruktur, den technischen Voraussetzungen, unseres Ethos, unseres Glaubens und so weiter. Das heißt, hinter dem Kondratieff-Zyklus steht letztlich die ganze Gesellschaft.

Müller-Groeling

Das wird doch von niemandem bestritten.

Nefiodow

Das sehe ich anders. Der Kondratieff-Zyklus wurde bisher nicht dort gesucht, wo er stattfindet, nämlich in den technischen, ökonomischen, sozialen, geistigen Veränderungen, die ihn auslösen und prägen, sondern in der amtlichen Statistik. Deswegen ist die bisherige Handhabung der Theorie der langen Wellen nicht ganz zufriedenstellend. Aus diesem Grunde wäre eine Methodendiskussion wichtig und überfällig.

Detting

Mir geht es unter anderem um die Frage, die in Amerika den Kommunitarismus bewegt: Wie ist in einer individualistischen Gesellschaft Gemeinschaftsorientierung möglich? Wie kann unter den Bedingungen der Freiheit die gesellschaftliche Moral aussehen? Insofern habe ich nicht nur ein Interesse, sondern Sympathie für Ihre umfassenden Fragestellungen, Herr Nefiodow.

Wenn Sie jedoch von "entartetem" Individualismus sprechen, dann wird mir unbehaglich zumute - als sei dies für die Wertorientierungen der jungen Menschen in Deutschland die tatsächliche Situation. Ich halte es auch für ein rein mechanistisches Denken, wenn Sie sagen, die höhere Ebene dominiere die jeweils niedrigeren - wie bei einem Rad, das einen Berg hinunterrollt und die Atome und Moleküle zwingt, einfach mitzurollen. Das ist, vorsichtig gesagt, eher ein vordemokratisches Denken, das nicht einmal zu ökonomischem Erfolg führen dürfte.

Der amerikanische Sozialforscher Daniel Yankelovich hat für Präsident Clinton jetzt ein Gutachten vorgelegt, in dem er die Frage untersucht: Wie verändert wirtschaftlicher Erfolg die Gesellschaft? Eine seiner Kernaussagen ist, daß die japanische Gesellschaft vor Problemen steht, die die europäischen Gesellschaften relativ gut bewältigt haben, indem sie in einer historisch wohl einzigartigen Kombination Individualismus und Gemeinschaft zusammengebracht haben.

Statt ständig über den Individualismus zu schimpfen, sollte man sehen, daß wir ganz unterschiedliche Arten von Individualismus antreffen: So gibt es den egoistischen Individualismus, der nur an sich selber denkt, und es gibt den kooperativen Individualismus, wo die Fähigkeiten des einzelnen kooperativ mit anderen für ein gemeinsames Ziel eingesetzt werden. Was man in der Tat kritisch fragen kann, ist: Wo wird in unserer Gesellschaft ein solcher kooperativer Individualismus gelernt und trainiert?

Sie sprechen von oberen und unteren Ebenen. Das Landesgewerbeamt Baden-Württemberg untersucht in einer vergleichenden Studie, was mittelständische Unternehmen in Lyon, Zürich und im Schwäbischen tun, damit Frauen Beruf und Familie verbinden können. Eines der Ergebnisse ist, daß die Unternehmen, die sich darüber Gedanken machen, also die untere Ebene in ihre Überlegungen mit einbeziehen, auch wirtschaftlich erfolgreicher sind. Das heißt, es kann durchaus ökonomisch rational sein, nichtökonomische Faktoren zu berücksichtigen.

Es ist inzwischen in Deutschland chic, gegen den Individualismus zu wettern und so zu tun, als seien wir ein Volk von Egoisten und Hedonisten. Das ist jedoch nachweislich falsch. Das Beispiel, das Herr Späth anführte von seinem jungen schwäbischen Landsmann, der auf dem Weg nach Neuseeland war, läßt sich vielleicht dahingehend verallgemeinern, daß viele junge Leute heute durchaus eine andere Arbeitsmoral haben, die aber keinen Deut schlechter ist als die überkommene. Auf diese neuen Bedürfnisse und Erwartungsstrukturen müssen wir auch gesellschaftlich reagieren. Andernfalls wird bei diesen Leuten so viel an Frustration erzeugt, was sich auch ökonomisch negativ auswirkt.

Eine andere Überlegung ist, ob wir - entsprechend den Basisinnovationen in Technik und Wirtschaft - nicht auch Basisinnovationen in Gesellschaft und Politik brauchen. Unsere politischen und gesellschaftlichen Institutionen stammen letztlich alle aus dem 19. Jahrhundert oder sind noch älter: Universitäten, Parteien, Bildungs- und Sozialeinrichtungen. Sind diese Institutionen eigentlich den heutigen Herausforderungen noch gewachsen?

So diskutieren wir etwa im Sozialbereich lediglich darüber, ob wir ein bißchen weniger oder ein bißchen mehr kürzen müssen, und ob wir es etwas früher oder etwas später tun sollten. Müßten wir nicht statt dessen fragen: Wie müssen diese Systeme organisiert werden, daß nicht immer mehr Menschen am Rande liegenbleiben?

Statt einer negativen Utopie brauchen wir eine positive, wie sie uns Herr Späth hier sehr eindrucksvoll beschrieben hat. Die Verwirklichung der negativen Utopie können wir in einigen Städten Nord- und Südamerikas besichtigen, wo sich der prosperierende zukunftsfähige Teil durch Hunde und Mauern von den Underdogs abschottet.

Wenn wir eine solche Spaltung der Gesellschaft verhindern wollen, müssen wir das System unserer Sozialpolitik grundsätzlich verändern. Das bedeutet dann auch, den Menschen zu helfen, aus der "Sozialstaatsfalle" wieder herauszukommen. Das deutsche Wohlfahrtsregime zeichnet sich unter anderem dadurch aus, daß die Sozialhilfe- und Arbeitslosengeldempfänger besser versorgt sind als irgendwo sonst in der Welt. Zugleich sorgt dieses System aber dafür, daß die, die draußen sind, gründlicher draußen sind als etwa in Amerika oder in Schweden. Warum gibt es bei uns keine Regelung, daß Sozialhilfeempfänger etwas hinzuverdienen dürfen, ohne daß dies zu 100 Prozent konfiskatorisch weggesteuert wird? Die Gewerkschaften sind dagegen, weil sie die Billiglöhne fürchten, und die Neoliberalen sind dagegen, weil sie um den Abstand zwischen Sozialhilfeempfängern und einfachen Arbeitnehmern besorgt sind. So wird aus unterschiedlichen Beweggründen der Status quo zementiert.

Daraus leite ich verschiedene Konsequenzen ab.

Erste Konsequenz für den Sozialstaat: Wir müssen die Rückkehr in die Gesellschaft erleichtern.

Zweite Konsequenz - schlagwortartig gesagt: möglichst wenige Sozialausgaben als Konsum ausbezahlen und möglichst viel in Ausbildung und Beschäftigung, also in die Menschen investieren. Aktive Sozialinvestitionen sind besser als passiver Sozialkonsum. Man kann, wie es zum Teil die Städte machen, Millionenbeträge ausgeben, um Obdachlose in Wohlfahrtshotels unterzubringen. Man kann aber auch Obdachlose dafür gibt es bereits erfolgreiche Modellversuche - selber Häuser bauen und Wohnanrecht erwerben lassen. Da werden die Menschen aktiv und tun etwas, um ihre Situation zu verbessern.

Dritte Konsequenz: Wir müssen im Sozialstaat stärker das Prinzip der Gegenseitigkeit berücksichtigen. Wer in Not kommt, hat Anspruch auf Hilfe durch die Gemeinschaft. Aber jeder, der dazu in der Lage ist, hat die Pflicht, der Gemeinschaft dafür etwas zurückzugeben. Dies halte ich nicht allein deshalb für notwendig, um soziale Ressourcen zu mobilisieren und die Menschen nicht nur mit Sozialleistungen zu betreuen, sondern weil es darum geht, die Akzeptanz von Solidarität in der Gesellschaft zu erhalten. Ein Ergebnis der Studie von Yankelovich ist, daß ohne dieses Prinzip der Gegenseitigkeit in wirtschaftlich rauen Zeiten große Teile der Gesellschaft aus der Solidarität auswandern.

Vierte Konsequenz: Wo immer es möglich ist, Personen und nicht Institutionen fördern. Den Leuten das Geld oder Gutscheine auszuhändigen, damit sie Kaufkraft, Nachfrage ausüben können und endlich ein Wettbewerb im Bereich der sozialen Dienste entsteht. Vereinfacht gesagt: ökonomisches Denken einführen, Leistungsvergleiche ermöglichen, Kostenbewußtsein fördern. Niemand kann heute erklären, warum bestimmte soziale Dienste im Stadtteil A mehr kosten als in B.

Es geht also darum, die Dinge anders zu organisieren, ökonomisches Denken in die Sozialpolitik einzuführen, um mehr soziale Qualität für das gleiche oder weniger Geld zu erhalten. Wenn wir das System dagegen unverändert lassen, sind finanzielle und soziale Katastrophen unvermeidlich, die wir dann auch mit viel Geld nicht mehr lösen können.

Im Bildungswesen beispielsweise habe ich nie verstanden, warum sich Kultusminister und Länder in diesem Kartell der Unbeweglichkeit, genannt Kultusministerkonferenz, gefangen halten. Warum reagieren wir auf Krisen und Engpässe an den Hochschulen immer nur bürokratisch mit Geboten und Verboten, statt ein System zu schaffen, in dem sich die Universitäten um die Studenten bemühen müssen? Wir sollten uns weniger den Kopf darüber zerbrechen, wie lange die Studenten an der Universität verweilen, sondern wie lange sie der Staat bezahlt und ihnen seine Einrichtungen kostenlos zur Verfügung stellt. Milton Friedman und andere haben schon vor langer Zeit ein wettbewerbliches System vorgeschlagen, wo sich die Universitäten um die Studenten kümmern, wo Leistungsvergleiche möglich und vorhanden sind. Ich meine, eine zukunftsfähige Gesellschaft kann sich dieses bürokratische und uncreative Hochschulsystem nicht länger leisten.

Politik und Parteien: Ich bin in der Tat der Meinung, daß unsere Parteiendemokratie an ihre Grenzen stößt. Rainer Lepsius hat schon in den 60er Jahren festgestellt, daß das damalige Parteiensystem im Grunde die Gesellschaft des Bismarckreiches widerspiegelte und deshalb Modernisierung und Zukunftsfähigkeit verhinderte. Hier brauchten wir also eine Art Basisinnovation. Die Zeit ist reif, einmal sehr grundsätzlich über institutionelle Alternativen zu unserer real existierenden Demokratie zu diskutieren.

Das heißt nicht, die Demokratie abschaffen zu wollen. Aber wir sollten uns fragen, ob uns zum Beispiel das Schweizer Modell weiterhilft, wo gewissermaßen alle Bürger an der Regierung beteiligt sind und unnütze Streitereien und Reibungsverluste eher vermieden werden, aber vielleicht auch nicht genügend Wettbewerb und Innovation stattfindet. Wie steht es mit dem korporatistischen Modell Österreichs oder mit dem präsidentialen System der US A? Oder ist es - wozu ich neige - nicht vernünftiger, unsere parlamentarische Demokratie zu reformieren, beispielsweise durch das Mehrheitswahlrecht und die Begrenzung der Wiederwahlmöglichkeiten?

Das wären zwei solcher Basisinnovationen, die sehr viel verändern würden. Die Alternative wäre eine Art Berlusconi-Modell, also eine Mischung aus Technokratie, Stimmungs- und Fernsehdemokratie. Auch darüber kann man reden, obwohl ich von diesem Modell keineswegs sehr angetan wäre. Die Frage ist, welche Art von Demokratie angesichts der realen Probleme zukunftsfähiger ist.

Klages

Ich sehe die Gefahr, daß wir mit unserer Individualismuskritik auf die falsche Fährte geraten. Eine realistischere Einschätzung der mit dem anwachsenden Individualismus in Erscheinung tretenden Probleme und Chancen ist, wie ich meine, für unser gesellschaftliches Selbstverständnis von einer grundlegenden Bedeutung. Ich will versuchen, hierzu einige Fakten beizutragen.

So zeigen umfangreiche Untersuchungen in der Arbeitswelt, worauf die Menschen heute bei ihrer Arbeit - insbesondere dort, wo der "Wertewandel" eingeschlagen hat besonderen Wert legen: auf eine interessante und verantwortungsvolle Tätigkeit, die als sinnvoll und persönlich herausfordernd erlebt wird (wobei "Sinn" bedeutet, daß die Tätigkeit in erkennbarerweise für das Unternehmen oder für die Behörde von Bedeutung ist, das heißt, Anerkennung findet).

Das Entscheidende ist, daß es sich hierbei um sogenannte "intrinsische" Tätigkeitswünsche handelt, deren Befriedigung, nach den Erkenntnissen der Psychologen, unmittelbar Leistungsmotivation freisetzt. Die hieraus ableitbare einfache Formel lautet: Je mehr den eigenen Vorstellungen der Menschen über eine attraktive Tätigkeit entsprochen wird, desto größer wird auch ihre Leistungsbereitschaft sein.

Interessanterweise ist die Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit gegenwärtig gerade bei den leistungsmotivationsträchtigen Tätigkeitswünschen aber noch am allergrößten. Mit anderen Worten, die Arbeitgeber und Dienstherren sperren sich irrationalerweise genau an demjenigen Punkt, an welchem maximale Veränderungserträge erzielbar wären, gegen Innovationen, obwohl sie in abstracto ständig vom Mitarbeiter als dem wesentlichen Erfolgsfaktor reden.

Angesichts dieser Erkenntnis ist zu fragen: Welche konkreten Veränderungen müssen wir in unserer Arbeitswelt vornehmen, um dem Individualismus produktiv- und nicht nur ängstlich verklemmt und defensiv - zu begegnen?

Dazu gehört beispielsweise das Öffnen von Handlungsspielräumen, die Delegation von Verantwortung, die Schaffung einer Kultur des Vertrauens anstelle des heute noch vorherrschenden Mißtrauens, die Organisation der Zusammenarbeit derart, daß die in den Menschen schlummernden Bereitschaften spontaner gruppenförmiger Solidarisierungen geweckt werden und Handlungsziele als individuelle Erfolgsziele wahrgenommen werden können. Dazu gehört, mit einem Wort, die Schaffung von Möglichkeiten der Selbstverwirklichung in institutionellen Kontexten.

Hill

Ich möchte fünf Stichworte oder Bausteine für den Weg in die Zukunft benennen und zwei Anmerkungen zu den Ausführungen von Herrn Späth und Herrn Nefiodow machen.

Zunächst eine Vorbemerkung: Es geht um den inneren Wandel unserer Gesellschaften, und es ist sicher richtig, wenn gesagt wird, wir seien zwar zukunfts-fähig, aber nicht zukunfts-willig. Es ist in der Tat bezeichnend, daß es bei uns viele Ämter für Denkmalschutz, aber kein Amt für Zukunftsfragen gibt. Der innere Wandel der Gesellschaft scheint mir also das zentrale Thema zu sein.

Erstes Stichwort: Qualifikation. Es wurde mehrfach deutlich, die Zukunft wird von Menschen gemacht, und es ist ganz wichtig, die Menschen entsprechend zu bilden, auszubilden, weiterzubilden, vielleicht auch zu erziehen, vor allem aber zu qualifizieren für die Herausforderungen der Zukunft.

Das zweite Stichwort: Innovation, und zwar am Ort der Produktion, im Kontakt mit dem Kunden. Die Notwendigkeit der Dezentralisierung hin zum Ort der Produktion zeigt sich meiner Meinung nach sowohl beim Staat als auch bei der Wirtschaft immer deutlicher.

Die Chaostheorie etwa belegt mit der fraktalen Organisation, daß im Schnittpunkt mit dem Kunden die wesentlichen Innovationen entstehen. Herr Lutz hat in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Interaktion betont, auch im Sinne von Resonanz, das heißt, die Bedürfnisse des Kunden herausfühlen. Das gleiche gilt für das Verhältnis des Staates zu seinen Bürgern. Es geht um Resonanz, nicht um Akzeptanz. Letztere impliziert, daß eine Entscheidung bereits getroffen wurde und die anderen sie zu akzeptieren haben. Resonanz dagegen führt zur Innovation.

Drittes Stichwort: Wettbewerb der Ideen. Die Zeit der allgemeinen Normen, Regeln, Standards, Vorgaben ist vorbei, weil sie angesichts der Schnelligkeit von Veränderungen rasch veralten. Wir brauchen einen Wettbewerb der Ideen; wir brauchen ein Verfahren à la "best practice". Hier hat Europa einiges zu bieten. Etwa im modernen Umweltschutzrecht. Das setzt ein Denken voraus, das im angelsächsischen Bereich stark verankert ist, wo man sozusagen eine Benchmark setzt, und der nächste versucht, diese zu verbessern. So entstehen Innovationen.

Viertes Stichwort: Partnerschaft. Es wurde mehrfach deutlich, daß einer allein die Herausforderungen der Zukunft nicht bewältigen kann. So brauchen wir eine Partnerschaft zwischen öffentlichem und privatem Handeln, zwischen Staat und Bürger. Wir brauchen eine Partnerschaft über die Landesgrenzen hinweg, um gemeinsam zu versuchen, die Probleme zu lösen. Dazu gehört auch, was Herr Korte forderte, die verschiedenen Talente und Disziplinen zusammenzubringen. Herr Berth,

Leiter der Kienbaum-Akademie nennt das: management by complement, das heißt, die verschiedenen Talente komplementär zusammenzufügen, um zu versuchen, die Probleme partnerschaftlich zu lösen.

Fünftes Stich wort: Virtualität. Es ist viel die Rede von virtueller Organisation, von der virtual reality, von virtuellen Unternehmen. Das heißt, die einzelnen Elemente werden projektorientiert miteinander verknüpft - auf Zeit, nicht für die Ewigkeit. Das bedeutet, Ressourcen vorzuhalten je nach Bedarf, entsprechend dem jeweiligen Projekt, virtuell Talente miteinander zu verknüpfen.

Dann eine Anmerkung zu Herrn Späth. Bei ihm wurde deutlich - Herr Dettling hat diesen Gedanken ebenfalls unterstützt;- , daß wir die kleinen Lebenskreise stärken müssen. Hier könnte man auch das Stichwort Subsidiarität bringen. In den kleinen Lebenskreisen werden soziale Innovationen geschaffen. Da sehe ich enorme Entwicklungsmöglichkeiten in dem sogenannten dritten Sektor, der Nachbarschafts- und Kooperationsringe. Das führt nicht nur zu einer Entlastung des Staates, sondern trägt vor allem zur Identifikation der Menschen mit ihren Aufgaben und damit zur Sinnstiftung bei, ein ganz wesentliches Anliegen für die Zukunft.

Bei Herrn Nefiodow komme ich mit dem Vergleich vom Rad und den Molekülen nicht klar- Herr Dettling hat das auch schon kritisiert- und der Schlußfolgerung: Das höhere System dominiere das niedere. Was heißt hier Dominanz? Denn in anderer Hinsicht wirken die kleinen Elemente, der Mikrokosmos, wieder zurück auf den Makrokosmos.

Ich habe auch etwas Probleme mit dem Sender-Empfänger-Modell. Soweit ich die neuere Kommunikationswissenschaft übersehe, vor allem den Konstruktivismus, kommt man von dem Sender-Empfänger-Modell ab und geht stärker auf Rückkoppelungsschleifen. Das gleiche könnte man im Bereich der Organisation an dem Theorem von Chandler: Structure follow s strategy ausmachen. Es ist keineswegs mehr so, daß die Strategie die Struktur bestimmt. Umgekehrt, die Struktur, die Art beziehungsweise die Möglichkeiten zur Welterkenntnis, bestimmen die Strategie.

Ich denke also, wir sollten von diesem Denken, die höhere Ebene dominiere die niedere, wegkommen. Auch die niedere Ebene spielt für die höhere eine Rolle. Hier taugt vielleicht der Begriff der Polarität von Jean Gebser besser. Es bestehen Beziehungen in einer Art Gegenstromverfahren. Man erhält gegenseitig Anregungen und gelangt gemeinsam auf eine höhere Stufe der Integration. Das wäre mein Alternativmodell.

Birg

Mir hat die Vorstellung von Herr Nefiodow sehr zugesagt, daß die Basisinnovationen nicht immer nur auf technisch-naturwissenschaftlichem Gebiet liegen, sondern auch im Bereich der Kultur. Dabei fällt auf, daß wir Kultur meist nur von einer bestimmten Basis aus diskutieren, nämlich fast ausschließlich auf der Grundlage des Christentums - Herr Nefiodow hat Hiob zitiert. Nun verliert aber das Christentum nicht nur in unseren Ländern an Einfluß - kirchliche Kennziffern belegen dies;- , sondern auch im globalen Maßstab, schon allein deshalb, weil der prozentuale Anteil der Menschen, die Christen sind, infolge des Bevölkerungswachstums in den vorwiegend nichtchristlichen Entwicklungsländern weltweit stark sinkt.

Wenn wir also nach der Zukunftsfähigkeit im globalen Sinne fragen, gehören die Religionen mit zum Thema. Dabei ist die Frage offen, ob sich die großen Weltkulturen und Weltreligionen in der Tendenz auf eine Konvergenz zubewegen, sich also den globalen Zukunftsproblemen - Bevölkerung, Ernährung, Umwelt, Energie, Technologie, Klima und so weiter - gemeinsam stellen oder ob das nicht erwartet werden kann, weil sie in Lebenssituationen entstanden sind, deren Probleme ganz andere waren als die heutigen und die künftigen.

Von daher halte ich die Abwertung des Humanismus, den ich bei Herrn Nefiodow wahrgenommen habe, für unglücklich. Wenn überhaupt ein Konsens im Hinblick auf die Zukunftsprobleme der Menschheit denkbar ist, dann ist dieser nicht von den Weltreligionen her zu erwarten, sondern eher von den Menschenrechten und den humanistischen Idealen, auf denen sie beruhen.

Hier sehe ich im übrigen auch die entscheidende Basisinnovation, die unsere Kultur geleistet hat. Die Idee der Menschenrechte ist in Europa, in der abendländischen Kultur entstanden. Wir sind vor allem deshalb zukunftsfähig, weil wir kulturell eine gute Basis haben, und nicht nur, weil der Anteil gut ausgebildeter Ingenieure und Betriebswirte in unserem Land hoch ist. Wenn das, was man globale Umweltkrise nennt, überhaupt lösbar ist - woran viele zweifeln;- , dann auf der Grundlage der Werte der abendländischen Kultur und nicht auf der eines hedonistischen Hinduismus oder des ursprünglichen Buddhismus, für den die Nöte der Menschen im Diesseits ohnehin nur von zweitrangiger Bedeutung sind.

Hoffmann

Herr Späth hat die These vertreten, daß wir bei der Beschäftigung - ähnlich wie seit den siebziger Jahren bei der Energie - weltweite Abkoppelungstendenzen in bezug auf das Wirtschaftswachstum erleben werden. Das erinnert mich ein wenig an die sogenannte Theorie des demographischen Übergangs, die wir aus der Bevölkerungswissenschaft kennen. Das heißt, eine Gesellschaft entwickelt sich von einer stationären Bevölkerung über eine starke Wachstumsphase wieder zu einem stationären Zustand.

Für mich als Ökonomen stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob nicht auch die Phase der zunehmenden Arbeitsteilung möglicherweise nur ein Übergangsphänomen ist. Wir gehen bisher davon aus, daß sich die Arbeitsteilung permanent weiterentwickelt und dies letztlich die Quelle unseres wachsenden Wohlstandes ist. Diese Vorstellung müßten wir korrigieren, wenn das Wachstum des Sozialprodukts nicht mehr gleichlaufend mit einem Anstieg der Beschäftigung verbunden ist (was im übrigen nichts über das Arbeitsvolumen aussagt). Das könnte in der Tat der Fall sein.

Aber wie weit kann dieser Abkoppelungsprozeß gehen, und welche Konsequenzen wird dies haben? Tut sich dann gewissermaßen ein zweiter Arbeitsmarkt im Freizeitbereich auf, wie Herr Späth angedeutet hat? Mit anderen Worten - Herr Späth hat das Beispiel gegeben: Gehen die Leute in den Baumarkt, um sich die Einzelteile für ein Haus zusammenzuholen, das sie dann selber aufbauen?

Wegner

In Österreich wird das schon gemacht.

Hoffmann

Das würde zur Folge haben, daß bei uns ganze Branchen verschwinden und sich in den nichtmarktmäßigen Arbeitsbereich verlagern werden. Wie steht es dann mit unserem Sozialprodukt, das diesen Bereich ebenfalls mit erfassen müßte? In dem Falle stimmen auch unsere Zahlen zum Arbeitsinput nicht mehr; denn wir messen nur das, was über den Markt läuft.

Dieses Phänomen kennen wir aus der Entwicklungsökonomie. In Entwicklungsländern werden viele Aktivitäten in der Subsistenzwirtschaft getätigt, die in der Marktwirtschaft über den Markt laufen. Diese werden nicht zum Sozialprodukt gerechnet. Deshalb werden Produktion und Einkommen in den Entwicklungsländern immerzu niedrig geschätzt.

Worauf ich hinaus will, ist, daß wir möglicherweise vor einer Situation stehen, wo wir mit fundamentalen Veränderungen unserer arbeitsteiligen Gesellschaften zu rechnen haben. Darüber müßte eingehend nachgedacht werden. In dem Falle müßten wir beispielsweise auch unsere Statistik völlig umstellen.

Müller-Groeling

Aber Herr Hoffmann, durch unser Steuersystem provozieren wir doch nachgerade, daß die Leute auf den vierten Sektor ausweichen. Das ist weitgehend selbstgemacht.

Hoffmann

Nein. Das ist wieder die Argumentation: Es wird zwar gemacht, aber wir wollen das eigentlich nicht.

Müller-Groeling

Ich habe überhaupt nichts dagegen. Aber wir müssen erkennen, daß wir das Auswandern aus dem Markt, die Rückführung der Arbeitsteilung, durch unser Steuersystem selbst induzieren. Man braucht doch nur nachzurechnen, wieviel man brutto verdienen muß, um zum Beispiel eine Malerstunde zu bezahlen.

Hoffmann

Wir fordern es dadurch; aber auf lange Sicht dürfte dies eine Marginalerscheinung sein. Die Kräfte, die ich im Auge habe und die aus dem Marktgeschehen herausdrängen, gehen weit über das hinaus, was durch die Steuer veranlaßt wird.

Roer

Was Herr Klages sagt, kann ich aus der Sicht meines Betriebes voll unterstreichen: Es ist bei den Menschen so viel an Motivation, Flexibilität und Veränderungsbereitschaft vorhanden, daß sie durchaus ihre Denkweisen verändern, wenn man sich nur ernsthaft darum bemüht. Das kann man allerdings nicht befehlen oder anordnen, sondern es bedarf der Pflege und der Zuwendung. Dann entsteht in einer Art Rückkoppelungsschleife tatsächlich so etwas wie Begeisterung für das Neue. Das muß im Betrieb vielfältig unterstützt werden, womit ich mir auch redlich Mühe gebe. Dies hat zugleich einen Multiplikatoreffekt. Denn meine hundert Leute vermitteln dieses Denken in ihrem privaten Umfeld weiter.

Wenn nun die Welt so global wird und sich unsere Köpfe damit auch kulturell auseinandersetzen müssen - ob mit anderen Religionen oder anderen Überzeugungen;- , muß ich auch dort wiederum bei mir selbst anfangen. In unserem Betrieb werden gegenwärtig zehn Sprachen gesprochen. Auf diese Weise ist es uns möglich - auf unterschiedlichen Ebenen, je nach der Qualifikation der Mitarbeiter;- , ohne Ängste an den globalen Prozeß heranzugehen.

Wie sieht meine Wunschliste aus aufgrund der vielen Impulse, die ich während der zwei Tage hier aufgenommen habe? Wenn etwa Offenheit und Kreativität das Ziel sind, wünschte ich mir vom Gesetzgeber einen starken Kreativitätsschutz - sprich: Patentrechte;- , damit auch im internationalen Bereich die Kreativität, die sich dort entfaltet, ihre Prämien verdienen kann.

Zweitens wünsche ich mir ein viel liberaleres Wettbewerbsrecht. Ich halte die Menschen für entscheidungsfähig, und deswegen müssen wir sie nicht ständig bevormunden, nach dem Motto: Wenn das Rabattgesetz fällt, werden Basarmethoden die Folge sein.

Drittens wünsche ich mir eine Transparenz zur Behördenwelt. Ich stelle mir das in meiner Phantasie so vor, daß man Datenbanken schafft, mit deren Hilfe man mit dem Arbeitsamt oder mit dem Finanzamt sehr viel einfacher als heute kommunizieren kann, statt mit den unglaublichen Behördenapparaten konfrontiert zu sein, die ungeheure Verwaltungskosten verursachen und die wir in dieser Form gar nicht brauchen.

Viertens wünsche ich mir größere Einflußnahme auf die Politik, und zwar wiederum ganz praktisch, nämlich unter Inanspruchnahme der Informationsgesellschaft. Ich möchte also bei meinem Fernsehgerät auf einen Knopfdrücken und direkt meine Meinung und meine Befindlichkeit kundtun, statt daß dies lediglich über Meinungsforschungsinstitute vermittelt wird.

Schließlich wünsche ich mir fünftens eine Steuergesetzgebung, die Erfolg honoriert. Das heißt, ich möchte einen Steuerbonus für die Erfolgreichen. Ich akzeptiere - aus sozialen Gründen;- , daß ich mich derzeit in der höchsten Steuerklasse befinde. Was ich nicht verstehe, ist: Wer einen Mißerfolg produziert, greift ins Staatssäckel und versucht über Strukturfonds oder sonstwie die unvermeidliche Pleite abzuwenden. Ich wünschte mir, daß mir mal jemand auf die Schulter klopf und sagt: "Du machst Deine Sache gut." Es wäre gut für unsere Gesellschaft, wenn ein Klima gefordert würde, in dem Kreativität, Offenheit und Zukunftszuversicht gedeihen können. Dann wird es uns auch wieder gutgehen.

Resch

In verschiedenen Beiträgen ist die Bedeutung der Religiosität als ein wichtiger Faktor für die Gestaltung der zukünftigen Gesellschaft angesprochen worden. Das hat auch Bezug zum Thema Sinnkrise. Herr Nefiodow hat Hiob zitiert, aber einen wichtigen Satz unterschlagen. Als Gott zu Hiob spricht: Wo warst Du, als ich die Welt schuf? antwortet Hiob: Lehre mich. Das heißt, wir benötigen eine verstärkte Information.

Aber welcher Weg ist für uns der richtige, und zwar für jeden Menschen ganz persönlich? Dies kann nicht von Staats wegen verordnet werden. Wir haben in Europa den ungeheuren Vorzug, frei wählen zu können - aber es gibt sich ausschließende Wahrheiten. Eine Konvergenz, wie sie Herr Birg erhofft, ist dann unmöglich, wenn sie von völlig verschiedenen Wahrheiten ausgeht. Auch eine Konvergenz zwischen Ost und West, von der in den sechziger und siebziger Jahren verschiedentlich die Rede war, hat sich letztlich als undurchführbar erwiesen.

"Lehre mich" heißt also: Zeige mir die Wahrheit - also das, was tragfähig ist;- , für die ich mich dann frei entscheiden muß, um sie zu erleben und in die Praxis umzusetzen.

Wahl

Herr Späth nannte Lebensqualität als vorrangiges gesellschaftliches Ziel. Meine Frage ist: Wie definieren wir Lebensqualität im Hinblick auf die Zukunft? Bisher lautete die gängige Definition:

materielle und immaterielle Entgrenzung. Im materiellen Bereich streben wir nach wie vor nach Wirtschaftswachstum, das die unbegrenzte Befriedigung unserer Bedürfnisse ermöglichen soll. Auch diese Diskussion hat gezeigt: Wir hoffen, unsere Probleme durch die Erschließung neuer Märkte zu lösen, statt durch Bewußtseins- und Verhaltensänderungen. Das Beispiel des jungen Mannes, der seine selbstverdienten 60.000 DM in Neuseeland verleben will, das Herr Späth erwähnte, ist sicherlich für die Mehrheit der Bevölkerung nicht repräsentativ.

Späth

Das habe ich auch nicht behauptet - dann würde Neuseeland überlaufen, und wir hätten ein neues Problem.

Wahl

Die Mehrheit der Bevölkerung hat ihr Verhalten bisher nicht verändert. Sie will genießen und sich nicht mehr anstrengen als nötig. Dies gilt auch für die jüngere Generation.

Im immateriellen Bereich zeigt sich die Entgrenzung in der herrschenden Ideologie des Individualismus, das heißt in dem Streben nach der totalen Entpflichtung des einzelnen. Ich sehe in diesem Trend deutlich höhere gesellschaftliche Risiken als Herr Dettling. Übrigens wird die Informationsgesellschaft die Individualisierung der Bevölkerung noch weiter vorantreiben.

Dettling

Das haben wir bei der Erfindung des Radios auch gesagt.

Wahl

Das Radio hat natürlich zur weiteren Individualisierung der Menschen beigetragen.

Wir sind jedoch heute an einem Punkt angekommen, wo der einzelne vor allem Rechte und die Gemeinschaft in erster Linie Pflichten hat. Dies zeigt beispielsweise auch die Arbeitsmarktdiskussion oder die Diskussion über die sozialen Sicherungssysteme. Zwar hat die Entfaltung des einzelnen in den westlichen Industrieländern zu einer beispiellosen wirtschaftlichen und kulturellen Blüte geführt. Zugleich wurde aber die res publica, von der Herr Daxner gesprochen hat, immer stärker in den Hintergrund gedrängt.

Materielle und immaterielle Entgrenzung sind jedoch letztlich nicht verallgemeinerungsfähig und damit nicht zukunftsfähig. Was heißt das für uns? Um wieder zukunftsfähig zu werden, müssen wir unsere Strukturen und Systeme auf ein menschliches, das heißt überschaubares Maß zurückschrauben. Wir müssen beispielsweise endlich damit ernst machen, anstelle von Arbeit, die in Hülle und Fülle vorhanden ist, den Verbrauch von Umwelt zu besteuern. Wir müssen den einzelnen mit Rechten und Pflichten konfrontieren. Individuelle Rechte ja, aber auch individuelle Pflichten. Wir müssen das von Herrn Dettling erwähnte Prinzip der Gegenseitigkeit wieder stärker zur Geltung bringen. Mit anderen Worten: Ansprüche und Leistungen müssen wieder miteinander verknüpft werden. Auch das Subsidiaritätsprinzip, von dem Herr Hill sprach, muß verstärkt werden. Das heißt: Lebensaufgaben müssen dorthin zurückverlagert werden, wo sie angemessen gelöst werden können.

Voraussetzung dafür ist allerdings, daß wir fast alle unsere Strukturen, vor allem aber unser Denken verändern. Dies ist schwieriger als in diesem Gespräch dargestellt.

Späth

Ich habe nicht gemeint, daß es einfach geht; ich wehre mich nur dagegen, daß es überhaupt nicht geht.

Wahl

Das sage ich auch nicht; aber wir sollten die Schwierigkeiten dabei nicht unterschätzen.

Späth

Ich sehe gar keinen Widerspruch zu meiner Position, Frau Wahl. Ich will auch meinen Neuseeländer nicht zur neuen Gesellschaft erklären, sondern mit dem Beispiel nur deutlich machen, daß es in dieser Gesellschaft nicht nur eine Position gibt: Die Alten werden immer älter und die Jungen immer weniger - folglich werden die Jungen von den Alten dominiert.

Was ich zum Ausdruck bringen will, ist, daß sich die Probleme dieser Gesellschaft zum Teil anders stellen, weil eine neue Generation andere Vorstellungen von Lebensqualität hat. Wenn ich mit meinen Kindern diskutiere, spielen zum Beispiel materielle Fragen aus verständlichen Gründen eine geringere Rolle; die denken in dieser Hinsicht anders, auch über Familie, Haushaltsführung und dergleichen Dinge.

Worauf es ankommt: Wir müssen zunächst einmal begreifen, daß neue Lebensentwürfe eine große Rolle bei der Umstrukturierung der Gesellschaft spielen. Ich sage nicht, das wird sich schon alles von selber regeln.

Mir liegt viel daran zu betonen: Lockerlassen und Optionen offenhalten. Nur damit können wir die vielfältigen Möglichkeiten des Transfers in die neue Gesellschaft vollziehen. Ich warne dringend davor, jetzt eine neue Lebensqualität definieren zu wollen, wie es auch hier mitunter anklang. Wir legen das gewissermaßen fest, und die Gesellschaft hat sich daran zu orientieren. Diese Individualgesellschaft ist für mich nicht per se gut oder schlecht.

Meine Frage ist: Wenn wir zu der Überzeugung gelangen, der 6. Kondratieff zeichnet sich stärker durch soziokulturelle als durch technisch-wissenschaftliche Innovationen aus, dann könnte es sein, daß technische Abhängigkeiten - das Beispiel von Herrn Nefiodow mit dem Rad und den Molekülen - eben nicht mehr einseitig dominieren und die Abläufe bestimmen, während sich "das Gefühlsleben der Moleküle" ausschließlich danach zu richten hat.

Ich meine, wir müssen offener miteinander kommunizieren. Das stellt hohe Anforderungen. Deshalb diskutieren wir auch viel lieber über die Frage, wie wir Rußland beeinflussen, in Europa die Situation neu ordnen oder die Probleme auf dem Balkan lösen können, statt unsere festgelegten gesellschaftlichen Positionen einmal fundamental in Frage zu stellen.

Was wir alle lernen müssen - ich beziehe mich da völlig ein;- ist, nicht sofort wieder irgendwelche Schulen bilden zu wollen, nach dem Motto: Wenn sich die Menschen nur anders verhalten würden, hätten wir es sehr viel leichter. Die Offenheit müßte bei denen beginnen, die versuchen, Einfluß auf diese Entwicklung zu nehmen. Wenn die nicht absolut offen, tolerant und lernfähig sind, werden wir der Gesellschaft nicht vermitteln können, wie mit Neugier, Lernfähigkeit, Offenheit und Toleranz neue Wege gegangen werden können.

Hamilton

So wie die Amerikaner ihren Optimismus, benutzen die Deutschen offensichtlich ihren Pessimismus als Mittel, um zu Problemlösungen zu kommen. Diese unterschiedlichen Mentalitäten sind die Ursache für gewisse Verständigungsschwierigkeiten, die wir mitunter miteinander haben.

Vielleicht bewegen wir uns auf ein pazifisches Zeitalter zu - die USA sind schließlich auch eine pazifische Macht. Aber es wird nicht zuletzt von der Entwicklung in Europa selbst abhängen, ob es dazu kommen wird. Herr Späth hat Hinweise darauf gegeben, daß Europa müde geworden ist und wahrscheinlich gegenüber anderen Weltregionen zurückfallen wird. Das muß aber nicht zwangsläufig geschehen, sondern hängt ganz wesentlich von der Einstellung der Europäer ab.

Interessanterweise hat sich Herr Nefiodow nur auf die Entwicklung in Japan bezogen, das gegenwärtig selbst in einer schweren Krise steckt und mit großen Problemen zu kämpfen hat. So erleben sie geradezu revolutionäre Veränderungen ihres politischen Systems, die sie noch nicht überwunden haben. Anders als die Deutschen, haben die Japaner in den letzten 40 Jahren keinen Versuch unternommen, sich mit ihren Nachbarn auszusöhnen. Das müssen sie jetzt nachholen, wenn sie im pazifischen Raum tatsächlichen Einfluß ausüben wollen. Japan hat lediglich eine starke bilaterale Beziehung zu den Vereinigten Staaten, die gegenwärtig jedoch sehr unter Spannungen steht. Japan ist auch nicht in eine Vielzahl von Institutionen eingebettet wie Deutschland. Es sieht sich also sehr vielen Problemen gegenüber.

Was mich gewundert hat, ist, daß weder Herr Nefiodow noch irgend jemand sonst hier ein Wort über das Land verloren hat, das die Welt tatsächlich verändern wird, nämlich China. Die gewaltigen Veränderungen, die dort zur Zeit stattfinden, sind in ihrem Ergebnis natürlich ungewiß; aber es kann kein Zweifel sein, daß wir Zeugen eines grandiosen Wandlungsprozesses in diesem riesigen Land mit 1,2 Milliarden Menschen sind.

Was mich weiter überrascht, ist, daß die Europäer, zumal die Deutschen, immer auf Japan starren, während ihr größter Konkurrent - aber auch ihr verlässlichster Partner nach wie vor die Vereinigten Staaten sind. Wir sind sowohl eine pazifische wie eine atlantische Macht, und wir sind Europa auf das engste verbunden. Amerika hat einen Strukturwandel hinter sich, der seine Wirtschaft in vieler Hinsicht

hat wieder gesunden lassen. In allen Bereichen, die Herr Nefiodow erwähnt hat, sind die Amerikaner genauso führend wie die Japaner, wenn nicht noch weiter vorn. Die Arbeitsproduktivität beispielsweise ist bei uns eindeutig höher als in Japan.

Wir sind also Konkurrenten und zugleich Partner. Darin sehe ich eine große Chance. Deshalb kann ich auch absolut nicht verstehen, was in dieser Diskussion so an Selbstmitleid und Hilflosigkeit mitschwingt. Ein Blick auf die Tatsache zeigt, daß man die Dinge im richtigen Verhältnis sehen muß. China mag die Welt in den nächsten Jahren verändern, aber zur Zeit exportieren die 17 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen mehr als die 1,2 Milliarden Bevölkerung Chinas.

Man sollte auch nicht nur auf die Handelsströme schauen; viel wichtiger sind die Investitionsströme geworden, die den Handel nach sich ziehen. Die Investitionen zwischen Europa und den USA sind viermal so hoch wie die zwischen den U S A und Asien. Aller Rhetorik in meinem Land über den Pazifik zum Trotz haben sich die amerikanischen Investitionen im pazifischen Raum innerhalb der letzten vier Jahre nur um ein Prozent erhöht. Europa investiert mehr in den USA als in der gesamten übrigen Welt, und die Amerikaner investieren mehr in Europa als im Rest der Welt. Daran wird sich auch nicht sehr schnell etwas ändern.

Nordrhein-Westfalen und Bayern produzieren mehr als die vier Tiger-Nationen in Asien. Ganz Süd- und Mittelamerika mit über 418 Millionen Menschen produzieren weniger als 57 Millionen in Italien. Europa ist nach wie vor eine Größe, mit der man rechnen kann, und wir sollten uns nicht einreden, wir stünden den großen Konkurrenten hilflos gegenüber. Wir Amerikaner haben jedenfalls Europa nicht aufgegeben. Deshalb sollten Sie hier auch nicht ständig den Eindruck erwecken, Europa sei auf dem absteigenden Ast und nur noch müde und verdrossen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch speziell etwas zu Deutschland sagen. Viele Amerikaner sind der Ansicht, daß der deutschen Nation aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre eine neue Verantwortung zugewachsen ist. Die Bonner Republik war ein geteiltes Land, nicht souverän und sah sich einer massiven Bedrohung gegenüber. Die Berliner Republik dagegen, die jetzt im Werden ist, nimmt in Europa den wichtigsten Platz ein - ich will dies einmal so deutlich sagen. Alles, was diese Nation in Zukunft tun - und auch, was sie nicht tun wird;- , wird sich nicht nur in Europa auswirken. Deshalb möchten wir wissen, wohin die Deutschen wollen, was sie mit ihrem Gewicht beabsichtigen. Mitunter vermitteln sie den Eindruck, als wollten sie lieber nicht darüber sprechen, was ihre Nachbarn - weniger die Amerikaner - wiederum besorgt macht.

Späth

Sie wollen nicht einmal darüber nachdenken; deshalb können sie auch nicht darüber sprechen.

Hamilton

Mag sein, daß unsere Erwartungen zu hoch sind - aber wir sehen die Dinge so.

Vielleicht gehört es nicht unmittelbar zu unserem Thema, aber ich würde doch gern von Ihnen etwas erfahren, wie Sie die Entwicklung in Europa insgesamt einschätzen. Wir sehen uns hier Spannungsfeldern gegenüber, die die Stabilität der Demokratie und den Wohlstand auf dem ganzen Kontinent bedrohen und von daher auch vitale Interessen der USA berühren: erstens Rußland, zweitens ganz Osteuropa, das eine Zone der Instabilität darstellt, und drittens der gesamte Mittelmeerraum einschließlich Nordafrika bis hin zum Mittleren Osten.

In all diesen Gebieten sehen wir uns zahllosen Gefahren gegenüber, angefangen von Krieg und Bürgerkrieg, ethnischem und religiösem Haß, politisch motiviertem Völkermord, Zusammenbruch von staatlichen und gesellschaftlichen Ordnungen, wirtschaftliche und gesellschaftliche Armut ganzer Regionen, Möglichkeit von atomaren Unfällen und so weiter. Die Sorge besteht, daß diese Instabilität auf den Westen überschwappt; daß also nicht nur die jungen Demokratien in Osteuropa, sondern auch die alten im Westen gefährdet sind. Darin sehe ich die größte Herausforderung, der wir gemeinsam begegnen müssen. Hier sehe ich die entscheidende Priorität, die unser Denken und Handeln bestimmen sollte. Wir Amerikaner hoffen, daß Deutschland die Situation ähnlich einschätzt und seinen Beitrag leistet, damit sich in Osteuropa Marktwirtschaft und Demokratie konsolidieren.

Meine Hoffnung ist, daß die Vision Deutschlands nicht an den Grenzen Europas endet. Um auf die Kondratieff-Zyklen zurückzukommen: Der jetzige Zyklus ist insofern völlig verschieden von früheren Zyklen, als sich das Tempo des Wandels in den letzten Jahrzehnten ungeheuer erhöht hat. Was wir heute an Schnelligkeit der Veränderungen erleben, ist ohne Beispiel in der Geschichte. Dagegen waren die Agrarrevolution und die industrielle Revolution vergleichsweise langsame Wandlungsprozesse.

Während der 40 Jahre, die wir auf den kalten Krieg fixiert waren, hat die Menschheit größere globale Veränderungen verursacht als in den 10.000 Jahren davor - ich erwähne nur die Bevölkerungsexplosion, Wasser-, Rohstoff- und Energieverbrauch und dergleichen mehr. Es hat Hunderte von Generationen gebraucht, bis die Weltbevölkerung bei zwei Milliarden angelangt war. Jetzt dauert es nur noch ein Menschenleben, bis aus zwei Milliarden sechs Milliarden Menschen werden. Das sind gewaltige Veränderungen, mit denen wir fertig werden müssen.

Hoffmann

Was können die USA und Europa gemeinsam im Osten tun? fragt David Hamilton. Aber wie groß ist überhaupt die Bereitschaft der USA, dies ernsthaft in Erwägung zu ziehen? Ich stelle jedenfalls in Gesprächen mit Amerikanern immer wieder fest, daß bei ihnen, was Rußland angeht, meist noch das alte Denken vorherrscht: Es gibt zwei "Großmächte", die die Probleme wechselseitig zu lösen haben, und Europa ist willkommen mitzutun, sofern es die amerikanische Position unterstützt. Von einer echten Partnerschaft ist da wenig zu spüren, und zwar um so weniger, je mehr sich die mitteleuropäischen Länder Westeuropa zuwenden und sich damit zunehmend der amerikanischen Einflußnahme entziehen.

Glees

Ähnlich wie Dan Hamilton sehe ich als Briten die Rolle Deutschlands in Europa, insbesondere gegenüber Osteuropa. Was die Europäische Gemeinschaft - oder jetzt die EU angeht, so ist diese mit einer Vision geschaffen worden, die in die fünfziger Jahre paßte. Das ist aber nicht mehr die Basis unseres Wohlstandes von morgen. Wenn wir das nicht erkennen, wird unsere Wirtschaft schwächer werden, und die Wähler werden von Europa Abschied nehmen. Wir leben in einem "global village". Das Europa der fünfziger Jahre hat keine Bedeutung mehr. Wir müssen uns der heutigen Welt gegenüber öffnen.

Hier wächst Deutschland eine besondere Aufgabe in Europa zu; denn wer sonst könnte die Rolle übernehmen, eine neue demokratische Konzeption für Europa voranzubringen? Aber Deutschland muß auch konsequent auf die Zukunft setzen und die Demokratie tatkräftig unterstützen. Meinen Sie, die Europäische Union hat auf die Dauer eine Überlebenschance, wenn in Italien Faschisten und Parafaschisten an der Macht sind; wenn die reichen und stabilen nordeuropäischen Staaten mit den armen und instabilen Südeuropäern in einem Boot sitzen? Wie kann das gutgehen? Und die Visegrad-Staaten, die nichts anzubieten haben außer ihren billigen Agrarprodukten, Kohle und Stahl, die ihnen am Tage ihres Beitritts zur Europäischen Union verlorengehen? Ohne ein starkes Deutschland, das für die Demokratie kämpft, könnte das 21. Jahrhundert eine Rückkehr des 19. und 20. Jahrhunderts erleben.

Späth

Damit hier kein Mißverständnis entsteht: Unser Thema heißt: "Zukunftsfähigkeit von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft." Dabei geht es vor allem um gesellschaftliche Prozesse und nicht um strategische Außen- und Sicherheitspolitik. Natürlich stimme ich Herrn Hamilton sofort zu, wenn er sagt, der Stabilisierung Osteuropas komme die erste Priorität zu. Und es kann keinen Zweifel geben: In Richtung Osteuropa, einschließlich Rußland, tun die Deutschen mehr als alle anderen Europäer zusammen.

Herr Glees fordert uns auf, daß wir uns mehr um Europa kümmern sollten. Ich halte die Einbeziehung Osteuropas für unabdingbar; aber dann wird Maastricht so nicht mehr funktionieren, wie es intendiert war. Diese Dilemmata müssen wir lösen, wobei wir auf Schadensbegrenzung zu achten haben.

Ich meine aber, wir sollten hier nicht die strategischen Fragen diskutieren - das geschieht bei so vielen anderen Konferenzen;- , sondern die genauso wichtigen gesellschaftlichen Wandlungen thematisieren, über die viel zu wenig nachgedacht wird.

Wegner

Wer von der "Zukunftsfähigkeit von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft" redet, muß aber auch von Europa und der gesamt europäischen Dimension reden. Zukunft wird immer weniger von den nationalen Rahmenbedingungen und immer mehr von den Aufgaben und Perspektiven der europäischen Integration sowohl im politischen als auch sozialen und wirtschaftlichen Bereich bestimmt.

Die Zukunftsfähigkeit spreche ich Europa keineswegs ab, aber meine Zweifel wachsen, ob wir und vor allem die Deutschen überhaupt "zukunftswillig" sind. Dafür gibt es viele Gründe, die zum einen in unseren verkrusteten Verhaltensweisen und Institutionen und zum anderen in unseren wachsenden Zukunftsängsten liegen, womit ich wieder auf das Thema der "Mentalitäten" zurück komme.

Der amerikanische Ökonom Mancur Olson hat 1982 in einem aufsehenerregenden Buch "Der Aufstieg und Niedergang von Nationen" beschrieben, welche Faktoren nach einer langen Wachstumsphase den Strukturwandel und das Wachstum hemmen und allmählich zum Erliegen bringen. Olson weist nach, daß die Verkrustungen einer Gesellschaft - die "Demosklerose", wie sie Herr Janes genannt hat - infolge der zunehmenden Macht von Interessengruppen durch Kriege oder Revolutionen wieder aufgebrochen werden können. Solche Anstöße zum Aufbruch wollen wir uns nicht wünschen, weil es friedlichere Möglichkeiten zur Revitalisierung von Gesellschaften und Volkswirtschaften gibt, nämlich die Schaffung offener Systeme und der internationale Wettbewerb. Dieser Wettbewerb vollzieht sich bei offenen Grenzen und angesichts der hohen Mobilität von Know-how und Kapital nicht mehr allein zwischen Produkten, sondern auch zwischen Regulierungs-, Sozial- und Steuersystemen um den besten Standort für Investitionen und Unternehmensaktivitäten.

Die Ängste über die nationale und globale Zukunft nehmen zu, weil wir gegenwärtig mit unerwartet vielen massiven Veränderungen, Instabilitäten und Schocks konfrontiert sind, Politik und Politiker aber im Interessengeflecht von Parteien, Lobbies, Bürokratien, internationalen Abhängigkeiten und Zwängen kaum mehr Handlungsmöglichkeiten durchsetzen können, obwohl sie das ihren Wählern immer neu versprechen. Unsere deutschen Ängste, zum Beispiel gegenüber den Risiken des Umbruchs in Osteuropa, den Asylanten- und Einwanderungsströmen, den Folgen der deutschen Einigung und der Europapläne und so fort, sind zudem - als Ergebnis unserer Geschichte und geopolitischen Lage - zahlreicher und vielleicht sogar anderer Natur. Sie veranlassen uns ständig nach Ersatzsicherheiten, wie Preisstabilität und DM-Stärke, oder nach sozialen Konsensverhalten und überperfektionierten staatlichen Regulierungen zu suchen. Es nimmt also nicht wunder, daß die sich ausbreitende Sicherheits- und Vollkaskomentalität gesellschaftliche und institutionelle Reformen blockiert, obwohl sie immer dringlicher werden.

Was Europa angeht, muß ich einigen Einwänden in der Diskussion widersprechen. Es ist richtig, daß die gegenwärtige Lage eine gewisse Europamüdigkeit widerspiegelt, die teilweise Ausfluß der wirtschaftlichen Rezession ist, zum großen Teil aber durch das Verschwinden der großen weltpolitischen Gegensätze verursacht wurde. Die Pläne und Prioritäten von Maastricht sind noch in dieser alten Ordnung entstanden, die 1989 mit einem Male verschwunden ist. Die Politiker haben in den Brüsseler Glashäusern ihre ökonomischen Konzepte für die europäische Zukunft entwickelt, denen große Teile der breiten Öffentlichkeit und der Wähler die Gefolgschaft verweigert haben. Aber der Paradigmenwechsel in Europa hat bereits viel früher eingesetzt, und er bietet Chancen, um einen Ausweg aus dem gegenwärtigen Dilemma zu finden.

Europas Zukunft entspricht nicht den alten supranationalen Visionen der 50er Jahre, wie Herr Glees meinte, und es folgt längst nicht mehr den Vorstellungen perfektionistischer Harmonisierung und Rechtsangleichung mittels europäischer Gesetzgebung. An dieser Stelle ist anzumerken, daß Europa bei der Bewältigung von wirtschaftlichen Krisen - gleichsam als Kompromißgemeinschaft - wesentlich besser abgeschnitten hat, als wir heute zuzugeben bereit sind. Krisen waren außerdem stets der Motor für die Weiterentwicklung der Gemeinschaft.

Der Paradigmenwechsel wird klar an den neuen EG-Spielregeln der gegenseitigen Anerkennung von nationalen Vorschriften und Regelungen. Hinzukommen die Zwänge der Standortkonkurrenz für mehr Wettbewerb und Marktöffnung, die freilich so mancher Staat nur widerwillig akzeptiert, wie das Beispiel des GATT-Abkommens kürzlich vorgeführt hat. Es ist auch nicht sicher, ob die Schaffung einer europäischen Währung die dringlichste Priorität für den Fortgang der europäischen Integration einnehmen muß. Sie geht von der Übertragung nationaler Kompetenzen auf zentrale europäische Instanzen aus, die weitgehend als unverständliche, technische Organe betrachtet werden und regionalen Präferenzen zuwiderlaufen.

Mit anderen Worten: Für ein gemeinschaftliches Europa gibt es keine Alternative; aber es braucht neue Ansätze, um mit den großen Aufgaben der Erweiterung der Europäischen Union sowie der Einbindung Mittel- und Osteuropas gleichzeitig fertig zu werden. Das entscheidende Jahr wird 1996 sein, weil dann klarer werden sollte, ob und wie die vergrößerte Europäische Union ihre Entscheidungsmechanismen und ihr Demokratiedefizit verbessern wird. Das sich neu formierende Europa wird mit Sicherheit noch "unordentlicher" aussehen als heute schon, und es wird mehr "à la carte" sein, als viele es sich heute wünschen. Aber es könnte damit eine neue Dynamik entfalten, einfach weil es dazu gezwungen wird. Das gilt für die Währungspolitik ebenso wie für die

Technologiepolitik, wo viele Modelle möglich sind, die nicht immer der reinen Lehre entsprechen müssen.

Eine der großen Herausforderungen für Europa - da gebe ich Herrn Hamilton recht ist die Integration Mitteleuropas, der osteuropäischen Nachbarländer, die vor unserer Haustür liegen. Weil wir mit der deutschen Einigung beschäftigt sind, haben wir die Konsequenzen daraus vorerst weitgehend verdrängt. So müßten wir ihnen zum Beispiel die europäischen Märkte rascher öffnen, als wir es tun, weil wir uns davor fürchten, daß die neuen Billiglohnländer unseren industriellen Strukturwandel beschleunigen. Dabei übersehen wir die Chancen, die sich der Investitionsgüterindustrie in Westeuropa durch diese neuen Märkte eröffnen. Auch hier könnte also mehr Wettbewerb eine schnellere Anpassung erzwingen, die auf Dauer unvermeidlich ist.

Die Deutschen brauchen Europa mehr, als sie wissen. Und zwar nicht nur aus wirtschaftlichen und politischen Gründen, sondern auch, um sie gegen die großen Unsicherheiten abzusichern, von denen sie ständig geplagt werden. Und unsere europäischen Nachbarn brauchen Europa, um Deutschland in diese Entwicklung einzubinden.

Grossner

Ich stimme Herrn Manfred Wegner zu, daß es notwendig ist, für Europa eine neue Zielsetzung zu entwickeln und für die Überprüfung von Maastricht, die, wie Sie wissen, 1996 erfolgen soll, eine neue Vision zu entwerfen. Das kann aber nicht allein auf der Makroebene erfolgen, sondern dazu bedarf es zugleich der Wahrnehmung des day-today-business auf der Mikroebene.

Wo haben die Europäer besonders gute Chancen, das, was sie an Kreativität und Innovationsfähigkeit besitzen, in bestimmten Bereichen auch umzusetzen?

Geographisch gesehen eröffnen sich uns besonders gute Zukunftschancen in Polen, Tschechien, Ungarn und Slowenien, vor allem aber auch in Rußland. Erfolgreich tätig sind die Europäer hier bereits im Finanzbereich, was das Einbringen neuer Finanzierungsinstrumente angeht. Ich erwähne nur den ganzen Barterbereich, wo Finanzfachleute, Banken, Rohstoffhändler und Maschinenverkäufer ganz neue Finanzierungsmöglichkeiten entwickeln. Da geschieht von Deutschland aus bereits eine ganze Menge - ich nenne nur die Firmen ABB/BBC und Siemens;- , weil man erkannt hat, daß die alten Wirtschaftsmethoden nicht mehr ausreichen. Ähnlich gehen auf der internationalen Ebene International Finance Corporation, Europäische Entwicklungsbank, London (BERD), Europäische Investitionsbank, Luxemburg (EIB), G 24, vor, die jetzt gemeinsam mit einem Einsatz von über einhundert Milliarden D-Mark Bereiche des Trans European Networks erschließen, was mit den traditionellen Finanzierungsmethoden überhaupt nicht funktionieren würde.

Auf diese Weise lassen sich in bestimmten Regionen - Aserbaidschan, Kasachstan zum Beispiel - Nischen auf tun, wo sich den Europäern Geschäftsmöglichkeiten eröffnen, die sie vorher gar nicht wahrnehmen konnten.

Ähnliches gilt in Asien, etwa für Vietnam oder für die Free Trade Areas in China. Auch da eröffnen sich für die Europäer ungeahnte Zukunftschancen durch den innovativen Einsatz neuer Finanzierungsinstrumente kombiniert mit neuen internationalen Exportstrategien. Und es zeigt sich, daß die Europäer den Ostasiaten auf diesem Gebiet durchaus gewachsen sind.

Ein zweiter Bereich, der gute Chancen für Europa verspricht, liegt in der Produktveredelung. Autoradios zum Beispiel werden zu 90 Prozent als Rohlinge nach Deutschland eingeführt und dann einem Veredelungsprozeß unterzogen, indem man sie quasi maßgeschneidert in die Produktion einführt. In diesem Zwischenbereich zwischen traditioneller Hard- und Software haben die Europäer außerordentlich große Chancen. Das ließe sich ausbauen in Richtung "Modulsysteme für einzelne Industriebereiche", die dann auf die lokalen Märkte zugeschnitten werden. Da können wir uns gegen die Ostasiaten, die meist weit vom Endverbrauch entfernt sind, sehr gut behaupten.

Ich will dann noch zwei Bereiche erwähnen, wo die Europäer ebenfalls mit ihrer Kreativität und neuen Geschäftsmethoden erfolgreich sein könnten. Das eine ist der Umweltbereich, zu dem ich mich jetzt nicht äußern will. Das andere ist der Bereich Kultur, Unterhaltung, Ausbildung. Sehen Sie sich an, wie in Amerika versucht wird - MGM Universal Studios in Orlando zum Beispiel;- , Unterhaltung und Lernen miteinander zu verbinden. Ich habe vor kurzem ein völlig anderes Las Vegas kennengelernt: Dort sind im Unterhaltungsbereich Hunderttausende neuer Arbeitsplätze entstanden. Das ließe sich mit Intelligenz und Kreativität auf Europa übertragen mit der Möglichkeit, Millionen neuer Arbeitsplätze zu schaffen.

Oder fahren Sie zum Futuroscope nach Poitiers und sehen Sie sich an, was dort an Ausbildungs- und Trainingszentren für die Industrie, Fortbildungszentren für die Schüler, Computerzentren, Unterhaltungszentren entstanden ist. Gehen Sie ins Centre de la Vilette im Norden von Paris, wo die französische Regierung für umgerechnet über 1,5 Milliarden DM ein riesiges Unterhaltungs- und Ausbildungszentrum erstellt hat. Mit solchen Aktivitäten werden eben nicht nur die Bedürfnisse von Menschen befriedigt, sondern auch neue Arbeitsplätze geschaffen.

Altmann

Wir sprechen hier über die Zukunftsfähigkeit von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, wobei ich den Begriff Zukunft jetzt einmal mit "Erneuerung" übersetzen will. Mit anderen Worten: Welche Chancen der Erneuerung sehen wir in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft? Unter Erneuerung verstehe ich nicht Reform: Sozialreform, Bildungsreform, Reform der Parteien. Von all dem halte ich nicht mehr so viel, wie es bisher üblich war.

Erneuerung meint Vereinigung; in unserem Zusammenhang die Vereinigung Europas. Welche Chancen haben Gebilde wie Staat, Nation, Volkswirtschaft in neue geordnete Großräume hineinzuwachsen, beispielsweise in eine Europäische Union, wie immer diese aussehen mag? Der einzelne Staat ist dann nicht mehr die Verkörperung einer souveränen Einheit, sondern ist Mitglied einer Staatengemeinschaft, deren Organisationsprinzipien denen eines modernen Großunternehmens gleichen. Ob es sich dabei um einen Staatenbund oder um einen Bundesstaat handeln soll, ist eine überholte Diskussion.

Denn in einem Großunternehmen zum Beispiel sind zentrale Steuerung und Autonomie keine Gegensätze mehr, sondern ergänzen sich. Politik bedeutet dann nicht mehr Machtpolitik und Wahrnehmung nationalstaatlicher Interessen, sondern weit mehr Kosmopolitik, Umweltpolitik, Weltinnenpolitik für eine global werdende Zivilisation. Politik in diesem Verständnis heißt Teilnahme an den sich international organisierenden Aktivitäten. Das verstehe ich unter Erneuerung.

Wie könnte Erneuerung im Bereich der Wirtschaft aussehen? Der Schlüsselbegriff für die Wirtschaft heißt heute Wachstum. Wenn nichts mehr wächst, sprechen die Ökonomen von "Nullwachstum", und wenn es zu einer Krise kommt, ist sogar "Minuswachstum" angesagt. Die verwendeten Begriffe sind zu reinen Funktionsvokabeln verkommen, mit denen wir uns zwar verständigen können, aber kaum noch begreifen, was damit eigentlich gemeint ist.

Wenn ich von Wachstum rede, dann meine ich damit nicht mehr Geld, mehr Konsum, sondern ich verstehe Wirtschaft als Ausdruck einer modernen Kultur, etwa, im Sinne Erhards, einer Identität von Wirtschaft und Gesellschaft. So habe ich auch eine Reihe von Beiträgen hier verstanden: Wirtschaft als Ausdruck einer modernen Kultur. Und wenn bei Herrn Nefiodow an einer Stelle von "medialer Kultur" die Rede war, dann sind damit kaum Werbespots, elende Kriminalfilme und ähnliches gemeint, sondern mediale Kultur bedeutet die Widerspiegelung - "Reflexion"? - der modernen Welt in den Medien. Da wäre vieles denkbar, um das Ganze seriöser zu gestalten. Eine richtige Politik gegenüber dem Fernsehen sollte darauf hinwirken, all das dumme Zeug, was uns täglich geboten wird, massiv zu besteuern und die guten, wichtigen Filme zu subventionieren.

Die mediale Kultur ist eine äußerst wichtige Angelegenheit. Selbst religiöse und psychische Probleme lassen sich seriös und interessant darstellen, wenn man sie nicht von Persilwerbung umrahmt vermarktet.

Ein weiteres Thema in diesem Zusammenhang wäre die allmähliche Ausformung der sozialen Sicherheit zu einer neuen sozialen Kultur. Damit meine ich nicht die weitere Ausdehnung der sozialen Sicherheit im herkömmlichen Sinne. Dabei geht es allerdings auch um die Durchsetzung ihrer ökonomischen Rationalität, projiziert auf die wirtschaftlichen Großräume, von denen ich gesprochen habe.

Auch in der Konsumgesellschaft neuen Typs wird es um Rationalisierung gehen, und zwar durch eine Ästhetisierung des Konsums. Der Konsument als Ästhet wird möglicherweise seinen Konsum einschränken. Was sich hier entwickelt, ist eine neue Kultur, die sich allmählich durchsetzen wird.

Schließlich: Erneuerung der Gesellschaft. Das, was wir heute als Gesellschaft erleben, hat mit dem Gesellschaftsbegriff im Sinne des 19. Jahrhunderts nicht mehr viel gemein. Gesellschaft, das ist längst eine Organisationsvokabel: Aktiengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Was sich heute als Form menschlichen Zusammenseins zu entwickeln beginnt - im europäischen Rahmen oder sogar im Weltmaßstab; -, hat mit Gesellschaft im alten Verständnis nichts mehr zu tun. Erneuerung meint hier mit anderen Worten: Erneuerung des menschlichen Zusammenseins, nicht Reform der Gesellschaft, wie sie uns überliefert ist.

Ich füge hinzu: Es gibt keine Zivilisation auf der Welt, die der amerikanisch/europäischen gleichkäme. Weder in Asien noch anderswo hat sich Vergleichbares entwickelt. Insofern meine ich - nachdem die Spaltung Europas überwunden ist;- , daß wir die europäische Vereinigung als Teil der Vereinigung der Weltzivilisation begreifen müssen. Zu den Problemen, die wir in dem Zusammenhang lösen müssen, gehört der Balkankonflikt genauso wie der Aufbau Rußlands.

Wenn ich also von einer neuen Föderalisierung Europas spreche, dann nicht im Sinne von Eigenstaatlichkeit, sondern im Sinne einer modernen Vereinigung. Das verstehe ich unter Erneuerung. Das ist ein großer Aspekt. Ich wage zu sagen: Am Ende dieses Jahrhunderts nach den furchtbarsten Kriegen, die die Welt gesehen hat, stehen wir am Vorabend einer neuen Zivilisation.

Daxner

Zu Europa gab es hier in einigen Beiträgen einen Unterton, den ich zugespitzt so zusammenfassen will: Pluralismus im Wettbewerb. Bei all unserer Kenntnis und Tradition sogenannter Nationalcharaktere sollten wir mit Charakterisierungen wie "die Deutschen mit ihrem Pessimismus und die Amerikaner mit ihrem Optimismus" vorsichtig sein. Denn erstens sind sie empirisch falsch, und zweitens verfestigen sie genau die Bilder, mit denen wir nicht operieren dürfen. Ich sage es einmal etwas zynisch: Es hat kaum eine Nation gegeben wie die Deutschen, die aus solchen Stereotypen so perfekt eine Politik und Strategie abgeleitet haben.

Mich stören auch Vorstellungen: Deutschland sei eine mächtige Nation, und deshalb müsse dieses Land in Europa diese oder jene Rolle spielen. Es muß überhaupt nicht. Im Bezug auf die Pflichten Deutschlands kann man insofern etwas Gutes über dieses Land sagen, als es eine der wenigen Gemeinschaften ist, die aus einer schuldbeladenen Katastrophe gelernt haben, nicht sofort Pflicht zu übernehmen und andere wieder totschießen zu wollen. Ich bin kein Pazifist und auch aus meiner linken Ecke heraus ganz froh, daß es so etwas wie die NATO gibt und keine deutsche Nationalarmee. Aber ich muß deutlich sagen: Die Moralisierung der Out-of-area-Einsätze in dieser Form halte ich für kontraproduktiv und antieuropäisch.

Ein anderer Aspekt ist mir während unserer Diskussion aufgefallen. Robert Musil schreibt über eine durchaus vergleichbare Situation im "Mann ohne Eigenschaften", man brauchte ein Amt für Genauigkeit und Seele. Darum ging es uns auch in den letzten beiden Tagen.

Ich sehe das in folgendem Zusammenhang: Vor unseren Augen wird auf dem Balkan eine der großartigsten Multikulturen Europas unwiederbringlich zerstört. Und Herr Altmann hat recht: Ob Staatenbund in Europa oder Bundesstaat, das ist im Grunde gar nicht mehr die Frage. Im Bereich der Wissenschaft hat es mächtige Kontroversen mit den Brüsselern gegeben, ob wir Hochschulen in Europa oder europäische Hochschulen haben wollen. Und wenn es europäische Hochschulen sein sollen, was heißt das dann?

Das meint zunächst einmal einen besonders sorgfältigen Umgang mit einer deutschen Tradition, die radikal antiwestlich war. Erst viel später als einige Länder östlich von Deutschland, hat sich dieses Land dazu bequemt, das, was man alles in allem Westorientierung nennt, einschließlich einem Anteil an Rationalität, Aufklärung, französischem und angelsächsischem Denken, zu akzeptieren. Und aus eben diesem Grunde kann man diese Diskussion nicht sozusagen vom symbolischen Territorium Deutschland aus führen. Die Grenze Europas endet für uns da, wo die Bereitschaft zur Demokratie und zur Republik endet.

Einer der Konsense an diesem Tisch dürfte sein, daß wir ganz gut mit unserer Demokratie fahren, nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern. Aber das Republikdefizit in Europa wird immer erschreckender.

Das läßt sich in drei Fragen ausdrücken: Erstens, wer soll Normen geben, an die sich die Gesellschaften dann auch halten? Das ist das Konstitutionsprinzip von Republik. Wir geben uns Normen, an die wir uns dann auch tatsächlich halten und sie nicht andauernd zu unterlaufen versuchen.

Zweitens: Wer kümmert sich um seine eigenen Angelegenheiten, und wer ermutigt den anderen dazu? Herr Dettling hat dies das Prinzip der Gegenseitigkeit genannt. Der Kommunitarismus ist zwar nicht die letzte Antwort in dieser Sache, aber er stellt die richtigen Fragen.

Und drittens - ein sehr wichtiger Punkt auch in dieser Diskussion: Wer unterscheidet eigentlich zwischen privat und öffentlich? Wenn die europäische Zivilisation etwas ausgearbeitet hat als Grundlage gesellschaftlicher Verkehrsformen, dann ist es die Unterscheidung zwischen privat und öffentlich. Ich fürchte, wir haben in Europa zu wenig Öffentlichkeit und nicht zuviel. Dabei denke ich

nicht an die Medien, sondern damit meine ich, daß die res publica verkommen ist zu einer Laiendarstellung von Politikern und solchen, die es gerne sein möchten.

Das Konzept von citizenship, wie es etwa Hannah Arendt entwickelt hat, könnte der Beginn einer europäischen Diskussion über eine neue Vorstellung von Europa sein. Denn das alte Europa, das ich so liebe -Triest, Wien oder Budapest;- , das gibt es nicht mehr. Da soll man sich von den Nostalgikern nichts erzählen lassen; das lebt nur noch in der Literatur.

Janes

Wir werden es in den kommenden Jahren mit einer ungeheuren Komplexität im Weltgeschehen zu tun haben. Deshalb ist es wichtig, daß wir die innenpolitischen Wurzeln der Außenpolitik gegenseitig verstehen lernen. Das wird zunehmend schwieriger. Die Amerikaner zum Beispiel müssen Deutschland nicht nur für sich, sondern in seiner Rolle innerhalb Europas begreifen, was uns sichtlich schwerfällt.

Die innenpolitische Auseinandersetzung über die Außenpolitik wird immer wichtiger. Deshalb müssen wir, wie Herr Daxner eben gesagt hat, mehr aufeinander hören, um besser zu verstehen, was da eigentlich vor sich geht. Dieses Gespräch ist wichtig zwischen Deutschen und Amerikanern, zwischen Europäern und Amerikanern; denn wir sehen uns alle der gleichen Problematik gegenüber. Wie können wir das gemeinsam anpacken oder uns zumindest ergänzen, auch wenn wir dabei zu ganz verschiedenen Lösungen kommen sollten?

Wegner

Wenn es um die Zukunftsfähigkeit geht, dann ist die europäische Vereinigung - wie immer sie letztlich aussehen wird - für die EU-Staaten eine absolute Voraussetzung ob wirtschaftlich, kulturell oder sicherheitspolitisch. Anders werden wir den anderen Wirtschaftsblöcken, die in Südamerika, Asien oder Afrika entstehen, kaum erfolgreich begegnen können.

Auf der anderen Seite dürfen wir dieses Europa nicht nur in dem Sinne verstehen, wie wir unsere Privilegien am besten bewahren können. Das hört man gelegentlich von Südamerikanern, die fürchten, daß sich die Europäer abschotten wollen, um ihren Wohlstand mit niemandem teilen zu müssen.

Wie steht es um die Einstellung zu Europa nicht nur beim deutschen Volk? Die Europawahlen waren da nicht gerade ermutigend. Die Führungsschicht eines Landes mag zu Europa durchaus positiv stehen, aber die Masse des Volkes ist dagegen. Nun wollen in einer Demokratie die Politiker vom Volk wiedergewählt werden und passen sich deshalb der Volksmeinung an. Dann heißt es plötzlich: Wir wollen Europa nicht, wir wollen Deutschland als Nation. Das macht mich besorgt.

Deshalb wird es wohl auch kaum zu einem vertieften Europa à la Maastricht kommen, sondern wir werden einen Weg suchen müssen, der eine Identifikation mit den Nationen weiterhin zuläßt, damit die einzelnen sich stolz als Engländer, Franzosen oder Deutsche bekennen können. Doch ich wiederhole: Für unsere Zukunftsfähigkeit brauchen wir Europa - und möge Gott uns vor der totalen Informationsgesellschaft beschützen.

Korte

Die Beiträge von Herrn Späth, Herrn Nefiodow und Herrn Dettling haben in unterschiedlicher Weise klargemacht: Wir müssen uns auf Veränderung als Normalität einstellen. Das ist zweifellos eine sehr wichtige Erkenntnis. Selbstverständlich wissen alle Wirtschaftswissenschaftler, daß sich die Wirtschaft ständig verändert. Daß sich aber auch die anderen Teile der Gesellschaft verändern, wird, wenn es überhaupt zur Kenntnis genommen wird, mit individuellen Alltagserfahrungen erklärt. Diesen Dilettantismus, den man sich im eigenen Fach nie erlauben würde, gestattet man sich ohne weiteres, wenn es um die sozialen oder kulturellen Entwicklungen geht.

Was ich damit sagen will, ist: Um die Zukunftsfähigkeit zu gestalten, bedarf es sicher der verschiedenen Talente und Spezialisten; aber diese müssen ihre Fähigkeiten auch tatsächlich einbringen können.

Warum entsteht in der Bevölkerung keine große Begeisterung für Europa, wo doch so viele ökonomische, außen- und sicherheitspolitische Gründe dafür sprechen? Eine Erklärung könnte darin bestehen, daß die Menschen, die in den europäischen Gesellschaften leben, sich mentalitätsmäßig nur sehr zögerlich in eine höhere Syntheseebene hineinentwickeln. Im Augenblick ist für die meisten Menschen der Nationalstaat nach wie vor die Bezugsebene, und sie sind noch nicht bereit und in der

Lage, diese "Überlebenseinheit"- um Norbert Elias zu zitieren - zugunsten einer supernationalen Ebene aufzugeben.

Solange dieser gap besteht, werden alle Versuche, die ökonomische und politische Einigung Europas voranzutreiben, auf erhebliche Widerstände stoßen. Es kommt also darauf an, sich genau zu überlegen, was getan werden kann, damit die Menschen ihre Angst vor der höheren Syntheseebene verlieren. Andernfalls können wir uns die ganzen ökonomischen und politischen Argumentationen ersparen.

Ich plädiere somit für ein interdisziplinäres Aufeinanderhören. Als Sozialwissenschaftler versuche ich nicht, das Bruttosozialprodukt auszurechnen, sondern schlage lieber bei meinen wirtschaftswissenschaftlichen Kollegen nach. Dagegen tendieren Ökonomen mit ihren fabelhaften zweidimensionalen Erklärungsmodellen und den entsprechenden "Wenn-dann-Sätzen" dazu, sowohl politische als auch soziale, historische und kulturelle Entwicklungen aus ihrer Alltagserfahrung zu erklären. Hier müssen wir interdisziplinär viel mehr aufeinander zugehen, wenn unsere Gesellschaft zukunftsfähig bleiben oder wieder werden soll.

Müller-Groeling

Auch wenn ich einen gewissen wirtschaftswissenschaftlichen Imperialismus nicht leugnen will, ist dies ein klares Mißverständnis dessen, was Wirtschaftswissenschaftler tun, Herr Korte.

Korte

Daß Sie das sagen würden, war mir völlig klar, Herr Kollege.

Lefringhausen

Deutschlands und Europas Zukunftsfähigkeit hängt, wie wir gehört haben, von vielen Faktoren ab. Dazu zählt nicht zuletzt der Zeitfaktor. Wir erleben eine solche Beschleunigung der Geschichte, daß einem, wie man sagt, sogar die Worte im Munde alt werden. Das löst einen Lerndruck aus, dem auf der anderen Seite ein gewisses Beharrungsinteresse entgegensteht. Wie wir mit dieser Spannung politisch umgehen, ist eine Schlüsselfrage. Können wir in unserer Gesellschaft eine Lerngeschwindigkeit erzielen, die dem Problemdruck angemessen ist? Wo sitzen die Lernblockaden? Die sehe ich in erster Linie in den Kollektivegoismen mit ihren Beharrungstendenzen.

Ich möchte das am Beispiel der Kirche deutlich machen. Emil Küng hat einmal gesagt: "Die Kirche hat ihr Wesen im Unwesen." Das heißt, sie ist stets versucht, die Gegenwart und die Zukunft möglichst schwarz zu malen, um sich vor dieser dunklen Folie besonders hell abzusetzen. Damit entsteht ein gesteigertes apokalyptisches Bewußtsein, das Überängste produziert. Die Kirche thematisiert zwar ständig das Thema "Zukunft", aber durch die Tendenz, Angst zu schüren, fordert sie die Zukunftsunfähigkeit.

Ich könnte auch Verbands-Herzogtümer nennen, die aus ihrem Kollektivinteresse ähnliche Blockaden und Lähmungserscheinungen verursachen und alles andere als eine Partnerschaft für die Zukunft praktizieren - bis hin zur kollektiven Selbstschädigung. Doch die gesellschaftskritische Klagemauer hilft nicht weiter. Vor allem dann nicht, wenn der Katastrophen-Daueralarm die Gesellschaft bereits immunisiert.

Deshalb der Vorschlag, im Anschluß an diese Tagung, die erfreulicherweise nicht in der Analyse von Defiziten steckengeblieben ist, einmal ein Bergedorfer Gespräch zu riskieren, das von der revolutionären Kraft gelungener Beispiele ausgeht. Das würde bedeuten, gelungene, zukunftsöffnende Beispiele zu analysieren und pädagogisch so aufzuarbeiten, daß von ihnen eine Imitationswirkung ausgeht. Das könnte das Lernklima eher beleben als der Negativsog der Medien.

Lutz

David Hamilton sprach von drei Spannungsfeldern, denen wir besondere Beachtung schenken müssen. Ich möchte im Zusammenhang mit dem kulturellen Zeitalter auf eine weitere Besonderheit Europas hinweisen, nämlich auf den interkulturellen Dialog.

Das, was wir bisher betrieben haben - und was die Russen früher Imperialismus nannten;-), war, ein bestimmtes Modell als das einzig richtige anzubieten. Deshalb konnte Fukujama auch davon sprechen, mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperialismus sei die Geschichte zu Ende gegangen. Infolgedessen haben wir versucht, unsere Management-, Politik- und sonstigen Methoden

in den Osten, auch nach Ostdeutschland, zu verpflanzen, in dem Bewußtsein, im Besitz der alleinigen Wahrheit zu sein.

Worauf es im Lichte auch unserer Diskussion ankäme, wäre, uns der Methoden des interkulturellen Dialogs zu bedienen, den wir an diesen beiden Tagen gepflegt haben. Das heißt, gemeinsam Projekte zu entwickeln, anhand derer wir gegenseitig voneinander lernen können, zum Beispiel welche Wirklichkeitsmodelle wir im Kopf haben, in welchen konkreten Umfeldern wir uns bewegen, was es an Erfahrungsroutinen gibt und so weiter.

Ich kann aus eigener Erfahrung mit einem Projekt, das wir in Rußland initiiert haben, sagen, daß daraus eine ungeheure Eigendynamik entsteht, ganz im Gegensatz zu all den Nullachtfünfzehn-Know-how-Transfergeschichten, die im Grunde sämtlich scheitern.

Im Anschluß an Herrn Altmann möchte ich mit Blick auf die Europäische Union, wie sie sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, behaupten, daß sie das erste postindustrielle Staatsgebilde darstellt. Die Krise um Maastricht bestätigt diese Einschätzung nur. Was hier vor sich geht, ist ein äußerst vielfältiger Prozeß und eben nicht der Aufbau einer neuen bundesstaatlichen Struktur. Europa ist gewissermaßen auf der Suche nach sich selbst, in einem Prozeß, der nach dem Muster der Echternacher Springprozession verläuft: zwei Schritte vor, einen zurück, aber immer in eine Richtung. Es gibt gewisse stabile Komponenten wie die Schaffung von Freizügigkeitsräumen, die Spannung zwischen dem föderalen und dem konföderalen Modell, die subsidiäre Komponente im Sinn der gegenseitigen Anerkennung von Normen anstelle des früheren Harmonisierungssperfektionismus und auch die Wiederentdeckung der kleinräumigen Vielfalt.

Hinter diesen Konstanten verbergen sich die gemeinsamen Stärken Europas. Aus ihnen erschließt sich eine Vision, die wir nicht an einem überholten bundesstaatlichen Ideal messen sollten, sondern an der Frage, wie weit uns dieses Europa erleichtert, "Subjekte unseres Handelns" zu bleiben oder zu werden (Helmut Klages), wie es meines Erachtens dem Kern abendländischer Wertvorstellungen entspricht: Europa als Gebilde, das selbst den ihm angehörenden Menschen und Institutionen ihre Handlungsfreiheit sichert. Das durch die Prinzipien der Subsidiarität und der Freizügigkeit nach dem Modell der Selbstständigkeit dafür sorgt, daß auch die ihm nachgeordneten Institutionen dies tun. Das sich außerdem die erforderliche Handlungsfreiheit nach außen schafft, um diese Aufgabe erfüllen zu können. Dies müßte aber auf einem Wege geschehen, der dem eigenen Ethos entspricht, nämlich jenem des "interkulturellen Dialogs", für den es von seiner Geschichte her besonders geeignet ist. Schließlich müßte dieses Europa als offener Prozeß lern- und anpassungsfähig bleiben, statt von der Beschleunigung der Veränderung überrollt zu werden.

Engert

Lassen Sie mich zum Abschluß einige Eindrücke von dieser Diskussion zusammenfassen: Wenn ich rekapituliere, mit welchen Formulierungen das Zukunftsthema angegangen wurde, dann war hier viel von Entwurf, Angebot, Anreiz die Rede, die nötig sind, um ein Klima für Innovation und Kreativität zu schaffen. Das zeigt, auf welchem unsicherem Feld wir uns im Hinblick auf die Zukunft bewegen. Der Geist weht, wo er will, und die Veränderung kommt, wenn sie niemand erwartet.

Für mich ist jener Amtsrat im Bundesinnenministerium der größte, der als einziger auf die deutsche Einheit vorbereitet war - er brauchte nur ins Regal zu greifen und hatte sämtliche Autnummern für die DDR verfügbar. Er war dem Prinzip Hoffnung verpflichtet. Und die Hoffnung auf die Zukunft ging in Erfüllung.

Ich komme auf das Thema zurück, das bereits am Anfang unserer Diskussion stand, nämlich die Frage der Mentalitäten. Das enorme Beharrungsvermögen von Mentalitäten läßt sich am Fall der deutschen Vereinigung hervorragend studieren. Ich frage, warum nicht zuletzt die westdeutschen Wissenschaftler die mit der Wiedervereinigung verbundenen Gestaltungsmöglichkeiten in der Wissenschaftsorganisation, die Chancen zu Strukturveränderungen im Wissenschaftsbetrieb nicht ergriffen haben. "Keine Experimente" und "weiter so wie in der alten Bundesrepublik" schrieb sich - wie alle anderen - ein Sektor auf die Fahne, der wie kein zweiter die Begriffe Innovation und Kreativität vor sich herträgt.

Daxner

Nicht alle.

Engert

Nicht alle, Herr Daxner - und es lassen sich zu den Wissenschaftlern auch andere Berufsgruppen anführen.

Jedenfalls ist deutsche Vereinigung geradezu ein Modellfall für die Beharrungstendenzen von Mentalitäten in einer Gesellschaft. Wir haben uns in dieser etwas abgehobenen Atmosphäre von Schloß Reinhardsbrunn natürlich leichter getan, neue Perspektiven und Modelle durchzuspielen, als das an Orten der Fall ist, wo sich die Tatsachen hart im Räume stoßen. Zu den differenten Mentalitäten gehören differente Wahrnehmungen. Der Westen Deutschlands steht wie die Kuh vor dem neuen Dorf vor den jüngsten Wahlerfolgen der PDS: Der Westen kann sich aus seiner Mentalität heraus keinen Reim auf dieses Faktum machen. Er erkennt nicht, daß die PDS die einzige Milieupartei im Osten ist, die auch aus einem Mentalitätsbruch heraus gewählt wird. Die PDS ist für mich ein Beispiel dafür, welche Hindernisse in Gestalt der Mentalität sich der Forderung nach Zukunftsfähigkeit in den Weg stellen.

Ich neige in dieser Hinsicht weder dem Optimismus noch dem Pessimismus zu. Realismus ist nötig. Deshalb konstatiere ich: Je stärker der Veränderungsdruck wird, desto größer ist auch das Beharrungsvermögen. Der Prozeß der deutschen Einheit ist ein Exempel dafür, daß Zukunftsfähigkeit keine Einbahnstraße ist; hier herrscht Gegenverkehr.

Hier ist der Rückzug auf die kleinen Einheiten beschrieben worden, mit denen sich die Menschen besser identifizieren könnten. Ich karikiere das einmal mit: "Unser Dorf soll schöner werden." Die Empfehlung für einen solchen Rückzug signalisiert auch - das nehme ich zumindest in der deutschen Gesellschaft sehr stark wahr - eine immer geringere Bereitschaft, Konflikt auszuhalten. Großstadt impliziert immer Konflikt, ob in Berlin, in Paris oder in New York. Zukunftsfähigkeit und Konfliktbereitschaft sind aber die Kehrseiten einer Medaille. Die beiden deutschen Gesellschaften unter dem einen deutschen Dach sind durch Konfliktscheu charakterisiert. Sie pflegen die Idylle. Und das tun sie in der Angst vor kommenden Dingen. In Angst aber ist Zukunft nicht zu gewinnen.

Voswinckel

Ich meine, wir haben hier eine spannende und offene Diskussion erlebt, die dem Anspruch des Themas, uns den Herausforderungen, Chancen und Risiken der Zukunft zu stellen - um in diesem Sinne unsere Zukunftsfähigkeit unter Beweis zu stellen;- , durchaus gerecht geworden ist. Ich halte es auch für sehr wichtig, daß wir dieses Gespräch nicht auf die ökonomischen und sozialen Perspektiven beschränkt, sondern auch mentale, geistige, religiöse und nicht zuletzt demographische Aspekte in die Überlegungen mit einbezogen haben.

Die immer wieder beschworene Komplexität der Zusammenhänge macht zugleich deutlich, daß jeder Versuch, zu einfachen Problemlösungen zu kommen, scheitern muß. Von daher hat mich das wiederholte Plädoyer von Herrn Späth für Offenheit gegenüber der Zukunft sehr beeindruckt. Zukunft zu erfinden, Optionen, Möglichkeits- und Handlungsräume zu öffnen beziehungsweise offenzuhalten und auch Visionen zu entwickeln, ohne sogleich ihre Realisierung einzufordern, gehört zu den Zielsetzungen dieses politisch und ökonomisch unabhängigen Gesprächskreises. Ich stimme Herrn Späth auch darin zu, daß es heute vielleicht wichtiger ist, die gesellschaftlichen Wandlungen unserer Zeit zu thematisieren, als uns vorrangig den außenpolitischen Fragen zuzuwenden.

Zukunftsbelastungen abzubauen, Erstarrungstendenzen in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken, diese Forderung hat sich zu Recht durch das ganze Gespräch gezogen, das ich insofern auch keineswegs als pessimistisch empfunden habe. Es hat sich vielmehr gezeigt, daß überall in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ein Problembewußtsein gewachsen ist, das nach Alternativen Ausschau halten läßt, um die Fesseln, die wir uns teilweise selbst angelegt haben, zu lösen. Und es ist ja auch angestoßen durch Herrn Nefiodow - in der Diskussion deutlich geworden, daß die Informationsgesellschaft in dieser Hinsicht Angebote bereithält, mit denen es uns gelingen kann, ein beginnendes "kulturelles Zeitalter" mit neuer Lebensqualität für die Menschen zu erfüllen.

Ich möchte allen Beteiligten an diesem Gespräch, die sich um "Pfade nach Utopia" bemüht haben, einen ganz herzlichen Dank sagen. Besonders danke ich den beiden Referenten, Herrn Späth und Herrn Nefiodow, die, von sehr unterschiedlichen Erfahrungsbereichen herkommend, zu einer ähnlichen Einschätzung der Tatbestände gelangt sind. Herrn Engert aber verdanken wir, daß wir die Spannweite des Themas voll nutzen konnten, ohne der Gefahr zu erliegen, daß das Gespräch zerfließt.